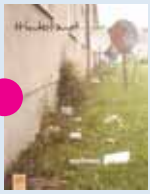




Hinterland

51/2022 4,50 euro

geschlossene gesellschaft



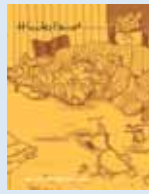
1
Wohnen



2
Nachbarn



3
Anziehsachen



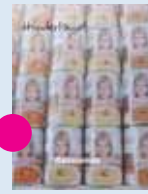
4
Sex



5
Bayern



6
Essen



7
Rassismus



8
Integration



9
Arbeit



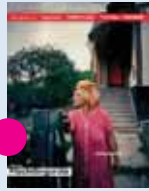
10
Polizey



11
Lager



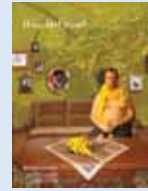
12
Links



13
Antiziganismus



14
Alter



15
Afrika



16
Sortieren



17
Jubiläum



18
Grenze



19
Abschiebung



20
Paternalismus



21
Unterhaltung



22
Gut vernetzt



23
Reisen



24
Sprache



25
Asyl



26
Liebe



27
Fluchthilfe



28
Was tun?



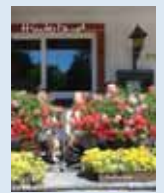
29
Dublin III



30
Was geht?



31
Mob



32
Sicher



33
Kaputt



34
Privat



35
Abschiebung



36
Strategie



37
Stadt, Land,
Flucht



38
Gender



39
Europa



40
Bildung



41
Abschiebehaft



42
zweiundvierzig



43
kriminalisierung



44
behinderung



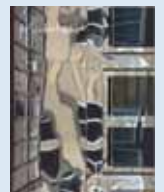
45
zuhause



46
jung sein



47
systemrelevant



48
raum



49
lobby



50
utopie

Die markierten Ausgaben sind
leider bereits vergriffen

Hinterland

Sie ist kritisch, parteiisch und außerdem schön anzusehen - so wie ihre Leser*innen. Das menschenfreundliche Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats kreist immer wieder um die Themen Flucht und Migration, aber eben nicht nur. Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also holt euch gleich ein Abo auf www.hinterland-magazin.de/bestellen/

„Die Hölle, das sind die anderen.“

(Jean-Paul Sartre, *Geschlossene Gesellschaft*)

„No soup for you!“

(Der Suppen-Nazi aus *Seinfeld*)

*Liebe Ausgeschlossene, liebe Leser*innen,*

geschlossene Gesellschaft. Du kommst hier nicht rein. Die falschen Schuhe, der falsche Name, das falsche Gesicht. Nicht auf der Gästeliste. Wieder ans Ende der Schlange, nochmal versuchen. Dabei hast du doch alles richtig gemacht, denkst du ...

*Die einen dürfen rein, die anderen nicht. Es ist großartig, dass die Staaten der EU nun ihre Grenzen für Geflüchtete aus der Ukraine geöffnet haben, unbürokratisch helfen und die Menschen in ihrer Not unterstützen. Beschämend ist es aber, dass diese Art der offenherzigen Hilfe nicht für alle Geflüchteten gleichermaßen gilt. Was richtig am Umgang mit ukrainischen Geflüchteten ist, wäre auch richtig im Umgang mit Geflüchteten aus Syrien, aus Afghanistan oder aus dem Sudan. Auch Syrer*innen fliehen vor den Bomben Putins – nur wird das oft vergessen. Staaten wie Polen oder die Slowakei, die jetzt Menschlichkeit zeigen, sind auch eben jene Staaten, welche die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 erst zur Krise gemacht haben. Polen lässt immer noch Geflüchtete an der Grenze zu Belarus erfrieren. Geflüchtete aus der Ukraine ohne ukrainischen Pass bekommen nicht dieselbe Unterstützung wie Geflüchtete mit ukrainischem Pass. Die gleiche Not, eine andere Behandlung.*

Und auch der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition verspricht für das deutsche Aufenthaltsgesetz nur kosmetische Änderungen. Die Anker-Zentren existieren immer noch. Und ins Land darf am Ende auch nur, wer nützlich ist – da sind die Grünen nicht minder Vertreterin der Kapitalfraktion als die FDP. Der Biomarkt regelt das schon. Dass der Kapitalismus und der Fetisch Arbeit abgeschafft werden, ist im Moment zwar leider noch Utopie. Doch Geflüchtete, vor allem Menschen ohne Papiere, haben nicht einmal die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen, um sich damit ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. So frei ist die

freie Marktwirtschaft dann doch wieder nicht. Genauso wie die Anhebung des Mindestlohnes nicht für Insassen von Gefängnissen oder für Menschen mit Behinderung

gilt, die weiterhin in Werkstätten für einen Euro acht- undsiebzig pro Stunde ausgebeutet werden.

*Die deutsche Gesellschaft – und nicht nur sie – ist eine geschlossene. Auch, wenn sie sich nach außen hin offen gibt, so haben gerade Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen, Frauen, LGBTIQ*s, Hartz-IV-Empfänger*innen oder Menschen aus bestimmten Stadtvierteln – und deren Kinder – keine Chance, die gläsernen Decken des Kapitalismus zu durchbrechen, und bleiben außen vor. Das kapitalistische Märchen, dass Erfolg etwas mit der eigenen Leistung zu tun habe, ist immer noch populär. Den Armen wird ihre Armut damit noch als eigene Schuld verkauft, den Benachteiligten wird ihre Herkunft vorgeworfen. Und wer mit dem Privileg der richtigen Herkunft und des richtigen Erbes ausgestattet ist, will natürlich nicht wahrhaben, dass der Erfolg nicht der eigene ist, und glaubt und reproduziert dieses Märchen nur allzu gerne. Der goldene Käfig ist halt doch besser als das löchrige Schlauchboot.*

Es bleibt also noch viel tun, um eine offene Gesellschaft zu erschaffen. Bis dahin: Hört nicht auf, die Türen der geschlossenen Gesellschaften einzutreten!

*Eure Partybreaker von der
Hinterland-Redaktion*



Für alle offen!

Du willst Teilchen unserer Redaktion sein?
Dann schreib uns eine Mail an redaktion@hinterland-magazin.de



Marcus*,

- 6
zitiert & kommentiert
Von Hubert Heinhold
- 7
Bosniens Winter
– kein Ende in Sicht
Schutzsuchende bleiben auf sich selbst gestellt
Von Iván Furlan Cano und Sitara Thalia Ambrosio
- 16
Pushbacks
– eiskalt im Meer ausgesetzt
Das Unrecht an der griechisch-türkischen Seegrenze
Von Alice K.
- 22
Wie ein Vogel im Käfig
Interview mit Shabnam Afshar über die Willkür in den Visaabteilungen der deutschen Botschaften
- 25
230 Jahre Haft
Die systematische Kriminalisierung von ‚boat driving‘
Von Julia Winkler
- 29
SOS Humanity
Die Menschlichkeit droht im Mittelmeer unterzugehen
Von Petra Krischok
- 37
Festgefangen auf Samos
Willkommen in der EU
Von Wolfgang Sréter
- 41
Bedrückende Gleichzeitigkeit
Radikale Unterschiede an den Außengrenzen
Von Raphael Knipping
- 52
Draußen und Drinnen
Gedicht von Lucie Kolb

... kurz vor Drucklegung dieser Hinterland-Ausgabe hat uns die Nachricht von deinem Tod erreicht. Wir wussten von deiner schweren Erkrankung und dennoch trifft uns diese Nachricht tief – auch wenn sie noch nicht wirklich in unseren Köpfen angekommen ist. Mannomann! Marcus, du bist doch für uns in München und weit darüber hinaus so etwas wie der personifizierte Aktivismus gegen Rechts, das lebende, wandelnde und immer aufnahmebereite Antifa-Gedächtnis. Du nimmermüder und umtriebiger Chronist aller rechten Umtriebe, mit großer Liebe zum Detail. Wo immer rechte Schwurbl*innen, neonazistische Fuzzis, sich bürgerlich gebende Populist*innen und sonstige finstre Gestalten sich zeigen, bist du verlässlich zur Stelle, dezent am Rand, bewaffnet mit Fototasche, Kamera und deinem lexikalischen Wissen, um alles festzuhalten und dann im richtigen Augenblick Alarm zu schlagen.

Marcus, jedes Erdmännchen-Rudel hat ein besonders gewitztes Erdmännchen, welches –während sich die Herde mit anderen Dingen befasst – in wachsamer Erdmännchen-Pose seine Schnauze stetig in die Brise hält, mit scharfen Blick den Überblick bewahrt, um zu sehen, ob eine Gefahr droht, und um dann im Fall der Fälle die anderen lautstark zu warnen.

Genau so ein mutiges Aufpass-Erdmännchen, lieber Marcus, warst du für uns! Jetzt hast du deinen Beobachtungsposten dauerhaft verlassen und hinterlässt deine ratlose, aber dir auch verdammte dankbare Erdmännchen-Herde zurück. Die Lücke, die du hinterlässt, wird nicht zu füllen sein, aber wir werden deinen Auftrag annehmen und weiterführen, jedes Erdmännchen eine Aufpass-Schicht, Alarm schlagen, wenn die Rechten kommen, während wir an dich und dein untrügliches Gespür für das Richtige denken. Allein schon, Marcus, damit deine Arbeit nicht umsonst war und immer jemand auf das Rudel aufpasst. Mannomann Marcus, Du fehlst jetzt schon.

Matthias & Laura

* Marcus Buschmüller, Gründer des a.i.d.a-Archivs und Leiter der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus

- 53
Unsichtbar in Deutschland
Die Lebenssituation der Papierlosen
Von Philip Anderson
- 60
#wecare
Abschiebeknast am Münchner Flughafen
Bericht von Christian Oppl
- 63
Verbleib unbekannt
Interview mit Belinda Simoes über die Arbeit an einem Ort, an dem es kaum Hoffnung gibt
- 64
Der Kampf gegen die Zeit
Das Dublin-Verfahren und die Mängel eines Systems
Von Jana Weidhaase
- 68
Wohnen statt Unterbringen
Interview mit Florian Fritz über städtisches Wohnen für Geflüchtete
- 73
Große Erwartungen
Die Ampel-Koalition zur Migrationspolitik
Von Alexander Thal
- 77
Hartzbreaker
Interview mit Helena Steinhaus über ihren Verein Sanktionsfrei e.V. als realpolitischen System-Hack
- 79
Eine Schlange
Gedicht von Thomas Glatz
- letters from ritsona
- 80
My nails soiled with Earth
Geschichten, die selten ihren Weg aus dem Lager Ritsona finden
Von Parwana Amiri

- 82
Mobil für eine solidarische Welt
Interview mit dem Berliner Projekt Solibus e.V.

nachgerufen

- 85
Volker Maria Hügel.
Ein kurzer Nachgesang auf das tödliche Trio
Von Matthias Weinzierl

Hinterland #52
Rausch / Herbst 2022

Liebe Freund*innen,
liebe Autor*innen,

die einen wollen alles verbieten, was den Menschen zu ihm verleitet, die anderen suchen in ihm Entspannung, Sinnstiftung, Paradies oder weltbewegende Einsicht: Solange Menschen diesen Planeten bevölkern, suchen sie den Rausch. Ob Bier, Gras, Zucker oder Instagram – wir dröhnen uns zu, morgensmittagsabends, und wenn nicht, dann suchen wir Ekstase in Meditation, Sex oder Weihrauch. Im Rausch befreien wir uns von allen Konventionen, zetteln Revolutionen an und erschaffen in uns und um uns neue Welten. Im Rausch glaubt der Mensch, zum Gott zu werden – und entsprechend nimmt auch die Prohibition oft bizarre Formen an.

Und was bleibt übrig, wenn der Rausch abgeklungen ist, wenn der Wahn ein Ende hat und das letzte Glas leer ist? Normalität? Filmriss? Sucht? Denn im Rausch geben sich Schöpfung und Zerstörung die Klinke in die Hand. Im Rausch machen wir Liebe und bringen Menschen um. Dann wird der Höhenrausch zum Tiefenrausch, das Hochgefühl zur Manie, die Anbetung zum Femizid.

Wir von der Hinterland laden euch ein, uns in den Kaninchenbau zu folgen. Wir wollen von euch wissen, welcher Trip sich lohnt, welche Drogen legalisiert werden sollten und wer dringend mal runterkommen muss. Schickt uns investigative Interviews, träumerische Tiraden zu Trance oder kritische Kommentare zum Kiffen. Schreibt rauschende Reden und gewagte Glossen. Macht Bilderstrecken und Graphic Novels in den kreischendsten Farben, schickt uns eure Halluzinationen, euren Stoff – kurzum: eure Beiträge für ein rauschendes Heft. Let's get high on our own supply.

Bis dahin: Lebt das Leben in einem einzigen Rausch! Eure Dealer*innen von der Hinterland-Redaktion

Ideenabgabe: 29.5.2022
Redaktionsschluss: 10.7.2022

Schreibt uns eure Ideen an:
redaktion@hinterland-magazin.de

„Die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung kommt bei Ihnen nicht in Betracht. Wir fordern Sie daher auf, bis zum 29.04.2022 mitzuteilen, ob und wann Sie in Ihr Herkunftsland ... zurückkehren werden. Legen Sie hierzu bereits entsprechende Unterlagen wie z.B. Flugtickets vor.“

Landratsamt Miesbach, Schreiben vom 29. März 2022

„Deswegen ist es so schwer über Rassismus zu sprechen, weil die Leute das als Beleidigung empfinden.“

Lilian Thuram, Fußball-Weltmeister 1998 und Europameister 2000 mit der französischen Nationalelf
Süddeutsche Zeitung vom 23./24. April 2022

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl

Mariupol, die Halbmillionenstadt am Asowschen Meer, hatte zwei Universitäten mit insgesamt knapp 20.000 Studierenden. Viele dieser Studierenden kamen wiederum aus dem Ausland – nicht selten afrikanische Staaten – in die Ukraine, um dort einen Abschluss zu erlangen, haben also keine ukrainische Staatsbürgerschaft. Auch diese flohen, wie insgesamt rund 300.000 Bewohner*innen der Stadt, vor den russischen Bomben und Raketen. Einige von ihnen verschlug es auch nach Deutschland. Aber während die ukrainischen Staatsangehörigen hier willkommen sind und eine zweijährige Aufenthaltserlaubnis erhalten, erwartet die Drittstaatsangehörigen das Schicksal, das Asylbewerber*innen in Deutschland längst gewohnt sind: Druck und Schikanen. Obwohl die sogenannte Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung allen Geflüchteten aus der Ukraine ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit zunächst ein Aufenthaltsrecht bis 31.8.2022 garantiert, ist es bayerische Praxis, schon vorher Druck auf Drittstaatsangehörige wie die geflohenen Studierenden auszuüben, damit diese Menschen wieder ausreisen. Die Chance, ihr Studium hier fortsetzen zu können oder ein Aufenthaltsrecht unabhängig von einem Studienplatz zu erhalten, wird ihnen so genommen. Miesbach etwa verschickt Ausreiseaufforderungen und verlangt die Vorlage von

Flugtickets, Rosenheim und Garmisch-Partenkirchen stellen kurzfristige Grenzübertrittsbescheinigungen aus, andere Ausländerämter verweisen Menschen, die hier weiterstudieren wollen, fälschlich auf die Nachholung des Visumsverfahrens. Kurz: Mit den oft afrikanischen Studierenden wird so verfahren, wie man es aus dem Umgang mit Asylbewerber*innen aus anderen Herkunftsländern schon gewohnt ist.

Dass es auch anders als in Bayern geht, zeigt Hamburg: Dort hat der Senat den Student*innen aus der Ukraine ein vorläufiges Aufenthaltsrecht zugesprochen. Sie sollen ihr Studium hier fortsetzen können; die Hamburger Hochschulen bieten Vorbereitungs- und Sprachkurse an.

Wie so oft, ist auch im Falle der Geflohenen aus der Ukraine die Rechtslage nicht eindeutig. Die vorhandenen Spielräume können aber, wie das Hamburger Beispiel zeigt, zugunsten der Geflüchteten genutzt werden.

Man muss nur wollen und darf nicht die Hautfarbe der geflohenen Person als entscheidendes Kriterium ansehen.<

Bosniens Winter – kein Ende in Sicht



Ein Schild, das ungefähr 400 Meter von dem offiziellen Geflüchteten Camp Lipa entfernt ist, warnt vor Landminen. „Paznja“ steht auf dem Schild und heißt übersetzt „Achtung“. Während des Krieges in Bosnien und Herzegowina (1992-1995) wurden Millionen von Minen verlegt und viel Munition zurückgelassen. Aufgrund dessen ist Bosnien und Herzegowina derzeit eines der am stärksten von Minen betroffenen Ländern der Welt.



Das Camp Lipa im Januar 2022 von weitem. Das Camp liegt auf der Balkanroute, es befindet sich in 750 Meter Höhe und ist nur über unbefestigte Feldwege erreichbar. Wetterfest ist das Camp nicht, im Gegenteil: Schon Anfang Oktober 2020 warnte die Internationale Organisation für Migration (IOM) vor einer humanitären Krise aufgrund des bevorstehenden Winters. Ende 2021 ist das Camp neu eröffnet worden, die Zelte wurden durch Baucontainer ersetzt. Mittlerweile leben in dem Camp auch Frauen und Kinder.



Eine Ruine am Rande der Stadt Bihać in Bosnien und Herzegowina, in der Geflüchtete außerhalb der offiziellen Camps notdürftig unterkommen.



Asad, ein junger Geflüchteter aus Pakistan, bereitet den Teig für „Paratha“, ein traditionelles pakistanisches Fladenbrot, vor. Das Brot wird später in einer Pfanne über offenem Feuer in Öl frittiert.



Ein kaputtes Fenster einer Ruine am Rande der Stadt Bihać in Bosnien und Herzegowina, in dem eine Gruppe Geflüchteter notdürftig unterkommt.



Zwei junge Männer laufen im Schnee über Felder am Rande der Stadt Bihać. Die Ruine ist im Hintergrund zu erkennen. Um von der Ruine in das Stadtzentrum zu gelangen, ist man zu Fuß mindestens 45 Minuten unterwegs.



Die Ruine in den Bergen am Rande der Stadt Bihać. In der Nacht fallen im Februar die Temperaturen auf bis zu minus elf Grad. Das offene Feuer ist die einzige Möglichkeit, zu kochen und sich warm zu halten.

Wer in Bosnien und Herzegowina als Geflüchtete*r strandet, hat kaum eine Chance, dort einen Asylantrag zu stellen oder weiter in die Europäische Union zu gelangen. Das verhindern zumeist gesetzliche und bürokratische Vorgaben, ebenso wie die Grenzpolizei. Schutzsuchende bleiben häufig ohne humanitäre Hilfe auf sich selbst gestellt, da Camps, wie Lipa nahe Bihać, offensichtlich keine gute Alternative bieten. Text und Fotos von Iván Furlan Cano und Sitara Thalia Ambrosio

Im Dezember 2020 brannte das Lipa-Camp im Nordwesten Bosnien und Herzegowinas ab. Der Brand machte Schlagzeilen. Nur wenige Kilometer von der bosnisch-kroatischen Grenze entfernt steht heute das neue Camp Lipa. Die olivgrünen Militärzelte, die Menschen nach dem Brand aufstellten, sind Vergangenheit. Stattdessen säumen weiße Baucontainer und eine Halle aus Beton den Feldweg im Lager. Auf der anderen Seite der Schotterstraße, die an der Unterkunft vorbeiführt, lassen sich noch Überreste des alten Camps erkennen. Die Sonne, die hinter den Bergen westlich des Camps untergeht, taucht die Landschaft in sanftes Rot.

Bereits im August 2021 sollte das neue Lager öffnen, letztendlich klappte es im November. Den Bau finanzierten EU-Gelder, neben direkter Unterstützung verschiedener europäischer Staaten. Die Leitung des Lagers hat nun das bosnische Ministerium für Sicherheit, unterstützt von Organisationen wie der *International Organization for Migration* (IOM) und dem Bosnischen Roten Kreuz.

Hier, in dem neuen Camp, sei mittlerweile alles besser, versichert uns ein Mitarbeiter. Es gäbe immer warmes Wasser, Heizungen und zu essen. Am Eingang befinden sich Container für Duschen, Toiletten und auch Schlafplätze. In den kleinen Schlaf-Containern stehen drei Hochbetten. Sechs Menschen leben hier auf zwölf Quadratmetern: Privatsphäre Fehlanzeige. Für NGOs gibt es ebenfalls eigene Räume. Anders als der Mitarbeiter beschreiben die Bewohner*innen das Camp deutlich negativer. Das

Warmes Wasser gibt es nicht

Essen sei schlecht, warmes Wasser gibt es nicht immer und teilweise würden die Heizungen ausfallen. Einige erzählen, dass sie nur in den Wintermonaten ins Lager gehen. Doch die Gespräche bleiben meist bei wenigen Sätzen. Man könnte Probleme bekommen, wenn man außerhalb des Geländes mit Journalist*innen spricht.

Seit der Neueröffnung im November leben dort nicht mehr nur junge Männer. Mittlerweile kommen hier Familien und unbegleitete Minderjährige unter. Um als Besucher*in Zugang zu erhalten, muss man sich mit Vorlauf anmelden. Anschließend führt ein Mitarbeiter durch das Camp. Neben den vielen weißen Baucontainern gibt es eine Lagerhalle, dahinter überdachte

Feuerstellen. In der Halle findet die Essensausgabe statt.

Geflüchtete müssen sich selbst organisieren

Auch wenn es in Lipa noch etwas mehr als 400 freie Plätze gibt, wie ein Mitarbeiter erzählt, leben noch immer über 500 Personen im bosnischen Winter in Zelten und Ruinen. Sie ziehen es trotz der Kälte vor, sich selbst zu organisieren. Das Problem: Bis zum nächsten Dorf sind es vom Lipa-Camp mehr als zehn Kilometer zu Fuß. Hier oben zu sein, bedeutet in Isolation zu leben, fernab jeglicher Zivilisation.

Auch Ubaid, ein etwa 35-jähriger Pakistaner, zieht das Leben außerhalb des Lagers vor. Er lebt in Bihać, einer Grenzstadt etwa 25 Kilometer entfernt. Hier findet er Unterschlupf in einer kleinen Ruine, am Rande einer Häusersiedlung. Geschlafen wird auf einigen gestapelten Matratzen und in einem Zelt. Decken sollen die fehlenden Türen ersetzen und die Kälte abhalten. Die Ausstattung haben sich die fünf Personen von NGOs zusammengesammelt.

Bis Ende Mai des letzten Jahres bot eine große Bauruine im Zentrum von Bihać mehr als 200 Geflüchteten einen Schlafplatz. Das einst als Altenheim geplante Gebäude wurde nach mehreren Räumungen im Mai von staatlicher Seite geschlossen. Seitdem zieren Gitter die Eingänge und Öffnungen in der Fassade.

Die meisten Geflüchteten in der Gegend leben heute außerhalb verschiedener Camps in Zelten und kleinen Ruinen. Statt sich gemeinsam an einem Ort zu organisieren, leben sie dadurch kilometerweit voneinander entfernt am Rande der Stadt.

Ubaid hält sich schon länger als zwei Jahre in Bihać auf. Um die 28 mal hat er versucht, nach Italien zu gelangen. Jedes Mal wurde er – entweder von der kroatischen oder der slowenischen Polizei – erwischt und nach Bosnien und Herzegowina zurück gebracht. Teilweise sollen die Beamt*innen dabei Gewalt eingesetzt haben, erzählt Ubaid.

Kein Bleiben, kein Weiterkommen

Die meisten Schutzsuchenden möchten über Bosnien und Herzegowina weiter in die Europäische Union flüchten und dort ihren Antrag auf Asyl stellen. Auch wenn es Geflüchteten rechtlich erlaubt ist in Bosnien und Herzegowina solch einen Antrag zu stellen, sieht die Realität anders aus. Für einige wenige, die sich dafür entscheiden zu bleiben, verhindern vor allem zahlreiche bürokratische und gesetzliche Hürden, dass Menschen einen Asylantrag überhaupt stellen können. Zum Beispiel müssen sie innerhalb kürzester Zeit eine Wohnadresse vorweisen können. Dies ist durch die restriktiven Maßnahmen und die bis Ende des letzten Jahres fehlenden Plätze in Unterkünften meist kaum machbar.

Seit 2018 gelten, vor allem im Kanton Una-Sana, Gesetze, die zu massiven Einschränkungen im täglichen Leben von Geflüchteten führen, beklagt *Amnesty International*. Konkret bedeuten die Gesetze ein vollständiges Verbot für Geflüchtete, überhaupt in den westlichen Kanton zu kommen. Geflüchtete zu transportieren oder ihnen private Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, ist seit 2018 ebenfalls verboten. Auch gilt für Schutzsuchende ein öffentliches Versammlungsverbot, das dazu beiträgt, dass Menschen auf der Flucht keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen oder beispielsweise Cafés besuchen dürfen.

Diese Maßnahmen führten in den vergangenen Jahren auch dazu, dass die Arbeit kleinerer NGOs und Gruppen kriminalisiert wurden, die in Bosnien und Herzegowina Geflüchtete außerhalb offizieller Camps unterstützen.

Von Ubaid's Freunden und Verwandten sind nur noch wenige hier. Sein Cousin, mit dem er 2019 Pakistan verlassen hat, ist mittlerweile in Italien. „Ich vermisse ihn, aber er ruft jeden Tag an“, sagt Ubaid, bevor er sich zum Telefonieren auf eine von Matsch umgebene Euro-Palette setzt. Der Schnee beginnt zu schmelzen, heute kommt die Sonne raus. Ubaid steht in dieser Jahreszeit fast immer erst am Nachmittag auf. Nachts, wenn die meisten schlafen, ist er wach. Die Temperaturen fallen auf minus elf Grad Celsius, die einzige Wärmequelle liefert das Lagerfeuer. Schlafen kann er erst, wenn die Temperaturen morgens wieder steigen.

Sie hoffen auf den Notarzt

Leicht ist das Leben außerhalb der Camps nicht. Geflüchteten zu helfen ist verboten, die Hilfe von IOM und NGOs bescheiden. Was das bedeutet, zeigt eine Situation in einer der kalten Winternächte. Es ist kurz nach Mitternacht, als einer der sechs Geflüchteten in der zugigen Behelfsunterkunft schweißgebadet aufwacht und sich übergibt. Seit gestern ist er krank, in dieser Nacht verschlechtert sich sein Zustand. Draußen weht es eisig bei minus sechs Grad. Verzweifelt versuchen die Freunde, Hilfsorganisationen zu kontaktieren, doch keine ist erreichbar. Sie entscheiden sich, Hilfe in einem nahe gelegenen Familiencamp zu holen. Sie hoffen, dass ein Notarzt oder eine Ärztin mit zu ihnen kommt. Doch an den Toren werden sie von einer IOM-Mitarbeiterin schulterzuckend abgewiesen. Beistand erhalten sie in dieser Nacht wie so oft von Freiwilligen. Hauptsächlich versorgen sie die Geflüchteten außerhalb der offiziellen Camps – private Gruppen und Menschen wie Saida*.

Sie lebt wenige Kilometer entfernt am Stadtrand von Bihać gemeinsam mit ihrem Vater und ihren beiden kleinen Kindern. Seit einigen Monaten hilft die junge Mutter Geflüchteten in Bihać. Das sei nicht immer leicht, berichtet sie. In der Vergangenheit habe es mehrfach Probleme mit Anwohnern gegeben. Einer lasse seine Hunde auf Geflüchtete los.

Trotz der Schwierigkeiten, die sie durch das Helfen bekommt, ist es für sie der einzig richtige Weg damit weiterzumachen. „Ich glaube nicht, dass ich jemals aufhören werde, den Menschen zu helfen“, sagt Saida. Ihr Vater ist in den 1990er Jahren selbst vor dem Krieg in Bosnien und Herzegowina geflohen. Sie selbst wurde in Slowenien geboren, bevor sie nach dem Ende des Krieges gemeinsam mit ihrer Familie zurück nach Bihać zog.

„Erst wenn wir sie als Menschen ansehen, kann sich etwas ändern“, sagt die junge Mutter, während am Küchenfenster eine Gruppe Geflüchteter vorbeikommt, um neues Feuerholz aus ihrer Gartenhütte zu holen.<

**Der Redaktion ist der Klurname der Person bekannt.*



Sitara Thalia Ambrosio, *Fotojournalistin und visuelle Geschichten-erzählerin. Schwerpunkte u. a. Migration, Menschenrechtsverletzungen, EU-Grenzen und damit einhergehende Konflikte. Die Fotos in diesem Beitrag stammen von ihr.*



Iván Furlan Cano, *Fotojournalist und Autor des Artikels, beschäftigt sich mit Menschen auf der Flucht und humanitären Krisen. Geschichten erzählt er in Form von Text, Fotos und Videos.*





Pushbacks – eiskalt im Meer ausgesetzt

Wie Menschen, die in der Europäischen Union Schutz suchen, rasch und möglichst heimlich wieder aus dieser herausgebracht werden. Von Alice K.

Als Unwort des Jahres 2021 gewählt und tagtäglich an den europäischen und anderen Grenzen stattfindend, beschreibt der beschönigende Begriff Pushback die Praxis von Polizei, Küstenwachen und weiteren Behörden, Menschen hinter die Grenze oder aus dem Inland ins Ausland zurückzudrängen. Das kann heißen, man wird in einem Grenzgebiet festgenommen und hinter die Grenzlinie, beispielsweise in einem Wald ausgesetzt. Das kann heißen im Wasser, auf See in das andere Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates zurückgeschoben zu werden. Das kann viele ungewollte Kilometer Fahrt auf See oder an Land heißen. Das Schlimmste daran ist die körperliche Gewalt derjenigen, die diese Pushbacks durchführen. Aber auch die Lügen, die damit einhergehen, und wie Menschen sich selbst überlassen werden in einem eisigen Wald oder auf hoher See.

In Griechenland gibt es regelrechte Kidnapping-Aktionen an der Landesgrenze zur Türkei, wo die Polizei geflüchteten Menschen sagt, sie kämen in ein Camp, dann jedoch setzen sie diese in der Türkei aus. Oder ziehen sie einfach von der Straße weg in einen verdunkelten Van – und fort. Hier auf Lesbos und auf den ägäischen Inseln bekamen wir solche Pushbacks lange nicht mit, denn sie passierten nur auf See, wo die Küstenwache dann das Boot, das sich schon in griechischen Gewässern befand, manövrierunfähig machte und zurück in türkische Gewässer zog. Wir, das sind die Ehrenamtlichen, und Angestellten verschiedener Organisationen, ortsansässige Menschen, *Ärzte ohne Grenzen*, *International Rescue Committee* oder eben wir von *borderline-europe-Menschenrechte ohne Grenzen*, eine NGO, die durch

unabhängige Untersuchungen und Öffentlichkeitsarbeit dafür eintritt, die Menschenrechte insbesondere an den europäischen Außengrenzen zu wahren. Auf Lesbos arbeiten wir mit sechs Mitarbeiter*innen unter anderem in der Sozialberatung und informieren und begleiten Geflüchtete. Ein Teilbereich meiner Tätigkeit liegt aber auch im Monitoring, also dem Beobachten, was hier passiert, und manchmal im Aktivwerden.

Seit März 2020 nehmen diese Pushbacks hier eine andere Gestalt an. Die Zahlen sind erschreckend, die von den wenigen unabhängigen Stellen und Organisationen kommen und die darüber berichten und Augenzeugenmaterial auswerten. Allein in der Ägäis, also die Inseln in Griechenland mit direkter Sichtweite zur Türkei, in der auch die meisten Geflüchteten seit 2015 ankamen (nicht alle, denn es gibt auch den „Landweg“ am Fluss Ebro im Norden), wurden laut *Aegean Boat Report* 15.803 Menschen im Jahr 2021 aus europäischen Hoheitsgebieten, sei es im Wasser, sei es schon an Land, zurück in türkische Gewässer gebracht, unter Zwang, mit Gewaltanwendung und nicht selten mit Maßnahmen, die das Leben dieser 15.803 Menschen in Gefahr brachten. (Siehe schwimmende „Rettungsinseln“, in denen man sie meist aussetzt, manövrierunfähig auf dem Meer). In 629 Fällen passierten dokumentiert illegale Rückführungen. Fast zwei Pushbacks pro Tag!



Blick von Alice K.s Balkon auf die Ägäis und Türkei, die nur acht Kilometer voneinander entfernt liegen.

Fotos S. 16-18: Alice K.

Was sich in den letzten sechs Jahren änderte

Zunächst ein wenig zurück in der Geschichte, also meiner Geschichte auf Lesbos. Ich lebe hier seit 2015 und bin – wie bereits gesagt – in der sogenannten Flüchtlingshilfe tätig. Damals war alles einfach, wenn auch manchmal dramatisch. Menschen kamen mit Schlauchbooten an der Küste an, wir fuhren hin, transportierten sie bisweilen in das nächstgelegene Dorf, informierten die Polizei, sie abzuholen, oder hatten Transitcamps, in denen wir sie ein paar Nächte unterbringen konnten, mit Informationen versorgten, Essen und trockene Kleider ausgaben. Der Staat war das erste Jahr (2015) nicht wirklich präsent. Das änderte sich deutlich im März 2016: Aufgrund des „Hot-Spot-Systems“ der Europäischen Union, bei dem man Schutzsuchende an einem Ort festsetzt, sowie dem EU-Türkei-Deal, blieb es den Ankommenden verwehrt, die Insel zu verlassen. Eine Art Freiluftgefängnis. Das hieß, dass die Menschen nicht nur ein paar Tage, sondern viele Monate und Jahre auf der Insel verbrachten. Die Hölle Moria, wie viele das Camp auf Lesbos nannten, versammelte im Dezember 2019 mehr als 20.000 Menschen vor Ort und in den umliegenden Olivenhainen des Camps. Die Umstände dort waren dramatisch und manchmal auch tödlich. Das Gleiche galt und gilt für die Überfahrt aus der Türkei: Die viel zu vollen Schlauchboote, gebaut für 13 Menschen, in denen jedoch meist rund 50 saßen. Das alles blieb in gewisser Weise vorstellbar. Die Schuld daran lag bei der europäischen Flüchtlingspolitik, keine sicheren Wege nach Europa zu schaffen und Menschen auf einer Insel quasi festzusetzen. Wir versuchten unser Bestes, um die Tragödien der Menschen aufzufangen oder zu mildern.

Alles änderte sich mit der neuen griechischen Regierung, die im September 2019 an die Macht kam. Nachdem sie ein paar Monate das Migrationsthema ignoriert hatte, verfolgte sie ihren neuen Plan. In einer der ersten Reden des neuen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis sprach dieser nicht mehr von Geflüchteten, sondern von „illegalen Migranten“. Im März 2020 setzte die Regierung kurz entschlossen einen Monat das Recht auf Asyl aus, wegen der angeblichen Bedrohung der türkischen Regierung, viele Geflüchtete nach Europa zu schicken.

Seitdem besteht hier der Ausnahmezustand. Menschen kommen an, Helfer*innen dürfen nicht mehr zu den Plätzen hin und machen sich, wenn sie es doch tun, strafbar mit dem Verweis auf Beihilfe zur illegalen Einreise. Ein im September 2021 verabschiedetes Gesetz über „Deportationen und Rückführungsprozeduren der Angehörigen von Drittländern“ enthält restriktive Regeln für NGOs, die Rettungsoperationen auf See durchführen oder unterstützen. Gegen sie können bei Regelverstößen Geldstrafen bis zu 12 000 Euro verhängt werden. Die Polizei schikaniert, überwacht und deckt NGOs mit staatsanwaltlichen Ermittlungen ein. Wir sehen Schutzsuchende von Weitem an Land gehen, und sie werden nicht mehr als Asylsuchende registriert. Sie verschwinden spurlos. Monatelang blieb unklar, was eigentlich passierte ... es war ja kaum zu beobachten, wenn man nicht direkt an Ort und Stelle war. Im August 2020 bekam ich den ersten Pushback hautnah mit und seitdem verfolgt mich oder besser gesagt verfolge ich, so gut es geht, die schwer zu ertragende europäische Migrationspolitik, in der der Mensch nichts mehr wert zu sein scheint.

Pushbacks werden immer tödlicher

Anfang 2022 häuften sich Augenzeugenberichte und einige wenige Zeitungen schrieben ebenfalls darüber, dass es nicht nur Pushbacks gibt, sondern Menschen dabei ums Leben kommen. Wie zum Beispiel auf Samos, als die griechische Küstenwache drei geflüchtete Männer bei einem Pushback zurück ins Wasser warf. Dabei ertranken zwei.

In griechischen Medien kommen Pushbacks kaum vor. Der Nationale Sicherheitsdienst in Griechenland

beobachtet zahlreiche Journalist*innen, die dieses Thema aufgreifen, und versucht, sie einzuschüchtern, sollten sie darüber berichten. Ein vages Gesetz vom November 2021, das seitdem die Verbreitung von Fake News strafbar macht, verunsichert zusätzlich Medienschaffende. Demnach kann jeder verurteilt werden, der „falsche Nachrichten

verbreitet, die Unruhe stiften oder das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Volkswirtschaft, die Verteidigungsfähigkeit des Landes oder die öffentliche Gesundheit



Alice K. nimmt auf dem Foto im Februar 2022 gerade mit einem Geflüchteten Kontakt auf, der sich schon ein, zwei Tage in den Olivenhainen von Lesbos versteckt hatte.

Die Polizei schikaniert und überwacht NGOs

untergraben“. Dies kann mit einer „Gefängnisstrafe von mindestens sechs Monaten und einer Geldstrafe“ geahndet werden. Unabhängige Journalist*innen wie auch Menschenrechtsorganisationen sehen das neue Gesetz als „Gefährdung der Meinungsfreiheit“. Und Griechenland rutschte im Pressefreiheitsranking der Länder von Platz 70 auf Platz 108 in nur einem Jahr.

Als Zeugin unerwünscht

Wie sehen Pushbacks konkret aus? In diesem Jahr wurde ich bis jetzt fünf Mal Zeugin von ankommenden Booten mit Geflüchteten. Die Menschen kamen zumeist aus Afghanistan, einige aus Somalia, Guinea, Mali, Kamerun und Haiti. Sie hatten sich über die Türkei auf den Weg nach Europa gemacht. Für fast alle war dies nicht der erste Versuch, nach Europa zu gelangen, um einen Antrag auf Schutz, auf Asyl zu stellen. Bei drei von den fünf Begegnungen traf ich auf Menschen, die die Überfahrt geschafft hatten, sich schon ein paar Kilometer im „Inland“ der Insel befanden. Genau diese Menschen tauchten zwei Tage später wieder in der Türkei auf. Zweimal konnte ich wahrscheinlich mit meiner Anwesenheit den Pushback verhindern. Oder war es einfach Glück? Wie läuft das ab, wenn Menschen hier kein Recht auf Asyl haben, kein Recht auf ihre Unversehrtheit und gewaltsam wieder im Meer ausgesetzt werden? Ein Beispiel:

Am 9. Januar 2022 hörte ich, wie ein Boot am Strand meines Dorfes angekommen war, unter anderem 17 Kinder, viele davon noch sehr klein. Es war schon abends, die Nächte waren sehr kalt. Ich wusste, dass ich mich auf keinen Fall einer noch nicht registrierten Gruppe von Geflüchteten nähern durfte. Insbesondere, da allein die Weitergabe der Information, dass ein Boot angekommen ist, schon als Beihilfe zur illegalen Einreise deklariert werden kann, wenn man nicht sofort die zuständigen Behörden verständigt. Vor ein paar Jahren war genau das jedoch meine Arbeit: die Menschen zu finden und ins Warme zu bringen. Heute würde ich dafür verhaftet werden. An diesem Abend bekam ich nun Fotos von Babys und Nachrichten von verängstigten Menschen, die versuchten, sich erst einmal zu verstecken, da sie von anderen wussten, dass sie eventuell wieder in die Türkei zurückgebracht werden könnten. Am nächsten Morgen verabedete ich mich dann mit der Person, die

mit der Gruppe in Kontakt war, sie an einem öffentlichen Ort quasi zu treffen, die Polizei zu verständigen und somit hoffentlich ihre Registrierung als Asylbewerber*innen zu ermöglichen. Deshalb fuhr ich zu dem verabredeten Parkplatz. Keiner war dort. Dann sah ich ein Auto und einen Van mit mir nicht bekannten Männern immer im Kreis nach irgendetwas zu suchen. Schnell war mir klar, dass das die Spezialeinheiten der Küstenwache waren, meist ohne Nummernschilder und zunächst in Zivil gekleidet, die die Geflüchteten suchten. Schließlich fuhr auch ich im Kreis, etwas eingeschüchtert von den vier Männern, die mit mir Ausschau hielten. Dann sagte mir ein Nachbar, dass unten in einem Olivenhain etwa 25 Menschen seien. Schnell fuhr ich dorthin. Doch ich kam zu spät. Die griechischen Männer hatten schon ihre schwarzen Mützen nur mit Sehschlitzen über den Kopf gezogen, bewaffnet rannten sie in Richtung der Gruppe, sie ließen kein anderes Auto mehr über den Feldweg fahren, sperrten also kurz die Straße, und ich konnte nur noch sehen, wie ein paar Geflüchtete schnell in die andere Richtung rannten.

Ich traute mich nicht anzuhalten, denn ich wusste, ein Pushback war im Gange. Wenig später luden sie die Menschen in zwei Vans, brachten sie auf ein Boot der Küstenwache und verfrachteten sie viele Kilometer weiter südlich an der Grenze zur Türkei auf dem Wasser in eine Rettungsinsel. Wir erhielten eine Sprachnachricht, im Hintergrund Geschrei, dass Wasser in das schlauchbootartige Ding eindrang und die Menschen um ihr Leben bangten. In dem Moment dachte ich nur: Es ist meine Schuld. Hätte ich mich

Spezialeinheiten der Küstenwache in Autos ohne Nummernschildern

den bewaffneten, maskierten vier Männern entgegengestellt, wären jetzt nicht 17 Kinder ertrunken ... Ich konnte nicht schlafen. Am nächsten Morgen zumindest die Erleichterung, dass die türkische Küstenwache die Menschen aufgegriffen hatte und sie am Leben waren. Sie erzählten am Telefon,

wie sie geschlagen und ihnen ihre Handys abgenommen wurden, und die Männer die kleineren Kinder vom Schiff hinuntergeworfen hatten, eines landete dabei im Meer. Später in diesem Jahr erreichten uns Nachrichten, dass tatsächlich bei diesen Aktionen ein Kind ertrunken sein soll.

Ein anderes Mal, im Februar 2022, fand ich nur einen Teil einer gerade an der Küste angekommenen Gruppe von Geflüchteten und konnte sie begleiten, bis die Polizei kam, die sie registrierte. Die anderen der Gruppe, Frauen und Kinder, hatten die Sicherheitskräfte des Staates in Vans bereits abtransportiert und sie befanden sich auf See. Gerade die Schwächeren können sich kaum viele Stunden im Wald verstecken oder gar vor der Polizei weglaufen. Im Moment gelingt es nur den Menschen auf Lesbos, einen Asylantrag zu stellen, die es selbst zu Fuß in das Camp schaffen oder aber auf Zeug*innen treffen, die einen Pushback verhindern, indem sie irgendwie Öffentlichkeit schaffen.

Warum können wir hier vor Ort so wenig machen?

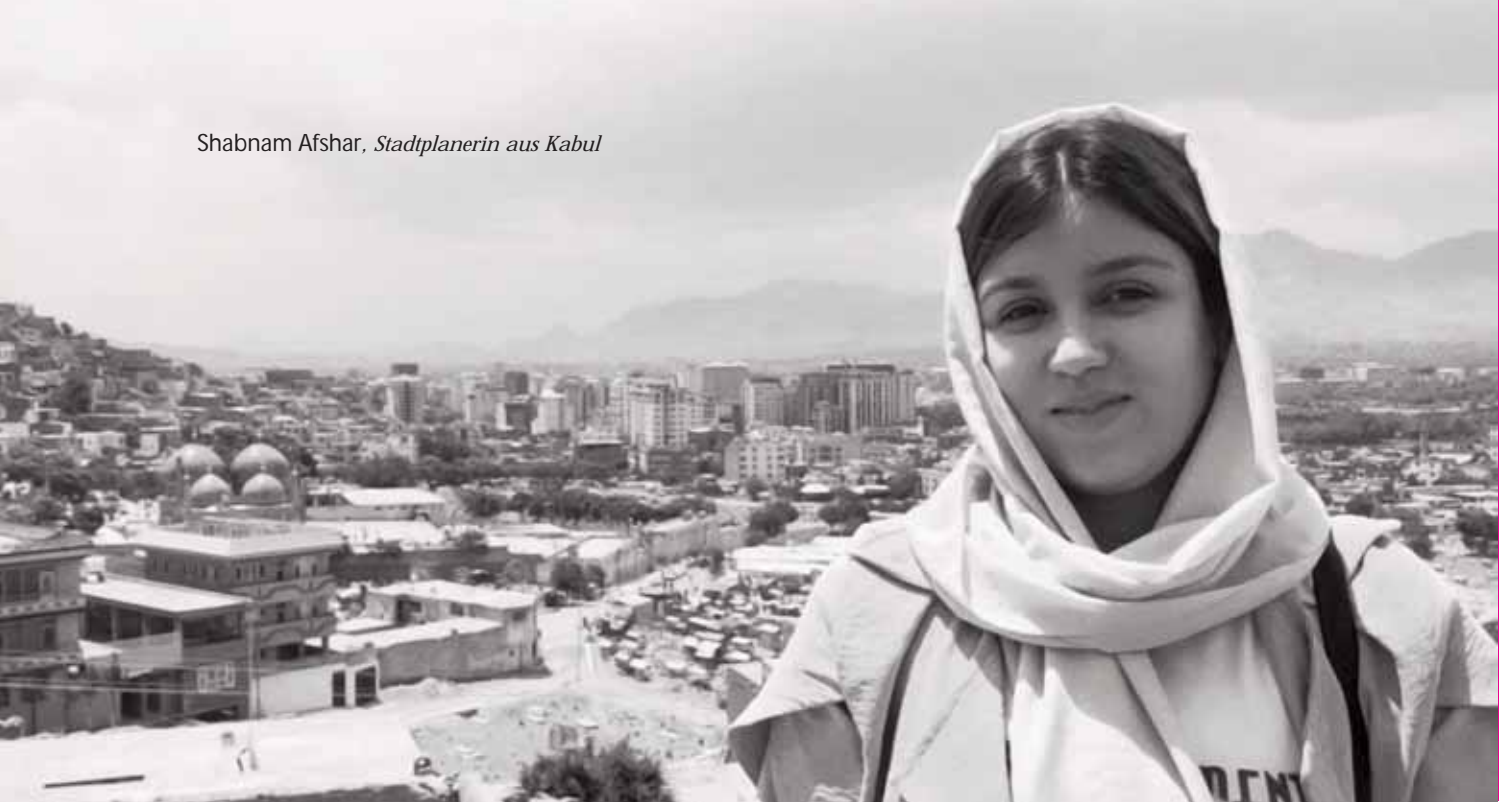
Lesbos ist zu einer extrem militarisierten Grenzzone geworden. Dort, wo früher Unterstützer*innen der Geflüchteten nach Booten Ausschau hielten, stehen jetzt das Militär und Frontex. Hilfe und Solidarität ist nicht mehr gewollt und kann sogar bestraft werden. Die griechische Regierung leugnet, dass sie Pushbacks durchführt. „Die gibt es nicht“, sagt sie.

Und was sagen die Menschen aus Lesbos dazu? Die Bewohner*innen bekommen diese ‚Jagd‘ auf Geflüchtete kaum mit und wenn doch, ist ihnen, so denke ich, nicht bewusst, wohin die Männer die Menschen in den Vans ohne Fenster bringen. Es ist ihnen auch recht, dass nicht mehr so viele Geflüchtete auf Lesbos ankommen. Griechenland hat es geschafft, dass ein Schleier des Schweigens über dem Ganzen liegt. Würde eine Gruppe mit Touristen einfach so verschwinden, gäbe es einen großen Aufschrei, nicht jedoch, wenn Geflüchtete so verschwinden. Ist das das Europa, in dem wir leben wollen?<



Alice K.
*lebt und arbeitet seit
2015 auf Lesbos und
ist verantwortlich für
ein Willkommens-
projekt für Geflüch-
tete vor Ort mit der
Organisation
borderline europe
– Menschenrechte
ohne Grenzen e.V.*

Shabnam Afshar, *Stadtplanerin aus Kabul*



Wie ein Vogel im Käfig

Die alltägliche Willkür in den Visaabteilungen der deutschen Botschaften ist kaum vorstellbar. Eines der zahllosen Opfer dieser strukturellen Willkür, Shabnam Afshar, eine 23-jährige Stadtplanerin aus Kabul, versuchte nach der Machtübernahme der Taliban vergeblich, nach Deutschland einzureisen, wo bis vor Kurzem ihr afghanischer Mann wohnte. Inzwischen leben beide in Edinburgh. Das Interview zeigt, woran es mangelt.

Was hast du früher in Afghanistan gemacht und warum wolltest du weg?

Ich studierte Stadtplanung und machte ein halbes Jahr lang ein Praktikum beim Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnungsbau in Kabul. Das wollte ich eigentlich weiterführen. Dann hat mein Mann ein Stipendium in

Deutschland bekommen. Das war im Herbst 2019. Zugleich wurde die Situation in Kabul immer bedrohlicher. Ich wollte irgendwann nur noch zu ihm nach Deutschland. Sein Stipendium öffnete ein Fenster der Hoffnung für uns. Von den Hindernissen, die sich vor mir auf türmen sollten, hatte ich keine Ahnung. Wie verrückt bin ich durch die Stadt

gelaufen und habe mich erkundigt, wie ich an ein deutsches Visum komme. Da war allerdings die Deutsche Botschaft wegen der Sicherheitslage schon geschlossen.

Was hast du unternommen, als klar wurde, dass du in Kabul kein Visum bekommst?

Foto: privat

Nun, wie andere afghanische Bürger*innen habe ich daran gedacht, es in Pakistan oder Indien zu versuchen. Ich glaube, das erste Mal habe ich schon im November 2019 eine E-Mail an die deutsche Botschaft in Neu-Delhi geschickt, um einen Termin zu vereinbaren. Dann kam die automatische Antwort, dass ich mindestens ein Jahr warten müsste. Das war für mich total überraschend. Das Jahr verstrich, ohne dass ich eine Antwort erhielt. Ich verlor die Hoffnung auf einen Termin und beschloss, es irgendwo anders bei einem deutschen Konsulat im Ausland zu versuchen.

Okay, lass mich raten. In der Türkei?

Ja, genau, die Türkei schien eine gute Option zu sein. Mein Mann hat in Ankara studiert. Ich dachte, dass es da vielleicht einfacher wäre, einen Termin bei der Botschaft zu vereinbaren. Das Problem war nur, überhaupt erst einmal in die Türkei zu kommen. Wegen Corona gab es keine Direktflüge. Ich musste mir was Neues überlegen.

Du machst mich neugierig.

Ich dachte, ich versuche es auf dem Umweg über Pakistan. Das bedeutete allerdings neue Hindernisse, für mich als alleinreisende Frau und wegen der hohen Kosten. Mein Bruder begleitete mich, auch weil er Urdu spricht. Das Visum für Pakistan plus Flugticket nach Ankara und die Corona-Tests kosteten insgesamt 1.300 US-Dollar. Ein Direktflug von Kabul hätte mich höchstens 400 Dollar gekostet. Naja, ich habe das Geld zusammengekriegt und bin nach Islamabad gefahren und dann nach Ankara geflogen, um dort endlich meinen Mann wiederzusehen.

Woran lag es, dass du mit deinem Mann nicht nach Deutschland weiterreisen konntest? Er hatte doch einen legalen Aufenthaltstitel.

All diese Tage nach meiner Ankunft in Ankara waren sehr anstrengend. Ich hatte die Adresse einer lizenzierten Agentur, die sich um die Visaanträge für die Deutsche Botschaft kümmert. Da bin ich hingegangen und habe den Agenten nach dem Verfahren gefragt und danach, ob ich berechtigt sei, ein Visum zur Familienzusammenführung zu erhalten. Die Antwort hieß: „Ja“. Ich wurde an die Deutsche Botschaft verwiesen, um das Visum zu beantragen.

Dann war der Agent doch ganz hilfreich, oder?

Nicht wirklich. Ich habe ein paarmal angerufen, bis ich endlich mit jemandem in der Botschaft sprechen konnte. Als mir dabei gesagt wurde, dass nur türkische Bürger*innen ein Visum beantragen dürfen, war ich geschockt. Dann hieß es, dass auch eine Aufenthaltsgenehmigung für die Türkei ausreichen würde. Gut, dachte ich, dann beantrage ich jetzt einen Aufenthaltstitel für die Türkei. Doch auch das war sehr schwierig. Ich brauchte eine Krankenversicherung, einen Mietvertrag und musste viele Formulare ausfüllen. Ein Albtraum, besonders die zeitaufwändige Wohnungssuche. Für mich als Ausländerin und unter Corona-Bedingungen gab es immer wieder neue Probleme. Aber irgendwann habe ich es geschafft, hatte einen Mietvertrag für ein Jahr und schließlich auch die türkische Aufenthaltsgenehmigung.

Und dann?

Wieder rief ich die Botschaft an und berichtete, dass ich alle

Bedingungen erfüllt hätte. Und wieder wurde ich enttäuscht. Diesmal hieß es, dass ich sechs Monate warten müsste, bevor ich das Visum beantragen könnte. Ich war frustriert und geschockt. Aber was sollte ich tun? In der Zwischenzeit war auch mein Mann immer mal wieder weg, wegen seiner Arbeit in Deutschland. Die sechs Monate vergingen, mein Mann kam erneut zu Besuch, um mir bei der Beantragung des Visums zu helfen. Doch dann steckten wir uns auch noch mit Covid an und mussten beide für drei Wochen ins Krankenhaus. Wir waren total fertig. Als es uns besser ging, so Mitte Juni letztes Jahr, habe ich wieder in der Botschaft angerufen. Ehrlich gesagt war ich nicht gerade optimistisch und hatte Angst vor neuen Hindernissen.

Ich befürchte, deine Angst war begründet.

Stimmt, wie ich befürchtet hatte, tauchte ein neues Problem auf. Mir wurde gesagt, dass ich selbstverständlich ein deutsches Visum beantragen könnte. Die Bearbeitungszeit würde allerdings mindestens sechs bis sieben Monate dauern. Man müsse nämlich den Antrag zur Prüfung an die Deutsche Botschaft nach Kabul schicken. Für mich ein totaler Schock. Ich hatte versucht, in einem Drittland wie Indien und dann der Türkei ein Visum zu beantragen, weil die Botschaft in Kabul nicht mehr arbeitete. Mir gingen all die physischen, mentalen und finanziellen Kosten durch den Kopf, die ich zu tragen hatte. War all die Zeit, die ich mit Sorgen und Stress verbracht hatte, umsonst gewesen? Ich fühlte mich wie ein Vogel im Käfig und musste an ein altes persisches Gedicht denken, das ungefähr so geht: Ich rannte und bemühte mich mein ganzes Leben lang, Tag und Nacht, doch



Volker M. Heins
ist Politikwissenschaftler am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen, unter anderem Mitglied im Rat für Migration e. V. Jüngste Buchveröffentlichung: Offene Grenzen für alle. Eine notwendige Utopie, Hamburg: Hoffmann und Campe 2021

am Ende kehrte ich wie ein Zirkel an meinen Ausgangspunkt zurück.

Wie war zu diesem Zeitpunkt deine rechtliche Situation in der Türkei? Deine Aufenthaltsgenehmigung war doch befristet, oder? Wie lange hättest du denn überhaupt noch ausharren können?

Ja, meine Aufenthaltsgenehmigung war nur noch fünf Monate gültig. Es war völlig unklar, ob ich sie hätte verlängern können oder nicht. Schlimmer noch, auch die Aufenthaltsgenehmigung meines Mannes in Deutschland sollte bald ablaufen. Und wir wussten, dass er für den Familiennachzug einen Aufenthaltstitel brauchte, der noch mindestens sechs Monate gültig ist.

Hinzu kam die Lage in Afghanistan. Im August 2021 kamen ja die Taliban an die Macht.

Ja, all dies fiel zusammen mit der Zeit, in der mein Land in einem schrecklichen Zustand war und in die Hände der extremistischen Taliban fiel. In jenen Tagen im Sommer letzten Jahres habe ich sehr viel gelitten. Ich spürte, dass ich mein Land verloren hatte und meine Rechte als Frau. Ich wusste, dass es für mich keine Chance gab, nach Hause zurückzukehren. Wir waren ohne Hoffnung und völlig durcheinander angesichts unseres unsicheren Status.

Nun seid ihr beide inzwischen in Edinburgh gelandet. Die Geschichte ging also noch weiter. Wie habt ihr es angestellt, an ein Visum für Großbritannien zu kommen?

Ja, nach all dem Elend um das deutsche Visum, das wir nie erhalten haben, hat mein Mann ein neues Stipendium bekommen, diesmal von CARA (Council for At-Risk Academics, London). Wir meldeten uns gleich bei der

Britischen Botschaft in Ankara, um das Visum zu beantragen. Nach nur einer Woche hatten wir es in der Tasche. Wir konnten unser Glück nicht fassen!

Wenn du jetzt auf dieses Drama zurückschaust, auf all die Papiermauern, an denen du gescheitert bist, was denkst du?

Nun, ich möchte nicht unbedingt das deutsche und das britische System der Visavergabe vergleichen. Aber ich möchte doch die Frage stellen, warum ich zwei Jahre hätte warten müssen, um einen Termin bei der Deutschen Botschaft zu bekommen. Und es gibt viele andere wie mich aus Afghanistan und anderen nicht-europäischen Ländern, die demselben zermürbenden und verwirrenden Prozess unterworfen sind. Ich will das System kritisieren, weil es meine kostbare Zeit und meine Ressourcen verschwendet hat und wegen all dem Druck und Stress, dem mein Mann und ich ausgesetzt wurden. Zwei Jahre meines Lebens und die Pläne, die ich für meine Zukunft in Deutschland hatte, wurden mir genommen.

Liebe Shabnam, vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen dir viel Glück in Schottland!<

*Das Gespräch führte
Volker M. Heins.*

230 Jahre Haft

Die systematische Kriminalisierung von ‚boat driving‘

In einem bisher beispiellosen Akt der Kriminalisierung wird erstmals in der Europäischen Union ein junger Vater für den Tod seines Kindes auf der Flucht angeklagt. Er steht zusammen mit seinem Mitreisenden vor Gericht. Diesem droht eine lebenslange Haftstrafe, weil er das Boot gesteuert hat. Der Fall der sogenannten *#Samos2* ist beispielhaft für ein Vorgehen gezielter Kriminalisierung von Migrierenden, die perfiderweise auch noch mit dem Schutz derselben Menschen gerechtfertigt wird. Von Julia Winkler

Am 8. November 2020 werden auf der griechischen Insel Samos zwei junge Männer verhaftet. Der 25-jährige Nasrat* und der 23-jährige Hasan sind noch keine 24 Stunden auf europäischem Boden. In der Nacht zuvor haben sie nur knapp ein Schiffsunglück überlebt. Gemeinsam mit 22 anderen Passagier*innen hatten die beiden die gefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland gewagt. Die meisten von ihnen waren zuvor aus Afghanistan geflohen. Hasan war mit seinen Geschwistern und seiner gehbehinderten Mutter unterwegs, Nasrat mit seinem 6-jährigen Kind. Keine*r der Passagier*innen war erfahren in der Seefahrt. Während der Überfahrt heißt es dann plötzlich, der Sprit neige sich dem Ende zu. In der Ferne sind da bereits die Umrisse der Insel Samos zu erkennen. Die Stimmung an Bord ist panisch. Nur noch ein bisschen und dann hätten sie es geschafft. Alle geben Richtungen vor, schreien Anweisungen. Hasan versucht so gut es irgendwie geht, das Boot mit dem verbleibenden Benzin so nahe wie möglich an die Insel heranzusteuern. Plötzlich erfasst eine Welle das Schlauchboot und schleudert es an die Felsen, alle Insass*innen gehen über Bord. Obwohl die griechische Küstenwache um 00.06 Uhr über den Notfall informiert wird, werden erst Stunden später Rettungs-



maßnahmen eingeleitet. Es ist 9 Uhr morgens, als sie Nasrats sechsjährigen Sohn und eine im neunten Monat schwangere Frau auf einem Felsen finden. Die Frau überlebt, für Nasrats Sohn kommt jede Hilfe zu spät. Er kann nur noch tot geborgen werden.

Die Verantwortung der Küstenwache ist mindestens unklar, offizielle Informationen zur Nacht widersprüchlich. Nasrat wird die griechische Küstenwache später dafür verklagen, die Rettung verzögert und keine Hilfe geleistet zu haben. Die verantwortlichen Behörden verhaften ihrerseits den völlig verzweifelte Vater noch am selben Tag. Nasrat wird verhört. Vom Schicksal seines Kindes weiß er bis dahin noch nichts, er glaubt es weiterhin vermisst. In der Zelle neben ihm ist Hasan. Direkt nach Ankunft hat die Küstenwache die traumatisierten Passagier*innen befragt: „Wer hat das Boot gesteuert?“ Hasans Schwester gab, fast ein wenig stolz, ihren Bruder zu Protokoll. Keiner*m der Überlebenden ist zu diesem Zeitpunkt klar, dass Europa sie dafür vor Gericht stellen wird.

*Prozess gegen einen
boat driver in
Griechenland, 2022
(Foto: Julia Winkler)*

Man klagt Nasrat der „Kindeswohlgefährdung“ an. Weil er seinen Sohn wissentlich einem tödlichen Risiko ausgesetzt habe, heißt es. Das sei das Gesetz, sagen sie. Hasan wird der 23-fachen „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ angeklagt, mit den erschwerenden Umständen der „Gefährdung des Lebens von 23 Personen“ und der „Verschuldung des Todes von einer Person“ – Nasrats Sohn.

Der Preis ist mörderisch hoch

Was die Beamt*innen schulterzuckend mit „das ist das Gesetz“ rechtfertigen, stellt in Wirklichkeit eine bisher beispiellose Eskalation der Kriminalisierung Schutzsuchender dar. Nach bisherigem Erkenntnisstand ist die Anklage gegen Nasrat der erste Fall in Europa, bei dem ein Elternteil für den Tod seines*ihres Kindes auf der Flucht verantwortlich gemacht wird. Schon vorher gab es Schiffbrüche in der Ägäis, schon vor Nasrat haben Eltern dabei Kinder verloren; 2015 ging das Bild Alan Kurdis um die Welt. Damals gab es einen internationalen Aufschrei, die Trauer des Vaters, der als einziges Familienmitglied überlebte – kaum vorstellbar. „Die Menschen dürfen nicht wegsehen, was Schreckliches passiert auf dem Weg nach Europa, nur weil man uns vorher kein Visum geben will. Jedes Mal, wenn ich wieder höre, dass ein Boot untergegangen ist, fange ich an zu weinen“, so Abdullah Kurdi, der Vater von Alan Kurdi. Die Forderung nach legalen und insbesondere sicheren Einreisewegen wurde für einen kurzen Moment lauter. Ein paar Jahre später wird einem Vater in der gleichen Situation die Schuld am Tod seines Kindes gegeben. Das ist nicht nur pietätlos und grausam, sondern kommt einer de facto-Kriminalisierung von Flucht gleich. Denn nach Europa zu flüchten bedeutet, sich selbst und die eigenen Kinder unausweichlich in Gefahr bringen zu müssen, denn auch Jahre nach dem Tod fast aller Mitglieder der Familie Kurdi und vieler weiterer Menschen bleiben Flüchtenden legale Einreisewege verwehrt. Im Gegenteil: Menschen werden systematisch und unter Anwendung massivster Gewalt an der Einreise gehindert und, sollten sie es doch lebend an Land schaffen, illegal zurückgepusht, gerade in Griechenland. Routen werden immer unüberwindbarer und gefährlicher – und das ist die Schuld und bewusste

Entscheidung europäischer Politiker*innen, und nicht die eines Vaters, der für sich und seine Kinder ein besseres Leben sucht. Es handelt sich bei der Anklage demnach auch um eine Täter-Opfer-Umkehr, bei der die Schuld von den Täter*innen auf die Betroffenen abgewälzt wird.

Der angeklagte Vater hat inzwischen Asyl in Griechenland erhalten – dementsprechend hat er selbst nach Europas Gesetzen und Maßstäben das Recht, dort zu sein. Der Preis, den er zahlen musste, um Zugang zu diesem Recht zu bekommen, war mörderisch hoch.

Einreise oft härter bestraft als Mord

Während Nasrats Fall der erste seiner Art ist, steht Hasan paradigmatisch für eine Kriminalisierungspraxis von weit größerem Ausmaß. Seit Jahren werden an Europas Seegrenzen in großem Stil Menschen systematisch dafür verhaftet, das Boot, also das Fluchtgefahr, gesteuert zu haben, und wegen „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ angeklagt und inhaftiert. Die meisten werden unmittelbar nach ihrer Ankunft verhaftet und haben keinen Zugang zu einem angemessenen Rechtsbeistand, geschweige denn zu Unterstützung von außen. 2019 waren in Griechenland 1.905 Personen wegen „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ inhaftiert und stellten damit die zweitgrößte Gruppe aller in Griechenland inhaftierten Personen dar. In Italien bezifferte das italienische Justizministerium im März 2022 die Anzahl der derzeit Inhaftierten auf 962. Die Schätzzahlen derer, die dort seit 2013 wegen (angeblichem) Steuern des Bootes verhaftet wurden, liegen insgesamt bei 2.500. In Großbritannien greift die Regierung seit 2019

**„wenn ein Boot
untergegangen ist, beginne
ich zu weinen“**

auf diese Praxis zurück, nachdem sie in diesem Jahr einen Anstieg der Ankünfte über den Ärmelkanal verzeichnete. Es wird von etwa 20 Menschen ausgegangen, die seitdem dort inhaftiert wurden. Die Strafe soll im Zuge der neuen *Nationality and Borders Bill* auf lebenslange Haft erhöht werden. In Italien reichen die Strafen von zwei bis 20 Jahren, mitunter auch lebenslänglich. In Griechenland gibt es besonders drakonische Strafen. „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ wird dort oftmals härter bestraft als Mord. Die Haftstrafe wird je nach Anzahl der transportierten Personen bei ‚einfacher‘ Beförderung mit bis zu zehn

Jahren pro Person berechnet. Im Falle erschwerender Umstände wie etwa der „Gefährdung von Menschenleben“ (wenn es etwa zu einem Schiffsunglück kommt oder auch generell bei Transport in einem unsicheren Boot), sind es pro Person mindestens zehn Jahre. Falls jemand umkommt, gibt es dafür lebenslang – je verstorbener Person. So lautet die Rechnung für Hasan 230 Jahre plus lebenslänglich.

Sündenböcke europäischer Grenzgewalt

Die Europäische Union (EU) fährt sowohl in der Praxis als auch diskursiv schwere Geschütze auf, wenn es um die „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ beziehungsweise Schmuggel geht. Tausende Menschen sind so bereits für viele Jahre hinter die Gitter europäischer Knäste gewandert. Dass es dabei mitnichten, wie vorgegeben, darum geht, ‚rücksichtslosen Kriminellen‘ das Handwerk zu legen, um Flüchtende zu schützen, wird nicht nur dadurch ersichtlich, dass das Wohlergehen der Betroffenen für die EU an keiner anderen Stelle eine Rolle spielt. Während Griechenland etwa in offiziellen Stellungnahmen den schändlichen Umgang der Schmuggler*innen mit Schutzsuchenden verurteilt, werden gleichzeitig dieselben Schutzsuchenden von griechischen Sicherheitskräften ins Meer geworfen. Ginge es wirklich um den Schutz Flüchtender, würde man dafür sorgen, dass sich Menschen erst gar nicht in die Abhängigkeit Dritter und auf gefährliche Routen – wie etwa die über das Mittelmeer – begeben müssten. Aktuell wird am Beispiel der Ukraine-Geflüchteten wieder besonders deutlich, wie selbstverständlich und stellenweise gar heldenhaft die Hilfe bei der Ein- und Weiterreise angesehen werden kann, sofern es politisch opportun ist und es sich um Menschen handelt, die in der Europäischen Union nicht grundsätzlich unerwünscht sind.

Im Falle derer jedoch, deren Ankunft Europa um jeden Preis verhindern will, fungiert der beinahe mantraartige Verweis europäischer Behörden auf die „kriminellen Banden“, die „die Leben von Menschen auf schwer beladenen, nicht-navigierbaren Booten“ gefährden, als Diskreditierungsversuch und Ablenkungsmanöver zugleich. So wird die Beihilfe zur Einreise grundsätzlich als kriminell stigmatisiert und so das rigorose Vorgehen dagegen legitimiert, sowie der Fokus hinsichtlich der Frage nach Verantwortung und Schuld für das Sterben und Leiden der Menschen auf der Flucht von europäischer Politik weg allein auf die Schmuggler*innen gelenkt.

Free the #Samos2

Am 18. Mai 2022 fand der Prozess gegen Humran und Nasrat auf Samos statt. Zu ihrer Unterstützung hat sich die Kampagne *Das wahre Verbrechen ist das Grenzregime – Freiheit für die Samos2* geformt. Organisationen und Gruppen in ganz Europa fordern das Fallenlassen der Anklagen gegen Nasrat und Humran, Freiheit für alle, die wegen des Steuern eines Bootes inhaftiert sind, und ein Ende der Kriminalisierung von Migration und der Inhaftierung von Schutzsuchenden. Auf der Website freethesamos2.com finden sich alle Infos zum Fall und die Möglichkeit, die beiden bei den Gerichtskosten zu unterstützen.

Anmerkung der Redaktion (Stand 20. Mai 2022): Die Kampagne <kursiv>Freiheit für die Samos2</kursiv> war erfolgreich. Das griechische Gericht hat Nasrat freigesprochen. Humran erhält ein Jahr und fünf Monate auf Bewährung.



Massenhaftes Inhaftieren soll Abschrecken

Die eigentliche Absicht hinter den zahllosen Verhaftungen wegen ‚Schmuggels‘ wird jedoch auch insbesondere durch den Umstand offenbar, dass es sich beim Großteil der Festgenommenen um die Menschen handelt, die die EU vorgibt, schützen zu wollen. Sie steuern das Boot, weil eine*r eben das Boot steuern muss; manche – so wie Hasan – steuern es, weil der Schmuggler nach der Hälfte der Strecke das Boot verlassen hat, um nicht verhaftet zu werden; andere steuern es, weil sie nicht genügend Geld für die Überfahrt (oder die ihrer Familie) haben und im Gegenzug weniger bezahlen müssen; wieder andere steuern es, weil sie mit gezogener Waffe und Gewalt dazu gezwungen werden. Doch auch dann, wenn andere Mitreisende diese Umstände vor Gericht bezeugen, gar angeben, dass sie der*m Angeklagten ihr Leben verdanken, selbst wenn Beschuldigte mit Kindern, Eltern und Geschwistern reisen, auch dann und trotz fehlender gegenteiliger Beweise, folgt in der Regel der Schuldspruch. Hinzu kommt, dass in zahlreichen Fällen Menschen komplett willkürlich beschuldigt und verhaftet werden (wie etwa im Fall von *#FreeAmirAndRazul*); etwa dann, wenn Polizei und Küstenwache nicht sicher sagen können, wer das Boot tatsächlich steuerte oder, wie Überlebende in



Julia Winkler
*ist Mitinitiatorin der
Kampagne für die
#Samos2. Sie ist Teil
von borderline-eu-
rope und arbeitet vor
allem zur Kriminali-
sierung von (Beihilfe
zur) Migration.*

einem Fall auf den Kanarischen Inseln schilderten, dass das Boot tagelang auf dem Atlantik gedriftet war und die Flüchtenden die Leichen der nach und nach versterbenden Mitfahrer*innen, inklusive der des ‚Steuermanns‘, über Bord geworfen hatten. Nicht das Sterben auf dem Mittelmeer, nicht die Gewalt gegen oder die Ausbeutung von Schutzsuchenden, sondern ihre Ankunft ist das, was der europäische Staatenverbund und seine Mitglieder bekämpfen. Wer das Boot am Ende wie fährt – jemand, die*der damit Geld verdient, ob Helfende*r oder selbst Flüchtende*r – ist der EU dabei letztlich egal. Was für sie zählt ist, dass keine*r mehr kommt. Und eine Methode dafür ist, dafür zu sorgen, dass sich ja niemand mehr traut, ein Boot mit Migrierenden an Bord zu steuern oder diese auch nur aus Seenot zu retten. Das primäre Ziel ist und bleibt Abschreckung.

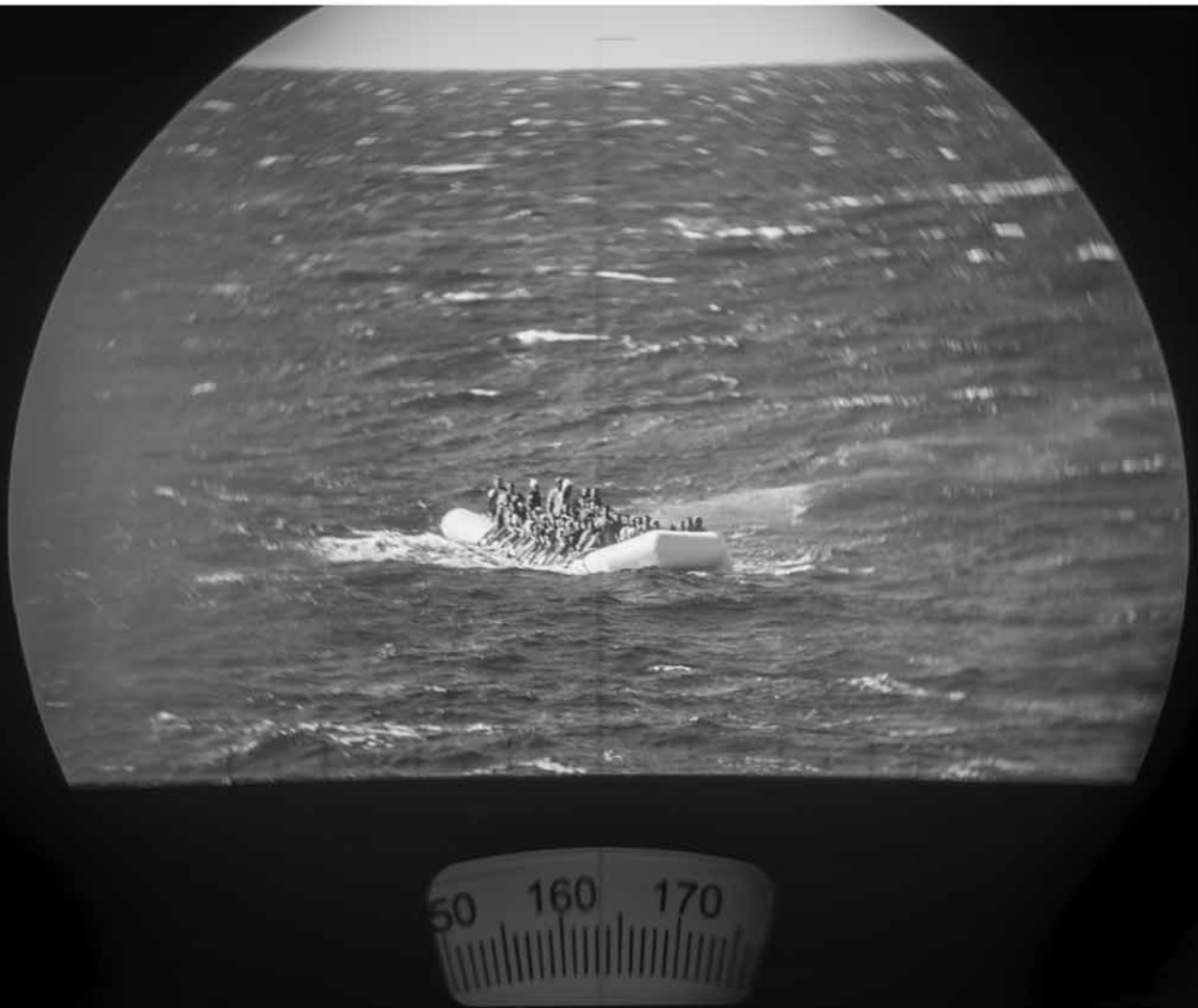
Auch im Fall der #Samos2 wird das Offensichtliche zusätzlich von Aussagen des Vaters und weiterer Passagier*innen untermauert, die bei Hasan keine Verantwortung sehen. „Egal wie oft sie es wiederholen, den ‚Fahrer‘ trifft keine Schuld. (...) Er hat nichts falsch gemacht, er ist nicht schuld. Ich habe nur eine Bitte: Ich möchte, dass diese Person freigelassen wird“, so Nasrat.

Auf dem Grabstein seines Sohnes, der auf Samos begraben liegt, steht zu lesen: „Es war nicht das Meer, es war nicht der Wind, es ist die Politik und die Angst.“ <

**Zum Schutz der Person wurde der Name geändert.*

SOS Humanity

Die Menschlichkeit droht, im Mittelmeer unterzugehen



Seit mehr als sechs Jahren stemmen sich zivile Seenotrettungsorganisationen wie *SOS Humanity* gegen das Ertrinkenlassen von flüchtenden Menschen im Mittelmeer. Weil die EU-Politik auf die Abschottung Europas setzt, wurde die Verantwortung zur Seenotrettung an Libyen ausgelagert. Statt selbst zu retten, finanziert die EU das rechtswidrige Abfangen Flüchtender durch die libysche Küstenwache. Die spendenfinanzierten Retter*innen und ihre Schiffe werden von den Behörden immer wieder blockiert. Ein Zustandsbericht von Petra Krischok



Auf großen Holzbooten werden die Menschen von den Schleppern an Deck und im Frachtraum auf engstem Raum eingepfercht und können sich oft tagelang nicht bewegen.



Auch im Winter fliehen die Menschen. Dann sind sie manchmal nach Tagen ungeschützt auf See stark unterkühlt.



„Hinter jeder Frage liegt der Abgrund“, sagt Retterin Julia über die Erfahrungen, die die geretteten Frauen in Libyen gemacht haben.

Während die Öffentlichkeit in Europa mit Entsetzen auf den Krieg in der Ukraine und seine Folgen schaut, finden andere Schauplätze von Gewalt und Flucht kaum Beachtung. Das Mittelmeer, eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt, ist ein solcher Ort. „Als wir in das Boot stiegen, schlugen die Schmuggler jeden. Sie hatten Waffen, die größer waren als mein Arm“, erzählte Zidane (Name geändert), als er in Sicherheit an Bord des Rettungsschiffs war. Wer die riskante Überfahrt über das zentrale Mittelmeer aus Libyen wagt, ist meistens Krieg, Verfolgung, Hunger oder Hoffnungslosigkeit entflohen. So auch der 31-jährige Zidane, der aus dem Bürgerkriegsland Jemen floh, wo aktuell Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind. Er wurde im Oktober 2021 mit 105 weiteren flüchtenden Menschen von der Crew der *Ocean Viking* aus einem Holzboot gerettet. „Schnell gingen uns Wasser und Treibstoff aus. Wir hatten kein Satellitentelefon und konnten niemanden kontaktieren.“ 17 Stunden hatte Zidane zusammengepfercht im Frachtraum unter Deck verbracht. „Wir beteten und beteten, und Gott sei Dank habt ihr uns gefunden.“

Das Mittelmeer, ein Massengrab

Zidane hatte Glück – wie rund 8.000 Menschen, die im vergangenen Jahr auf der Mittelmeer-Fluchtroute von zivilen Rettungsschiffen in ihren Booten in Seenot entdeckt, gerettet und an einen sicheren Ort gebracht wurden. Für mindestens 1.553 Menschen gab es 2021 keine Rettung. So viele Flüchtende sind im vergangenen Jahr laut *Internationaler Organisation für Migration* (IOM) im zentralen Mittelmeer ertrunken. Seit 2014 verzeichnet die IOM über 19.000 Tote auf dieser Fluchtroute – und die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Viele Menschen auf den seeuntauglichen, deutlich überbesetzten Booten verschwinden einfach in den Fluten, ungesehen, undokumentiert. Das Mittelmeer, unser Sehnsuchtsort – es ist ein Massengrab.

Manchmal gibt das Meer die Toten wieder frei, dann werden Leichen an die Küsten Libyens oder Tunesiens gespült. Das Foto des dreijährigen Alan Kurdi, ein 2015 auf der Flucht ertrunkener syrischer Junge, angespült an einen türkischen Strand, ging damals um

die Welt. Als am 27. Februar dieses Jahres fünfzig Menschen in ihrem kenternden Holzboot vor der libyschen Küste ertranken, nahm kaum jemand Notiz hiervon. Es war niemand da, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Mehr als ein Dutzend ihrer Leichen trugen die Wellen an einen libyschen Strand. Die restlichen bleiben für immer verschwunden.

Das politische Versagen wird kompensiert

Die zivile Seenotrettungsorganisation *SOS Humanity* arbeitet seit sieben Jahren gegen das Ertrinkenlassen der Flüchtenden auf dem Mittelmeer an. 2015 gründete der Kapitän und Historiker Klaus Vogel gemeinsam mit anderen Bürger*innen in Berlin die Seenotrettungsorganisation *SOS Mediterranee Deutschland*, die inzwischen in *SOS Humanity* umbenannt wurde. Sie wollten nicht mehr hinnehmen, dass die europäische Politik untätig blieb, während tausende Menschen auf der Flucht im Meer ertranken. Italien hatte im Oktober 2014 seine Seenotrettungsoperation *Mare Nostrum* eingestellt, die innerhalb eines Jahres laut IOM insgesamt 150.000 Menschen gerettet hatte. Die EU hatte Italien für seine aufwendige Mission und die Aufnahme der Geretteten keine Unterstützung geleistet. Seitdem das einzige staatliche Seenotrettungsprogramm eines EU-Mitgliedsstaats im zentralen Mittelmeer eingestellt wurde, war keine Operation der

EU mehr hauptsächlich auf die Rettung der flüchtenden Menschen ausgerichtet. Dabei bleibt Seenotrettung Pflicht und staatliche Aufgabe.

Seenotrettung bleibt Pflicht und staatliche Aufgabe

Mit Spenden aus der Zivilgesellschaft konnte die neu gegründete Seenotrettungsorganisation *SOS Mediterranee* 2016 bis 2018 das Schiff *Aquarius* und ab 2019 die *Ocean Viking* betreiben und

mehr als 34.600 Menschen aus dem zentralen Mittelmeer retten. Sie alle wurden an einen sicheren Ort an Land gebracht, wie es das Seerecht vorschreibt. „In nur sieben Monaten sammelten wir eine dreiviertel Million Euro“, beschrieb Gründer Klaus Vogel die Anfänge der von ihm initiierten Rettungsmission, als ihm am 2. Juli 2021 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen wurde. „Damit konnten wir ein großes Schiff chartern und fanden die *Aquarius*. [...] Am 7. März 2016 hatten wir unseren ersten Rettungseinsatz: 68 Menschen in einem langen grauen Schlauchboot. Die 58 Männer und 10 Frauen auf dem unsicheren, lebensgefährlichen Boot hatten Todes-

angst. Auf dem Weg durch die Sahara und in Libyen hatten sie Schreckliches erlebt. In das Boot waren sie mit Gewalt gezwungen worden. Später erfuhren wir, dass beim Einsteigen mehrere der Flüchtenden von den Schleppern getötet worden waren. Mehrere der Geretteten waren verletzt. Alle kamen aus Ländern südlich der Sahara, aus Gambia, Senegal, Mali und Sierra Leone. Sie waren barfuß, erschöpft, hungrig und ohne Besitz.“

In dieser Zeit und in den Folgejahren gründeten sich weitere *SOS-Mediterranee-Vereine* in Frankreich, Italien und der Schweiz, sowie mehrere zivile Seenotrettungsorganisationen, die seither Zehntausende gerettet haben, getragen durch die europäische Zivilgesellschaft, beauftragt durch die unzähligen Spender*innen. Der deutsche Verein, inzwischen vom europäischen Verbund gelöst und unter dem neuen Namen *SOS Humanity*, bringt ab Sommer 2022 ein eigenes Rettungsschiff aufs Mittelmeer, die *Humanity 1*. Das Ziel: mehr Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren. Dabei bleibt *SOS Humanity* den Gründungswerten und -zielen der ursprünglichen Organisation treu: Leben zu retten, die Überlebenden an Bord zu schützen und zu begleiten sowie ihre Schicksale zu bezeugen. *SOS Humanity* will die Aufklärung der Öffentlichkeit sowie die politische Arbeit verstärken, um auf die Veränderung der europäischen Migrationspolitik hinzuwirken. Hierzu gehört nicht nur, die Schicksale der Flüchtenden zu dokumentieren und ihren Geschichten Gehör zu verschaffen, sondern auch die humanitäre und politische Krise, ihre Verantwortlichkeiten und Folgen in der Öffentlichkeit klar zu benennen und politisch einzuordnen, also auch politisch Stellung beziehen. Diese neue Ausrichtung fußt auf der Erkenntnis, dass die schutzsuchenden Menschen auch an Land gerettet werden – durch die Entscheidungen in der europäischen Migrationspolitik.

Die tödliche Abschottungspolitik der EU

Im Mittelmeer muss die europäische Zivilgesellschaft mit ansehen, wie ihre Staaten bei der Seenotrettung versagen. Das internationale Seerecht verpflichtet Küstenstaaten eine Rettungsleitstelle einzurichten, die rund um die Uhr mit englischsprachigem Personal

besetzt ist, Notrufe entgegennimmt und Such- und Rettungsmaßnahmen koordiniert. Im Anschluss an eine Rettung müssen die Staaten schnellstmöglich einen sicheren Ort für die Ausschiffung der Überlebenden zuweisen. Jede Schiffsbesatzung ist völkerrechtlich dazu verpflichtet, in Seenot geratenen Menschen Hilfe zu leisten.

Doch die europäischen Staaten umgehen diese Pflicht zur Seenotrettung seit Jahren und lagern diese gezielt aus: an das instabile Libyen, ein vom Bürgerkrieg zerrüttetes Land mit katastrophaler Menschenrechtssituation. Diese Kooperation der EU mit Libyen wurde vor fünf Jahren, am 3. Februar 2017, mit der „Malta-Erklärung“ des Europäischen Rats festgelegt – mit dramatischen Folgen für den

Schutz der Menschenrechte und die Prinzipien des Seerechts. Für den Aufbau einer libyschen Küstenwache mit zahlreichen schnellen Patrouillenbooten und die Einrichtung einer libyschen Rettungsleitstelle wurden bis Ende vergangenen Jahres 57 Millionen Euro aus einem Nothilfe-Treuhandfond zur Fluchtursachenbekämpfung

in Afrika zweckentfremdet. Durch die Umsetzung der „Malta-Erklärung“ werden aus Libyen über das Mittelmeer flüchtende Menschen jährlich zu Zehntausenden von der libyschen Küstenwache gewaltsam abgefangen, illegal nach Libyen zurückgeführt und meist in menschenunwürdigen Lagern interniert.

Bis zur EU-geförderten Einrichtung der libyschen Such- und Rettungszone im Juni 2018 hatte Italien alle Seenotfälle in diesem Seegebiet koordiniert. Seitdem findet keine staatliche Koordination mehr statt und zivile Organisationen sind bei der Suche und Rettung meist auf sich gestellt. Mit diesen Maßnahmen befähigt die EU die libysche Küstenwache, systematisch Schutzsuchende auf hoher See abzufangen und in das Land zurückzuzwingen, aus dem sie geflohen sind. Auf diese Weise leistet die EU wesentlich Beihilfe zum Völkerrechtsbruch. Das Ziel ist zweifellos, die Flüchtenden von Europa fernzuhalten. Es ist eine Abschottungspolitik um jeden Preis, bei der die viel beschworenen europäischen Werte wesentlich über Bord gehen.

Europäische Werte gehen wissentlich über Bord

Ewiger Kreislauf von Flucht und Gewalt

Allein in den offiziellen Lagern in Libyen waren zum Jahresanfang 2022 rund 12.000 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen interniert. Es sind meist diese Orte des Schreckens, aus denen sie über das Mittelmeer zu fliehen versuchen. Sie werden in Libyen gefoltert, vergewaltigt, erpresst und versklavt, bis sie abermals zu fliehen versuchen – in seeuntauglichen Holz- oder Schlauchbooten, auf die sie teuer bezahlte Schlepper zwingen. Es ist ein brutaler, höchst menschenverachtender Kreislauf. Diesen können sie nur durchbrechen, wenn sie von zivilen Retter*innen auf See entdeckt und an einen sicheren Ort gebracht werden oder mit viel Glück die gefährliche Überfahrt bis nach Italien oder Malta überleben. Im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der illegalen Rückführungen, den sogenannten Pull-Backs, durch die libysche Küstenwache gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht. Über 32.000 Menschen hat diese Küstenwache im Jahr 2021 gewaltsam nach Libyen zurückgeschleppt, wie IOM in Libyen dokumentiert hat. Der US-amerikanische Journalist Ian Urbina, der ausführlich in Libyen recherchiert hat, berichtete Anfang des Jahres vor dem Menschenrechtsausschuss des EU-Parlaments: „Die Misshandlungen in den Lagern sind untrennbar verbunden mit der Finanzierung der libyschen Küstenwache. Alle NGO-Beobachter berichten, dass die Bedingungen in den Lagern sich verschlechtern. Der Zugang zu den Lagern für Außenstehende nimmt ab und die Zahl der Internierten in den Lagern nimmt zu. Der Grund hierfür ist, dass die libysche Küstenwache ihre Arbeit immer besser macht, was wiederum durch die Finanzierung der EU mit großer Hilfe Italiens möglich ist.“

Das System der libyschen Lager, eine Schande

An Bord der Rettungsschiffe berichten die Geretteten immer wieder, dass sie zuvor bereits mehrmals über das Mittelmeer zu fliehen versucht haben, aber jedes Mal von der Küstenwache abgefangen und zurückgezwungen wurden. Es ist ein zutiefst unmenschlicher, zynischer Kreislauf aus Ausbeutung, Gewalt, Flucht und Internierung. Nach unzähligen Berichten der Geflüchteten müssen sie nicht nur Geld für die Überfahrt mit den seeuntauglichen Booten an die Schlepper bezahlen, sie werden häufig in den Lagern gefoltert. Mit den Foltervideos, die dabei entstehen, werden ihre Angehörigen erpresst, ein Lösegeld zu schicken. Die Zustände in den hoffnungslos überfüllten Lagern sind unvorstellbar. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist unzureichend, die sanitäre Situation katastrophal, eine medizinische Versorgung kaum

existent. Die Geretteten finden immer wieder und unabhängig voneinander denselben Begriff, um die Situation in den Lagern zu beschreiben: „die Hölle“. Lieber wären sie im Meer ertrunken, als weiter so leben zu müssen, erklären die Überlebenden häufig gegenüber der Rettungsscrew.

Menschen auf See und an Land retten

Nach sechs Jahren Erfahrung mit dem Rettungseinsatz im Mittelmeer hat die Organisation *SOS Humanity* beschlossen, ihr Wirkungsfeld an Land weiter auszubauen. „Die flüchtenden Menschen auf dem Mittelmeer benötigen Unterstützung bei der Wahrung ihrer Rechte“, sagt Maike Röttger, seit November 2021 Geschäftsführerin von *SOS Humanity*. Und weiter: „Daher wird die Organisation die politische Arbeit an Land verstärken und auf die Politik auf Bundes- wie auf EU-Ebene einwirken, mit dem Ziel diese zu verändern.“ Die neue deutsche Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, illegale Zurückweisungen und das Leid an den EU-Außengrenzen beenden und sicherstellen zu wollen, dass flüchtende Menschen nach der Rettung an sichere Orte gebracht werden. Die Unterstützung der libyschen Küstenwache lässt sich hiermit nicht vereinbaren.

Zivile Seenotrettung unerwünscht

Obwohl die zivilen Seenotrettungsorganisationen die Lücke füllen, welche die EU-Staaten hinterlassen haben, wird ihre lebensrettende Arbeit immer wieder blockiert und behindert, ihre Schiffe werden unter fadenscheinigen Begründungen von Behörden festgesetzt. So wurde das Rettungsschiff *Ocean Viking* 2020 fünf Monate lang in einem sizilianischen Hafen festgehalten und

konnte nicht retten. Die Begründung: Es seien zuvor deutlich mehr „Passagiere“ transportiert worden als zugelassen. Ähnlich ergeht es zahlreichen zivilen Rettungsorganisationen. Die mangelnde Kooperation der Behörden mit den zivilen Rettungsschiffen können tödliche Folgen haben. So wurde die Crew der *Ocean Viking* im April 2021 auf der Suche nach einem Schlauchboot in Seenot mit rund 130 Menschen hierbei nicht unter-

Die Crew fand nur noch das luftleere Wrack

stützt, eine Koordinierung fand nicht statt. Als die Besatzung des Rettungsschiffs nach vielen Stunden Suche im Sturm das Boot endlich fand, waren alle Insassen ertrunken. Die geschockte Crew fand nur noch das luftleere Wrack des Schlauchboots und einige im Wasser treibende Leichen.

Die Menschlichkeit selbst ist in Gefahr



Petra Krischok
*arbeitet als Referen-
tin für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
& Pressesprecherin
in der Berliner
Geschäftsstelle von
SOS Humanity.
Die Organisation
finanziert sich fast
ausschließlich über
Spenden. Alle Infos
findet ihr unter
[https://sos-huma-
nity.org/](https://sos-humanity.org/)*

„Eines vielleicht nicht fernen Tages werden Historiker fragen, warum es die Bürger und Politiker von Europa wissentlich zugelassen haben, dass im Mittelmeer viele Tausende in höchster Not befindliche, unschuldige Menschen starben“, sagte der Kapitän und Gründer von *SOS Humanity*, Klaus Vogel. „Die konkrete Politik der Europäischen Union an ihren Außengrenzen wie dem Mittelmeer ist einseitig von Abwehr und von Angst gesteuert, sie ist unmenschlich, fremdenfeindlich und rassistisch. Diese Politik muss sofort beendet werden. Ohne Humanität kann Migration nicht positiv gestaltet werden.“

Um die Missstände im zentralen Mittelmeer schnellstmöglich zu beenden, fordert *SOS Humanity* die zügige Einrichtung eines europäischen, staatlich koordinierten Seenotrettungsprogramms. Menschen aus Seenot müssen im Einklang mit dem Völkerrecht gerettet und an einen sicheren Ort an Land gebracht werden. Zudem muss die europäische Politik den längst überfälligen, verlässlichen Verteilmechanismus für die Geretteten in der EU etablieren. Europäische Küstenstaaten dürfen weder mit der Aufgabe der Seenotrettung noch mit der Aufnahme der Geflüchteten allein gelassen werden. Der europäische Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten zeigt, dass die EU entschlossen und einig zum Schutz von fliehenden Menschen handeln kann. Dieser Schutz muss an allen Grenzen und für alle Flüchtenden gelten – auch im Mittelmeer.<

Festgefangen auf Samos

2015 darf sich nicht wiederholen, finden zahlreiche EU-Politiker*innen. Die Folge sind hermetisch abgeschlossene Lager wie das *Zervou Refugee Camp* auf Samos. Verbliebene NGOs wie die *Samos Volunteers* versuchen, dort ihre Arbeit fortzusetzen. Von Wolfgang Sréter

2015. Die Brücke zwischen Wegscheid und Hanging ist kein monumentales Bauwerk. Sie überspannt kein spektakuläres Tal oder einen erhabenen Fluss wie den Mississippi, sondern nur den schmalen Osterbach. Trotzdem war sie im Herbst des Jahres 2015 in allen Nachrichtensendungen und Zeitungen und rückte damit in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Zehntausende von Menschen kamen an dieser unscheinbaren Brücke an, mit Kindern auf dem Arm, mit Reisetaschen und Rucksäcken oder auch ohne alles, nur mit dem, was sie am Körper trugen. Auf der österreichischen Seite wurden sie aus Bussen entlassen und sobald sie die Grenze passiert hatten, gingen sie vorbei am *Verein für Deutsche Schäferhunde SV*, Ortsgruppe Wegscheid, und ließen sich erschöpft auf einem nahen Parkplatz nieder. Auf einem Hügel sahen sie eine Kapelle mit dem typisch bayerischen Zwiebelturm und als sie endlich in eine der Unterkünfte gefahren wurden, kamen sie an dem grün-weißen Schild der *Pizzeria Bosporus* vorbei.

Die freiwilligen Helfer*innen an der Brücke in Wegscheid waren irgendwann von ihrer Tag- und Nacharbeit so erschöpft, dass sie im Sitzen einschliefen. Der stellvertretende Bürgermeister stand an der Grenze, die seit Jahren keine mehr war, aber trotzdem wieder geschlossen wurde. Er ließ eine Lastwagen-Halle räumen, Bierbänke aufstellen, palettenweise Tee, Obst und Toastbrot verteilen, um wenigstens ein klein wenig zu helfen. Am Montag dem

26. Oktober 2015 erreichte die Zahl der ankommenden Geflüchteten ihren Höhenpunkt: 8.000 Menschen kamen über die Grenze.

Willkommen in der Europäischen Union

„Balkanroute“ war der Begriff, der schnell die Runde machte. Sollte heißen, dass sich diese Menschen in Griechenland auf den Weg gemacht hatten, um nach Deutschland zu kommen. Sie kamen ursprünglich aus Afghanistan, dem Iran und Irak und aus Syrien. Manche hatten eine Flucht durch mehrere Kriegsgebiete von mehr als 6.000 km auf Lastwagen oder in Nachtmärschen hinter sich und waren froh, als sie, nach einer gefährlichen Bootsfahrt, auf den griechischen Inseln Lesbos oder Samos zum ersten Mal europäischen Boden erreichten.

Im Lager auf Samos, direkt am Stadtrand von Vathy, kamen sie oft nicht mehr unter, sondern nur noch im sogenannten Dschungel, also in provisorischen Zelten und unter Zeltplanen in der Umgebung des Lagers ohne sanitäre Anlagen, mit Bergen von Müll. Die Container im Camp waren längst überfüllt. Immer mehr Geflüchtete saßen auf der Insel fest, gehindert an der Weiterreise durch eine EU-Politik, die Situationen wie die an der Brücke in Wegscheid um jeden Preis vermeiden sollte. Ein Jahr später begannen die *Samos Volunteers* im Hauptort der Insel ihre Arbeit. Jeden Tag berichteten ihnen Geflüchtete von Ratten, die sogar



die Kleidung anfraßen und von Ungeziefer, das Ausschläge vor allem bei den Kindern auslöste. Im Winter gab es Temperaturen unter dem Gefrierpunkt, im Sommer stieg das Thermometer teilweise auf 44 Grad.

2021. Am Hafen findet man ein bemaltes Transformatorhäuschen mit der Jahreszahl 2016. Das Jahr, in dem auf Samos jede Nacht Hunderte in Schlauchbooten aus der Türkei ankamen und freundlich empfangen wurden. Das Bild zeigt Häuser, die alle aussehen wie freundliche Gesichter, zwei Augenfenster im ersten Stock und eine Eingangstür als Mund. Über die ganze Fläche des Bildes gemalt ist ein Fahrrad mit bunten Speichen. Vielleicht ein Geschenk an einen Jungen oder ein Mädchen, die ohne ein Gepäckstück auf der Insel ankamen. Inzwischen hat das Fahrrad, um den Architektur- und Kunstkritiker Gottfried Knapp zu zitieren, „seine Unschuld verloren“. Nicht nur

Lesbos ist längst zu einem unrühmlichen Hotspot geworden, sondern auch Samos. 2016 konnten die Bewohner*innen der Insel nicht wissen, dass man sie allein lassen würde mit zusätzlich siebentausend hilfesuchenden Menschen. Sowohl die Hauptstadt Athen mit ihren wechselnden Regierungen als auch die europäischen Nachbarn waren groß im Versprechen, aber klein im Handeln.

Umzug in das Zervou Refugee Camp

Gehandelt wurde dann im September 2021. Das alte Lager und der Dschungel wurden innerhalb von drei Tagen geräumt. Die Geflüchteten kamen in das Zervou

Refugee Camp, sieben Kilometer außerhalb der Stadt Vathy. Es liegt in einer schattenlosen Ebene und ist nur über eine Sandpiste erreichbar. Die von der Polizei begleiteten Busse hielten vor einem Schild: *Closed Controlled Access Center of Samos*. Die Kosten für den Bau (die Schätzungen belaufen sich auf über 130

„In diesem Lager sitzen die Menschen in der Falle“

Millionen Euro) wurden von der EU übernommen: ein Pilotprojekt, mit dem die EU sich eine kontrollierte Steuerung der Migration verspricht – und somit Menschen an der freien Fortführung ihrer Flucht innerhalb Europas hindern will. Weitere Lager sind inzwischen auf Kos und Leros eröffnet worden. Für den Unterhalt muss die griechische Regierung aufkommen.

Sicherheitstechnisch ist dieses Lager auf dem modernsten Stand: Stacheldraht, Scheinwerfer auf hohen Masten, Lautsprecher, Kameras und eine Drohne überwachen die Insassen. Die Unterkünfte können nur mit einem Chip-Armband, das die Geflüchteten bei der Registrierung ihrer Fingerabdrücke bekommen, an Drehkreuzen betreten oder verlassen werden. Eine Fahrkarte für den Bus in die Stadt kostet 3,20 €. Bei einem Unterhalt von 70,00 € pro Monat sind nur die nötigsten Fahrten möglich, lange Fußmärsche dagegen wahrscheinlich. Ein Teil der Bewohner*innen, die sich noch in einem juristischen Schwebezustand befinden, dürfen das Camp überhaupt nicht verlassen. Damit wurde ihnen der letzte Rest von Freiheit, den sie noch in Vathy hatten, genommen.

„In diesem Lager sitzen die Menschen in der Falle“, sagt Patrick Wieland, Field Coordinator von *Ärzte ohne Grenzen*. Die Stimmung unter den Geflüchteten sei katastrophal, denn die Informationspolitik der offiziellen Stellen, die eigentlich in vielen Sprachen erfolgen müsste, sei mehr als zögerlich. Zu den gesundheitlichen kommen immer mehr psychische Probleme und die Selbstmordgefährdung schätzt er als ungemein hoch ein.

Erschwerte Bedingungen für verbliebene NGOs

Ärzte ohne Grenzen hat neben dem Camp ein Grundstück gemietet, damit die vierzig Mitarbeiter*innen in einer mobilen Klinik ihre Arbeit nach dem Umzug so schnell wie möglich wieder aufnehmen können. Er hofft, dass zumindest in Notfällen Ärzt*innen, Therapeut*innen, vor allem aber auch Hebammen das hermetisch abgeschlossene Lager betreten dürfen. Klar ist, dass die Arbeit der noch verbliebenen NGOs sehr erschwert werden wird.

Auch die *Samos Volunteers* führen ihre Arbeit fort. Mit ihren fünfunddreißig Mitgliedern vor Ort haben sie stabile Zelte auf einem gemieteten Grundstück aufgebaut. Strom- und Wasseranschlüsse sind inzwischen im *Alpha Land*, das auch *welcome area* genannt wird, vorhanden. Um die Transporte von Mitarbeiter*innen, Material und Wäsche in das

abgelegene Camp zu bewältigen, stehen jetzt zwei Autos zur Verfügung. Ein zusätzlicher Kostenfaktor, denn Benzin kostet in Griechenland bis zu 1,90 € pro Liter.

Im *Alpha Land* bieten Mitglieder der *Samos Volunteers*, örtliche Lehrkräfte und auch Geflüchtete Sprachkurse in Griechisch, Englisch, Französisch und Deutsch auf verschiedenen Levels an. In den Zelten sitzen Männer und Frauen mit Masken vor dem Gesicht, die aus den unterschiedlichsten Ländern kommen und sich teilweise nicht untereinander verständigen können. Für die Ausbildung am Computer steht außerdem eine begrenzte Anzahl von Laptops zur Verfügung. Als erstes fallen die vielen Steckdosen auf. Dort können die Besucher*innen ihre Mobiltelefone aufladen, um mit der alten Heimat, die sie verloren haben, oder mit Verwandten und Freund*innen auf anderen Inseln zu telefonieren. Vor allem die Sorgen der afghanischen Geflüchteten um ihre Familienangehörigen sind seit der Übernahme von Kabul durch die Taliban groß. Die psychosoziale Unterstützung, teilweise in Einzelsitzungen, wurde deshalb massiv ausgebaut.

Es gibt ein Zelt, in dem vier Nähmaschinen stehen. Ein afghanischer Schneider näht zusammen mit einem afrikanischen Kollegen Kinderkleidung. Es wird nicht nur geflickt, sondern auch umgearbeitet. An manchen Tagen wird ein Schild mit der Aufschrift „Women Space“ vor das Zelt gehängt. Dann gehört der Raum allein den Frauen, die sich dort zurückziehen können, vor allem aber den Innenhof mit seinen Blumenbeeten zur Erholung genießen. Die Zelte werden außerdem für Yoga, Entspannung und Musik genutzt.

In Vathy betreiben die *Samos Volunteers* zwei Wäschereien mit insgesamt sechzehn gemieteten Waschmaschinen und Trocknern. In Regalen stapeln sich die Wäschesäcke, streng getrennt nach ungewaschen und sauber. In manchen Monaten können es mehr als 2.000 sein. Alle sollen so die Möglichkeit haben, umsonst das Wenige, das sie besitzen, sauber zu halten oder eben das, was sie in einem Kleiderlager neben der Wäscherei abgeholt haben.


Die *Samos Volunteers* und *Ärzte ohne Grenzen* können auf diese Weise den Alltag der Geflüchteten – zumindest derjenigen, die das Camp verlassen dürfen – ein wenig erleichtern. Nichts ändert jedoch die Tatsache, dass die Menschen weiter möchten, sie wollen an einem sicheren Ort ankommen.



Wolfgang Sréter
ist Autor und
Fotograf und kommt
aus einer deutsch-
ungarischen Familie
und lebt heute in
München.

2015 darf sich nicht wiederholen

Schon jetzt warten tausende Weitere darauf, von der türkischen Seite nach Samos oder auf eine andere Insel überzusetzen. Durch die angespannte Lage in Afghanistan werden es immer mehr. Das *Zervou Refugee Camp*, das Patrick Wieland von *Ärzte ohne Grenzen* als Gefängnis bezeichnet, wird keine abschreckende Wirkung haben. Auf das Schiff der deutschen Küstenwache, das seit Jahren im Hafen von Vathy liegt und nachts für *Frontex* unterwegs ist, werden weiterhin zweifelhafte Aufgaben zukommen. Die Europäische Agentur ist bereits illegaler Push-backs, das Unwort des Jahres 2021, überführt worden. Auch zahlreiche Graffiti auf der Insel zeugen davon. Aber, da sind sich viele Politiker*innen, nicht nur in der CSU, einig: 2015, und damit eine Situation wie an der Brücke in Wegscheid, darf sich unter keinen Umständen wiederholen.<



09.03.2022: Durch die Fenster eines gerade im Bahnhof Przemyśl angekommenen Zuges sind die Hände von Geflüchteten zu sehen.

Bedrückende Gleichzeitigkeit

Seit einigen Jahren reist Raphael Knipping an die Außengrenzen der Europäischen Union. Anfangs noch als freiwilliger Helfer, bald schon als freier Journalist. In Wort und Bild dokumentiert er, was sich in diesen Grenzregionen seit 2015 verändert. Erstaunt hält er beispielsweise fest, wie radikal unterschiedlich Behörden die Geflüchteten je nach Herkunftsland behandeln.



07.10.2015: Zákány, Ungarn: Ein Freiwilliger reicht Geflüchteten aus dem Nahen Osten, die gerade die Grenze von Kroatien nach Ungarn überquert haben, eine Wasserflasche an das Zugfenster.



27.10.2015: Im Ort Preševo an der serbisch-mazedonischen Grenze stehen Geflüchtete unter freiem Himmel stundenlang in einer Schlange, um ein serbisches 72-Stunden-Visum zu bekommen.





23.02.2022: Das abgebrannte und zerstörte ehemalige Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos.



07.03.2022: Die Empfangshalle des Bahnhofs Przemyśl in Polen. Von hier aus reisen Geflüchtete, die mit dem Zug aus der Ukraine angekommen sind, weiter.



07.03.2022: Vermummte polnische Polizisten helfen einer Frau mit Kind am Bahnhof Przemyśl über die Gleise.



09.03.2022: In einem zum Transitzentrum

**ДОПОМОГА ТВАРИНАМ
ПОМОС DLA ZWIERZĄT
HELP FOR ANIMALS**

Schronisko Orzechowce
37-712 Orzechowce 3

☎ 787 212 469, 0048 166 20707

ВЕТЕРИНАРНА
ПОМОЦЬ

ЗА
ДО
К



Ein Stand für ukrainische Geflüchtete umgebauten ehemaligen Einkaufszentrum in Przemyśl wurde ein Stand ausschließlich zur Versorgung der Haustiere aufgebaut.

Es ist ein bitterkalter Tag Ende Februar. Zwischen einigen Hütten, mit den für Grenzregionen typischen Duty-Free-Shops und mehreren Parkplätzen von Gebrauchtwagenhändlern stauen sich einige hundert Menschen auf einem schmalen gepflasterten Weg. Sie warten darauf, mit einem Bus weitertransportiert zu werden. Hauptsächlich Frauen und Kinder stehen in dieser Schlange. Mit Rucksäcken bepackt, tragen sie Koffer in ihren Händen und manche haben einen Hund oder Transportboxen mit Katzen dabei. Ein paar Meter entfernt bereitet eine Gruppe Männer mit Warnwesten einen Eintopf in einer Gulaschkanone zu. Der Rauch und Qualm von Lagerfeuern und zu Feuerstellen umfunktionierten Ölfässern beißen in der Nase. Immer wieder kommen neue Gruppen von Menschen den Weg entlang. Sie alle sind aus der Ukraine geflohen und betreten hier in der polnischen Einöde die Europäische Union (EU). Für diese Menschen ist der Grenzübergang Medyka der rettende Schritt in Sicherheit.

Mir kam dieser Anblick bekannt vor, denn seit vielen Jahren reise ich an die Außengrenzen der Europäischen Union. Dabei erlebe ich immer wieder mit Staunen, wie kleine, eigentlich unbedeutende Orte plötzlich zu Drehkreuzen und Aufenthaltsorten für Flüchtende und Helfende werden und nach einiger Zeit wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Staatsbedienstete schauten untätig zu

2015 fuhr ich ins ungarische Zákány. Die kleine Gemeinde mit weniger als tausend Einwohner*innen liegt direkt an der Grenze zu Kroatien. Neben den Gleisen des Güterbahnhofs packten wir tage- und nächtelang Essenspakete und reichten sie den meist aus dem Nahen Osten stammenden Geflüchteten, die aus Kroatien kommend mit Zügen weiter nach Zentraleuropa reisten. Die zehn Minuten Aufenthalt im Güterbahnhof genügten den wenigen freiwilligen Helfer*innen gerade mal dafür, um den ausgehungerten und durstigen Menschen an den Zugfenstern Wasser und Essen zuzuwerfen.

Wenige Tage später fuhr ich ins serbische Preševo. Über Nordmazedonien geflohene Schutzsuchende

mussten sich hier für ein serbisches 72h-Visum in eine Warteschlange einreihen. Tage- und nächtelang standen sie auf offener Straße. Teils bei Temperaturen knapp über null Grad und strömendem Regen. Ohne die freiwilligen Helfenden wären dort vermutlich Menschen erfroren. Die Behörden schauten lediglich untätig zu.

2020 reiste ich nach *Moria*. Ein Name, der mittlerweile traurige Berühmtheit erlangt hat. So steht er doch sinnbildlich für das Versagen europäischer Migrationspolitik. Eigentlich ist das beschauliche Dorf Moria

auf der griechischen Insel Lesbos bekannt für sein gut erhaltenes römisches Aquädukt. Eher zufällig verlieh es dem nebenan errichteten Geflüchteten-Lager seinen Namen. Nach fünf Jahren mit unmenslichen Bedingungen brannte es 2020 vollständig nieder. Im Frühjahr 2022 erinnern nur noch verkohlte Trümmer an die Behausungen und Container, die einst 20.000 Menschen ihr

Zuhause nannten. Zákány, Preševo oder Moria. Alle diese Orte wurden für mich exemplarisch zum Ausdruck der Würdelosigkeit im Umgang mit flüchtenden Menschen in Europa. Überforderte Nicht-Orte. Unvorbereitet auf diese große Anzahl von Menschen. Für mich war klar: Dieser so reiche Kontinent schien meist nicht in der Lage, Schutzsuchenden human zu begegnen.

Seit dem 24. Februar 2022, dem Start der Invasion Russlands in die Ukraine, sind neue, vorher wenig bekannte Orte auf der Landkarte der Fluchtrouten aufgetaucht. Etwa Przemyśl oder Medyka. Die polnische Kleinstadt und der etwa 15 km entfernte Grenzübergang zur Ukraine sind für mehr als 3,2 Millionen fliehende Ukrainer*innen der erste Anknüpfungsort in der EU geworden. Die Menschen kommen entweder direkt mit Zügen im Bahnhof Przemyśl an oder laufen zu Fuß über die Grenze in Medyka.

Vermummte Polizist*innen helfen eifrig mit

Als ich den Grenzübergang einige Tage später wieder besuchte, staunte ich. Etwas war anders als bei den Fluchtbewegungen in den Jahren zuvor. Es wurde innerhalb relativ kurzer Zeit eine gut funktionierende Infrastruktur errichtet. Freiwillige nehmen den

Geflüchteten mit scheppernden Einkaufswagen das Gepäck ab. Dutzende Hilfsorganisationen verteilen Essen, Getränke und Kleidung. Mobilfunkanbieter haben Messestände aufgebaut, um kostenlose SIM-Karten zu verteilen. Während syrische Geflüchtete sich vor ein paar Jahren für ihre Handys rechtfertigen mussten, bekommen ukrainische Geflüchtete selbstverständlich SIM-Karten geschenkt.

Auch die verummten Polizist*innen geben sich hilfsbereit. Sie begleiten Frauen mit Kindern und Gepäck über die Gleise des Bahnhofs. Die Feuerwehr arbeitet unermüdlich, um die Geflüchteten mit Bussen in ein leerstehendes Einkaufszentrum zu transportieren, von wo Busunternehmen und Freiwillige mit ihren Autos die Menschen nach ganz Europa bringen. Niemand musste sich hier lange in der Kälte aufhalten. Es gab zu essen und zu trinken, sogar Verpflegungsstationen für die zahlreichen Haustiere wurden aufgebaut.

Ich war baff. War ich im gleichen Polen, von dem ich immer in den Nachrichten las? Das Polen, das Flüchtende in Wäldern erfrieren lässt, Helfende kriminalisiert und für viele Millionen Euro neue Zäune und Stacheldraht errichtet? Das Polen, das an seiner Grenze zu Belarus ein Sperrgebiet eingerichtet hat, in der die Grundrechte ausgehebelt sind? Wo beinahe täglich illegale Pushbacks stattfinden? Noch vor einigen Monaten überlegte ich, von der Situation an der polnisch-belarussischen Grenze zu berichten. Doch Kolleg*innen rieten davon ab. Freie Berichterstattung sei dort unmöglich.

Und doch – es ist dasselbe Polen

Ebenso wie die anderen Visegrád-Staaten, hat Polen seine Grenzen geöffnet, um den fliehenden Menschen aus der Ukraine Schutz zu gewähren. Eine Kehrtwende, denn es sind exakt dieselben Staaten, die die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 erst zur Krise machten, indem sie sich vehement gegen eine gesamteuropäische Verteilung von Geflüchteten stemmten. Nun haben die EU-Innenminister*innen erstmals sogar die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert. Die sieht vor, dass die ukrainischen Schutzsuchenden keinen Asylantrag stellen und kein Asylverfahren

durchlaufen müssen, sondern gleich einen Aufenthaltstitel für ein Jahr erhalten und damit arbeiten dürfen. Eine Verlängerung auf bis zu drei Jahre ist möglich. Von so einem privilegierten Leben können alle anderen Geflüchteten nur träumen. Ohne sicheren Aufenthaltsstatus sind sie nämlich während ihrer Asylverfahren oft jahrelang zum Nichtstun in Gemeinschaftsunterkünften verdammt.

In den letzten Jahren schien es in der europäischen Migrationspolitik nur eine Richtung zu geben: Verschärfung der Abschottungspolitik, die berühmt-berüchtigte Obergrenze, das Massengrab Mittelmeer, die Kriminalisierung von Helfenden, Normalisierung illegaler Pushbacks, Finanzierung von kriminellen, sogenannten Küstenwachen, Frontex, unmenschliche Lager wie *Moria*. Die Liste ließe sich fast endlos erweitern.

Europa hat in den vergangenen Monaten seine Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete entdeckt, und so erfreulich die plötzliche und unkomplizierte Aufnahmebereitschaft gegenüber Ukrainer*innen ist, so entlarvt sie die Doppelmoral der europäischen Migrationspolitik so deutlich wie nie. Das Problem ist offensichtlich nicht die Anzahl der Menschen, das Problem ist ihre Herkunft.

Einerseits Willkommensgesten, andererseits illegale Pushbacks

Nirgendwo wird diese Unterscheidung in „gute“ und „schlechte“ Geflüchtete so klar wie in Polen. Chronologisch geordnet und nachzulesen auf dem offiziellen

Twitter-Account des polnischen Grenzschutzes. Geflüchtete Ukrainer*innen zeigt man dort in bunten Videos. Grenzschützer empfangen die Schutzsuchenden herzlich, ziehen Rollkoffer hinter sich her oder tragen Kinder auf dem Arm. Scrollt man einen Post weiter, sieht man Aufnahmen einer Wärmebildkamera. Sie zeigt eine Gruppe Menschen als graue Silhouetten. Auf den ersten

Blick könnten es auch feindliche Kämpfer sein. Diese Bildsprache ist gewollt: Die Menschen sollen als Bedrohung wahrgenommen werden. Die Überschrift berichtet, die Geflüchteten aus Syrien, Iran, Irak und Jemen seien an der belarussischen Grenze festgenom-

Die Menschen sollen als Bedrohung wahrgenommen werden

men worden. NGOs informieren darüber, dass es dort nahezu täglich zu illegalen Pushbacks kommt und polnische und belarussische Grenzbeamte die Menschen in das Niemandsland zwischen den Grenzen prügeln. In den letzten sechs Monaten starben in den Wäldern dort mindestens 19 Geflüchtete, die meisten erfroren.

Und überall in Europa zeigt sich dasselbe Bild: Griechenland hat bis jetzt mehr als 16.000 Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Gleichzeitig schickt die sogenannte Küstenwache Schutzsuchende aus dem Nahen Osten gewaltsam auf das offene Meer zurück oder sie bleiben tagelang auf Sandbänken im Grenzfluss Evros gefangen. Jeden Monat listet der *Aegean Boat Report* diese illegalen Rückführungen auf. Vor einigen Wochen sind in Lesbos sieben Leichen am Strand angespült worden. Diejenigen Menschen, die die lebensgefährliche Flucht mit Booten aus der Türkei nach Griechenland überleben, müssen teilweise jahrelang in gefängnisartigen Strukturen ausharren, während sie auf ihren Asylbescheid warten.

Umsiedlung, die das Aufgebaute zunichte macht

Bei dem Versuch, die Europäische Union von Libyen aus mit einem Boot zu erreichen, sind Anfang April dieses Jahres mehr als 90 Geflüchtete ertrunken. UNHCR-Chef Filippo Grandi, rief daraufhin die EU zum Handeln auf: „Europa hat bewiesen, dass es in der Lage ist, vier Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine großzügig und effektiv aufzunehmen“, teilte er mit. Nun müsse es darüber nachdenken, wie es dies auf andere Geflüchtete und Migrant*innen in Not anwenden könne.

Vermutlich verhallt auch dieser Appell ungehört. So stehen diese Fälle nur exemplarisch dafür, wie fliehende Menschen aus afrikanischen Ländern und dem Nahen Osten seit Jahren systematisch daran gehindert werden, überhaupt erst einen Asylantrag stellen zu können. Und diese Ungleichbehandlung beschränkt sich, wie bereits erwähnt, nicht nur auf die Außengrenzen der EU. Zwei abschließende Beispiele

veranschaulichen das: Geflüchtete haben üblicherweise eine Residenzpflicht. Sie dürfen sich also nicht von dem ihnen einmal zugewiesenen Ort entfernen, um etwa Freund*innen in einer anderen Stadt zu besuchen. Wer dagegen verstößt, muss ein hohes Bußgeld zahlen. Ukrainische Geflüchtete können überall in der EU kostenlos per Bahn oder Bus reisen, also Reisefreiheit pur.

Ende März flog die Bundesregierung die ersten ukrainischen Geflüchteten von Moldau nach Deutschland aus. Währenddessen leben weiterhin tausende

Geflüchtete „mit geringer Bleibeperspektive“ in ständiger Angst vor einer Abschiebung oder davor, dass Behörden sie kurzerhand in eine für sie völlig fremde Umgebung umsiedeln. Erst vor Kurzem wurden die Bewohner*innen des Ankerzentrums Fürstentfeldbruck ins hundert Kilometer entfernte Waldkraiburg verlegt, um Platz für etwa tausend Ukrainer*innen zu machen. Die 135 Men-

schen aus Afghanistan und Jemen verloren ungefragt und über Nacht ihre jahrelang aufgebauten Strukturen wie Freundschaften, Alltagskontakte, Schule, Arbeit und Sprachkurse und wurden damit erneut zum Spielball der Politik.

Diese Praxis ist das Ergebnis eines jahrelang durch Gesellschaft, Medien und Politik verbreiteten Narrativs: Geflüchtete aus afrikanischen Ländern und dem Nahen Osten seien pauschal „Wirtschaftsflüchtlinge“. Obwohl auch Syrer*innen teils vor Putins Bomben flüchteten, scheinen nur Ukrainer*innen aktuell als wahre Kriegsflüchtlinge zu gelten. Leider liegt auch die Vermutung nahe, dass Europa die ukrainischen Geflüchteten mit offenen Armen empfängt, weil die meisten von ihnen weiße, christliche Frauen und Kinder sind, oft gut ausgebildet und damit auch als nützlich für die europäische Wirtschaft gelten.

Die Europäische Union hat seit Beginn der Invasion Russlands in der Ukraine mehr Menschen aufgenommen als in den Jahren der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 und 2016 zusammen. Es wäre erfreulich, wenn man den Umgang mit ukrainischen Geflüchteten als Zeitenwende europäischer Migra-

Geflüchtete aus afrikanischen Ländern seien pauschal „Wirtschaftsflüchtlinge“

tionspolitik sehen könnte. Aktuell führt diese Politik allerdings eher zu einer bedrückenden Gleichzeitigkeit. Zum einen beweist die EU, dass sie fähig ist, fliehenden Menschen würdig und geordnet Schutz zu gewähren. Zum anderen gibt es eine beispiellose Ungleichbehandlung von Geflüchteten – je nach Herkunftsland, Religion und Hautfarbe.<



Raphael Knipping
*studiert in Hannover
Fotjournalismus
und arbeitet seit
Jahren als freiberuf-
licher Journalist. Im
Februar 2022
recherchierte er auf
Lesbos und im März
und April in Polen
und der Ukraine.*

Draußen und Drinnen



Draußen	Drinnen
Driußen	Drannen
Drinßen	Draunen
Drinnen	Draußen

Lucie Kolb

Lucie Kolb.
*schreibt für Kinder
 und Erwachsene
 über drinnen und
 draußen, haben und
 nicht haben, oben
 und unten und über
 den Raum dazwi-
 schen. Und über
 Fahrräder.*

Bei Anruf Lyrik
*Wer das Gedicht
 hören will, ruft
 einfach
 089/74564664 an.*

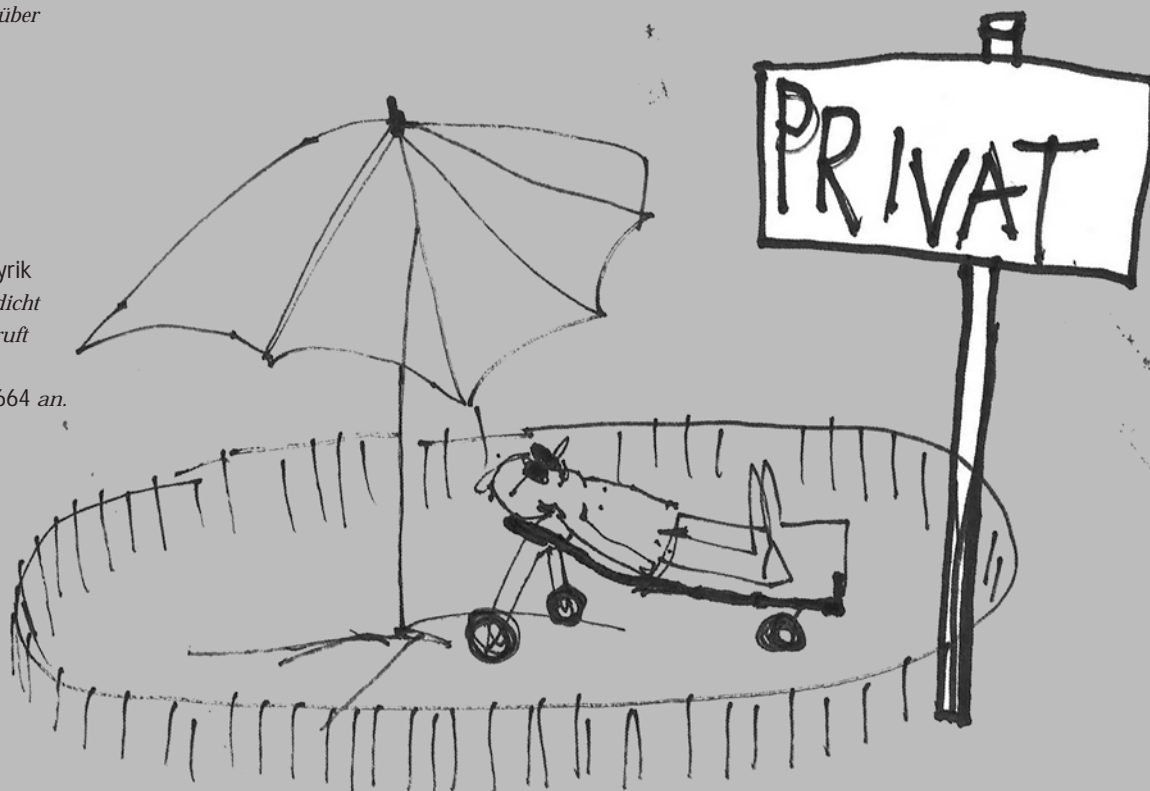


Illustration: Anton Kaun

Winnipeg

Learn and why

Vorrecht: Recht a
(noch)
noch

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht - check!

Vorrecht ✓

Vorrecht ✓

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht

Vorrecht Anspruch

[illegible]

Unsichtbar in Deutschland

Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere befinden sich in Deutschland in einer Schattenwelt, sie sind unsichtbar und leben in der Illegalität. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung, zu Bildung oder zum Arbeitsmarkt ist problematisch bis unmöglich. Von Philip Anderson

Im Rahmen meiner Forschungsarbeiten konnte ich in zahlreichen anonymen Interviews und Gesprächen mit Menschen in der Illegalität einen Einblick in die Lebenssituation der Papierlosen gewinnen, den ich im Folgenden versuchen möchte zusammenzufassen:

Man ist ständig verunsichert, verängstigt. Große, zentrale Plätze in der Stadt meiden, vor allem die Bahnhöfe, da ist die Gefahr einer Polizeikontrolle am größten. Immer unauffällig, anständig angezogen sein. Immer eine Fahrkarte für öffentliche Verkehrsmittel wegen der Gefahr einer Fahrscheinkontrolle kaufen, und hat man noch so wenig Geld.

Angst vor Erkrankung, nach dem Motto ein Starker hält es aus, ja muss es aushalten. Denn: An wen könnte man sich wenden, man hat ja keine Krankenversicherung. Direkt zur Arbeit gehen, und nach Hause zurück, nicht vom Weg abweichen. Ist der Chef ehrlich? Kriegt man sein Geld wie vereinbart? Gegen Lohnbetrug kann man ja nicht vorgehen, denn man hat keine Rechte, man darf gar nicht da sein. Immer flexibel sein, man muss schnell abhauen können, es gibt immer wieder die Gerüchte über Razzien.

Überhaupt die eigene Community: Einerseits gut, die Leute zu kennen, Infos über Jobs, Wohnen etc., aber wem kann man trauen? Nach dem Sonntagsgottesdienst sich unterhalten, über unverfängliche Themen, Fußball, das Wetter – nicht zu viel Preis geben. Man

weiß nicht, mit wem man zu tun hat. Hat er womöglich auch keine Papiere?

Es ist so unfair, man will einfach hier leben, Geld verdienen, dazu gehören. Man lebt über Jahre hier in der Schattenwelt, arbeitet, leistet irgendwie seinen Beitrag. Der Wunsch: Wieder normal leben, zum Beispiel ausreisen können, ohne in Abschiebehaft zu landen. Überhaupt: die Familie wiedersehen. Irgendwann muss dieser Druck, diese Einsamkeit zu Ende gehen. Niemand hat einem vorher gesagt, dass ein Leben ohne Papiere so schwer sein würde ...

Illegalität als Konstrukt – eine Schattenwelt

Bei der Illegalität beziehungsweise dem illegalen Aufenthalt handelt es sich historisch gesehen um die Entwicklung einer nationalstaatlichen Konstruktion. Staaten bestimmten die Kriterien, welche die Zugehörigkeit ihrer Bürger*innen definierten – ein Prozess, der zu einem juristischen Ausschlussverfahren gegenüber denjenigen führte, die als nicht-zugehörig, als *non-citizens*, betrachtet wurden. Ihnen wurde fortan das Recht eines dauerhaften legalen Aufenthaltes im Staatsgebiet kraft des fehlenden rechtmäßigen Besitzes von gültigen Papieren abgesprochen. Dieser Prozess vollzog sich im Laufe des 19. Jahrhunderts schrittweise – und mit zunehmender Strenge – im Zuge der Entwicklung von Nationalstaaten.

Dieses Ausschlussverfahren beinhaltet zudem eine postkoloniale Dimension. Das imperiale Zeitalter wirkt in gewisser Weise durch diese Konstruktion nach. Denn die globalisierte Welt im 21. Jahrhundert teilt sich in Gegenden mit „harten“ und mit „weichen“ Pässen auf: Bürger*innen der reichen, ehemals kolonisierenden Länder genießen in der Regel eine weitgehende Freizügigkeit und Mobilität zwischen den Kontinenten. Ihre Pässe erlauben ihnen – je nach ökonomischem Status und Qualifikation – durch klar definierte Zugangs- und Aufenthaltsregularien rund um den Globus potenziell Zutritt zu jedem Land und einem dortigen Verbleib.

Menschen aus den Ländern der sogenannten *Majority World* (oft ehemalige Kolonien) dagegen besitzen Pässe, welche sie mit wesentlich restriktiveren globalen Mobilitätsbedingungen konfrontieren. Die Optionen als Arbeits-, Bildungs-, hochqualifizierte*r Migrant*in, in wohlhabendere Länder zu emigrieren, sind für sie viel begrenzter. Oft können sie die reichen Länder nur als Geflüchtete oder illegale Migrant*innen erreichen. Mit anderen Worten wirken sich Zufälle der globalen Historie und Geographie in Verzahnung mit sozioökonomischem Status auf die Biographie des Einzelnen existenziell entscheidend aus.

Zur Statistik der Menschen in der Illegalität in Deutschland gibt es kaum verlässliche Zahlen. Naturgemäß handelt es sich um Menschen, die nicht erfasst werden wollen – nicht zuletzt, weil illegaler Aufenthalt nach §14 des Aufenthaltsgesetzes eine Straftat darstellt.

Methodisch solide Berechnungen, etwa die polizeiliche Kriminalstatistik, gehen von 180.000 bis 520.000 Menschen ohne Papiere in Deutschland aus. Die Wege in die Illegalität sind nach den Erkenntnissen der Forschung vielfältig. Viele *Sans papiers*, das französische Wort für Papierlose, sind sogenannte *Overstayers*. Dieser englischsprachige Begriff weist darauf hin, dass Menschen dieser Gruppe legal einreisen, zum Beispiel im Besitz eines Arbeits-, Touristen-, Besucher-, Au pair- oder Studentenvisums, jedoch länger als das jeweilige Visum vorsieht im Land bleiben.

Eine weitere, zahlenmäßig noch schwerer zu ermittelnde Gruppe sind diejenigen mit Fluchthintergrund. Zum einen zählen abgelehnte Asylbewerber*innen hierzu, die vor der Abschiebung abtauchen. Zum anderen kann es sich um Geflüchtete handeln, die im Rahmen des Dublin III-Verfahrens in einen anderen EU-Staat überstellt werden sollen, weil dieser als zuständig für ihr Asylverfahren festgestellt wird. Vieles deutet darauf hin, dass viele Geflüchtete ohne Aussicht auf Verbleib in der Bundesrepublik entweder weitergewandert sind, oder in der Illegalität hier im Lande ausharren. Hierzu gab es jedoch keine systematischen Studien in den letzten Jahren.

Gesundheitsversorgung

Ein Leben in der Illegalität bedeutet oft unsichere Wohnverhältnisse, Obdachlosigkeit, physische und psychische Belastungen im Alltag – und damit eine Anhäufung von krankmachenden Stressoren. Für Menschen ohne gültige Papiere ist der Zugang zu Behandlung im Krankheitsfall zwar problematisch, aber aufgrund von zivilgesellschaftlichen Initiativen nicht unmöglich. Es gab nach einigen

zivilgesellschaftlichen Initiativen in den Nuller-Jahren in diesem Bereich jüngst auch gesetzliche Fortschritte. Im September 2009 erfolgte eine Änderung in den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz. Die Finanzierung von stationären Behandlungen statusloser Migrant*innen im Krankenhaus wird seither im Notfall vom Sozialamt übernommen. Eine Verpflichtung der beteiligten Institutionen zur Datenübermittlung

an die Ausländerbehörde besteht in einem solchen Fall nicht. Darüber hinaus wurde die Straffreiheit für Helfende eingeführt – ob in einem beruflichen (also etwa für medizinisches und sozialpädagogisches Personal) oder ehrenamtlichen Zusammenhang.

Diese Verbesserung der sozialrechtlichen Lage hatte aber ihre Tücken. Zum einen besteht dieser Schutz nur bei akuten Erkrankungen beziehungsweise in vitalen Notfällen, er greift zum Beispiel nicht bei chronischen Erkrankungen. Dadurch, dass es sich um eine Änderung der Verwaltungsvorschriften handelt, nicht um eine Gesetzesänderung, ist die rechtliche Verbindlichkeit zum anderen geringer und beispielsweise für Gerichte nicht bindend.

ohne gültige Dokumente de facto keine medizinische Versorgung

Juristische Grauzonen bleiben darüber hinaus weiter bestehen. Würde etwa eine Migrationsberaterin, welche die Behandlung einer schwerkranken Migrantin ermöglicht, die Information nicht an die Strafbehörden weitergeben, wäre unklar, ob sie tatsächlich vor einer strafrechtlichen Verfolgung geschützt wäre. Zudem: Wie bekannt sind diese Änderungen im sozialen und medizinischen Alltag und bei den zuständigen Behörden? Berichte aus der Praxis bestätigen, dass erkrankte Migrant*innen ohne gültige Dokumente de facto immer wieder vom Zugang zur medizinischen Versorgung ausgeschlossen sind.

Vor diesem Hintergrund fand eine von *Ärzte der Welt* und vielen anderen im Migrationsbereich tätigen NGOs initiierte Kampagne gegen die Übermittlungspflicht im Jahr 2021 statt – mit Erfolg: Die neu gewählte Ampel-Regierung verpflichtet sich in ihrem Koalitionsvertrag von November 2021, die Meldepflichten von Menschen ohne Papiere zu überarbeiten. Man wird sehen, in welcher Weise dieses Vorhaben in die Praxis umgesetzt wird.

Ausschlaggebend für die Realität erkrankter Papierloser sind derzeit vor allem die lokalen Strukturen. In München etwa gibt es die Basisinitiative *Café 104 / Ärzte der Welt*. Diese übernimmt die medizinische Notversorgung, kümmert sich um psychosoziale Belange sowie aufenthaltsrechtliche Fragen ihrer Klient*innen. Die in etlichen Großstädten engagierte Initiative *Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung* der Malteser verfügt ebenfalls über ein Netzwerk von Fachärzt*innen, die ehrenamtlich ihre Expertise für papierlose Migrant*innen zur Verfügung stellen.

Die Kommune München hat zusätzlich besondere Ansätze im Rahmen des sogenannten München Modells entwickelt, um die vorhandenen rechtlichen Grauzonen zugunsten der Papierlosen zu nutzen, etwa in Form von Finanzmitteln, die für kostenaufwändige Operationen jährlich vom Stadtrat zur Verfügung gestellt werden, oder etwa eine Unterstützung für schwangere Frauen in der Illegalität durch eine temporäre Aufenthaltserlaubnis vor und nach der Geburt des Kindes. Den Frauen wird damit nicht nur

der Zugang zu medizinischen Untersuchungen gewährt, sondern auch eine Beratung über mögliche Aufenthalts Optionen im Einzelfall und die Ausstellung einer vorläufigen Geburtsurkunde zur Sicherstellung der Rechte des Kindes wird so möglich.

Arbeit und Beschäftigung

Grundsätzlich arbeiten Migrant*innen in der Illegalität häufig als flexible Reserve in Sektoren mit knapper Gewinnmarge: im Service Bereich, im Baugewerbe, in der Gastronomie und nicht selten in Privathaushalten. Sie haben dabei eine nur geringe Verhandlungsmacht bezüglich ihres Lohns, ihrer Arbeitsbedingungen und -zeit. Auch wenn mündliche Abmachungen im

Arbeitsrecht bindend und – zumindest theoretisch – vor dem Arbeitsgericht einklagbar sind, scheuen sich irreguläre Migrant*innen gegen Lohnbetrug vorzugehen, aus Angst vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen.

Besonders vulnerabel sind papierlose Frauen, die zur Sexarbeit gezwungen werden können. Initiativen wie *Solwodi*

betreuen diese Frauen, sie kennen die Mechanismen der Ausbeutung von Papierlosen im Sexgeschäft sowie die fließenden Übergänge zum Menschenhandel und versuchen sozialpädagogisch, therapeutisch und juristisch diese Zielgruppe zu unterstützen. Care-Berufe verschiedener Art (allen voran die Betreuung von Kindern und älteren Menschen) sind ein weiterer wichtiger Sektor der weiblichen Beschäftigung. Privathaushalte können unter Umständen ein Schonraum sein, wenn ein gutes persönliches Verhältnis zum*zur Arbeitgeber*in besteht.

Internationale Vergleiche mit zum Beispiel der philippinischen Initiative *Kalayaan* (Schwerpunkt: Schutz von transnational tätigen ausgebeuteten Migrantinnen in Privathaushalten) zeigen allerdings auch das Gegenteil: In Privathaushalten arbeitende Migrantinnen ohne Aufenthaltsstatus sind besonders vulnerabel.

Schule und Bildung

Obwohl ein Beschluss des Bundestages 2011 die Ermöglichung des Schulbesuchs für Kinder ungeachtet des Aufenthaltsstatus vorschrieb – denn bei der Bildung handelt es sich um ein übergeordnetes

besonders vulnerabel sind papierlose Frauen

Menschenrecht –, ist dies nur in zwei Bundesländern eindeutig geregelt, in Hamburg und Hessen.

Bildungseinrichtungen sind zwar von der Meldepflicht befreit, in der Praxis ist der Zugang aber problematisch und oft von der Haltung der jeweiligen Schulleitung abhängig. In der Regel müssen die Eltern eine Meldeadresse vorlegen, was faktisch einem Ausschlusskriterium gleichkommt. Und auch Abschiebungen von papierlosen Schüler*innen kommen vereinzelt vor, auch wenn solche Vorgänge häufig zu Empörung in der Zivilgesellschaft und einem negativen Medien-echo führen.

Auswirkungen von Corona

Es gibt nur wenig gesicherte Erkenntnisse über die Lebenssituation der Zielgruppe unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. Die Brüsseler NGO *Picum*, die sich für die Rechte Papierloser europaweit einsetzt, konstatiert, dass der Zugang zu Anti-Covid-Impfungen nur begrenzt möglich ist. Das Bundesgesundheitsministerium bestätigte auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Maria Klein-Schmeink im April 2021, dass papierlose Migrant*innen zwar Zugang zu Impfungen haben, wenn sie „für gewöhnlich in der Bundesrepublik dauerhaft leben“.

Ärzte der Welt weist aber darauf hin, dass dies zu beweisen naturgemäß für die Zielgruppe schwer ist. Darüber hinaus kommen die Personen durch den Vorgang schnell mit Einwanderungsbestimmungen in Konflikt. Letzten Endes werden Impfzentren bei Personen ohne Identitätsnachweis skeptisch sein, ob sie die Kosten administrativ abwickeln können – de facto ein Hindernis.

Menschen- und Sozialrechte

Menschen in der Illegalität haben keine mächtige Lobby, deswegen ist die Einlösung ihrer Menschen- und Sozialrechte, wie oben geschildert, unter gegenwärtigen Umständen schwer realisierbar.

Aus meiner Sicht ist die Zeit für einen Perspektivenwechsel reif. Hiermit ist die Bundesebene gefordert. Ein konkreter Schritt wäre die Abschaffung der Meldepflicht für Berufstätige im Gesundheits-, sozialen und im Bildungsbereich. Aktuell macht es den Anschein, dass die Ampelkoalition auf die Kampagne *GleichBehandeln* mit der Verpflichtung reagieren wird, Zugang zur medizinischen Versorgung für *Sans Papiers* sicherzustellen. Aber: Die Übermittlungspflicht generell stellt nach wie vor eine beträchtliche Hürde dar.

Ein weiteres Handlungsfeld bleibt der Zugang zur Bildung. Nach einem Gesetz der Bundesregierung von Herbst 2011 sollte das Recht aller Kinder auf Schulbesuch ungeachtet des Aufenthaltsstatus in allen Bundesländern durchgesetzt werden. Dieser Schritt steht in vielen Ländern noch aus. Mögliche Wege wären ein Erlass der Landesministerien für Unterricht und Kultus, die Anmeldung von Kindern ohne Meldebescheinigung in der Schule zu ermöglichen, sowie erweiterte Ermessensspielräume der Schulleitung vor Ort.

Ein internationaler Vergleich innerhalb Europas ist lehrreich hinsichtlich der Frage der Legalisierung. So ermöglicht Spanien etwa die Regularisierung auf kommunaler Ebene. Im November 2021 wurde in Irland eine umfassende Amnestierung für irreguläre Migrant*innen umgesetzt. Migrant*innen haben unveräußerliche Rechte und zudem stellen sie für die deutsche Gesellschaft, auch als irreguläre, eine wertvolle Ressource dar.

Kampagnen, Institutionen und auch Berufsgruppen müssen mehr Zivilcourage und Beharrlichkeit als anderswo aufbringen, um sich für die Belange dieser Zielgruppe einzusetzen. Die Betroffenen selbst bleiben bis dato in der Schattenwelt, weitgehend unsichtbar und ohne prominente Fürsprecher*innen (im Vergleich beispielsweise zu Frankreich oder Belgien). Schließlich gibt es für die menschen- und sozialrechtliche Dimension dieses Themas kaum öffentliches Interesse. So undenkbar es gegenwärtig erscheinen mag, muss auch die Vorstellung von Amnestierung und Regularisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland aus der Tabuzone geholt werden.<



Philip Anderson
*ist englischer
Staatsbürger anglo-
indischer Herkunft
und arbeitet als
freier Sozialwissen-
schaftler mit
Schwerpunkt
Migrationsforschung.*



#wecare

Abschiebeknast am Münchner Flughafen

Rund 17 Millionen Euro hat die Transit- und Abschiebungshafteinrichtung am Münchner Flughafen gekostet, die Anfang dieses Jahres eröffnet wurde. Nicht nur viel Geld, sondern auch viel Aufwand betreibt die Bayerische Staatsregierung, um die Abschiebehaftkapazitäten zu erhöhen. Christian Oppl berichtet über die neue Einrichtung in München und die Menschen, die dort inhaftiert sind.

Am Münchner Flughafen Franz Josef Strauß werden seit 2018 Abschiebehäftlinge untergebracht, zunächst in Containern in einem Frachthangar und seit Anfang dieses Jahres in einem Neubau. Die Einrichtung dient dem Bayerischen Landesamt für Rückführung und Asyl und Innenminister Herrmann als Vorzeigeobjekt – moderner Bau, liberaler Vollzug, Kinderspielecke im Transitbereich. Die Website des Flughafens ziert das Motto #wecare. Diese Fassade soll über die Brutalität der bayerischen Abschiebepaxis hinwegtäuschen. Die Insassen sind nicht für ein Vergehen eingesperrt, sondern weil sie ausreisepflichtig sind. Und die Behörden des Freistaats sorgen für die Durchführung der Abschiebung. Die Kapazitäten der bayerischen Abschiebehafteinrichtungen haben sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Weitere Anstalten sind in Planung. Von einer erheblichen Ausweitung der Abschiebehafteinrichtung ist auszugehen, nicht zuletzt weil Gerichte in den meisten Fällen bereitwillig die von den Ausländerbehörden beantragte Haft anordnen und Beschwerden dagegen abschmettern.

Wir sind eine Gruppe von Ehrenamtlichen und fahren seit 2019 wöchentlich an den Münchner Flughafen, um Inhaftierte zu beraten. Wir sprechen mit den Betroffenen und versuchen, ihnen die rechtliche Lage zu erklären. Wenn möglich, prüfen wir Rechtsmittel gegen die Inhaftierung. An der aufenthaltsrechtlichen Situation und der drohenden Abschiebung können wir so gut wie nie etwas ändern, wie etwa bei zwei Abschiebungen nach Russland – im Februar 2022. Beide Betroffenen sind Tschetschenen, einer ist Familienvater, seine Frau und seine fünf minderjähri-

gen Kinder leben seit acht Jahren mit ihm in Deutschland. Alle sind ausreisepflichtig. Der Vater kam wegen kleinerer Armutsdelikte in Haft, daraufhin wurde seine Abschiebung durch die Zentrale Ausländerbehörde Mittelfranken angeordnet. Per Telefon erreichte uns die Familie wenige Tage vor der Abschiebung. Sie berichteten uns von der drohenden Verfolgung des Vaters in Russland als tschetschenischer Separatist. Ein Asylfolgeantrag und die Intervention bei der Ausländerbehörde bleiben ohne Erfolg, der Mann wird schließlich ohne seine Familie nach Russland abgeschoben. Auch der zweite Betroffene ist Tschetschene, seit acht Jahren in Deutschland und strafrechtlich nie in Erscheinung getreten. Seine psychische Erkrankung wird per „Befundgutachten“, also ohne persönliche Untersuchung, von einem Notfallmediziner aus Brandenburg beurteilt: Einer Abschiebung stehe nichts entgegen. Auch hier unterstützen wir den Betroffenen beim Stellen eines Folgeantrags, um die Abschiebung in die Russische Föderation zu verhindern. Doch die Behörden halten an der Abschiebung fest, er wird zwei Wochen, bevor Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine beginnt, nach Moskau abgeschoben.

Herr Kahn (Name von der Redaktion geändert) aus Gambia, unser erster Beratungsklient im Januar, erklärt am Telefon, dass er eigentlich eine Ausbildung gefunden und eine Arbeitserlaubnis beantragt hatte. Er war nach Nördlingen im Landkreis Donau-Ries zurückgekehrt, um seinen Reisepass bei der Ausländerbehörde abzugeben. Vorher hatte er länger seine Frau in Sachsen besucht. Sie hatte Probleme, auch wegen seines unsicheren Aufenthaltsstatus. Statt der



Christian Oppel
*ist Sozialpädagoge
und lebt in
München. Er arbeitet
beim Münchner
Flüchtlingsrat und
ist in der Karawane
München aktiv. Er
wünscht sich gleiche
Rechte für Alle und
eine Welt ohne
Abschiebeknäste.*

erhofften Ausbildungserlaubnis kam nun die Inhaftierung. Die Ausländerbehörde benutzte den Pass nicht, um die Ausbildung zu genehmigen, sondern um ihn zurück nach Gambia abzuschieben. Belinda aus dem Team der Ehrenamtlichen versichert ihm, mit seiner Anwältin zu sprechen, doch auch diese kann die Abschiebung nicht mehr verhindern. Herr Kahn war seit vielen Jahren in Deutschland, nicht straffällig, sprach fließend Deutsch, hatte eine Ausbildungsstelle in Aussicht – er war, der öffentlichen Debatte nach, „gut integriert“. Und er war der erste Insasse der neuen *Kombinierten Transit- und Abschiebehafteinrichtung* am Münchner Flughafen und er wurde abgeschoben, ohne dass die Ehrenamtlichen ihn persönlich gesehen hatten, ohne dass sie etwas unternehmen hätten können. Humanität und Ordnung auf Bayerisch.

Es sind Fälle wie der von Herrn Kahn und den beiden Tschetschenen, die uns am Sinn unseres Tuns zweifeln lassen und doch gleichzeitig verdeutlichen, wie wichtig die unabhängige Beobachtung der bayerischen Abschiebep Praxis und die Solidarisierung mit den Betroffenen ist. Für Inhaftierte können wir oft nicht mehr tun als eine vom Staat unabhängige Rechtsberatung und empathische Erklärung der Lage anzubieten. Über das Vorgehen in der Haftanstalt am Flughafen und die ehrenamtliche Arbeit mit Inhaftierten berichtet Belinda Simoes. Sie bietet fast jede Woche Beratungssprechstunden in der Abschiebehaft an.

Verbleib unbekannt

Einmal wöchentlich fährt Belinda Simoes in die Haftanstalt am Münchner Flughafen, um dort Menschen zu beraten, deren Abschiebung kurz bevorsteht. Manchmal begleitet sie die Menschen dort wenige Stunden, manchmal über mehrere Wochen. Helfen kann sie selten. Fast nie hört sie, was mit ihren Klient*innen nach der Abschiebung geschieht. Ein Interview über das Leben an einem Ort, an dem es keine Privatsphäre und kaum Hoffnung auf Rückkehr gibt.



Wie läuft die Beratung in der Abschiebehaft ab und wie erfahren die Leute in der Haft, dass ihr Beratung anbietet?

Wir sind immer Mittwochvormittag in der Haftanstalt. Zuerst müssen wir der Verwaltung dort bestätigen, dass wir kommen. Die Leute werden vor der Beratung schon vom Sozialdienst vor Ort gefragt, ob sie diese in Anspruch nehmen wollen und wer sich in die Liste für die Beratung eintragen möchte. Ich bekomme die Liste meistens einen Tag vorher, auch mit den Sprachen, die die Leute sprechen, damit ich Dolmetscher*innen organisieren kann. Als die Anstalt noch provisorisch im Hangar war, kam ich rein und die Insassen saßen vor ihren Containern und konnten mich sehen und ich konnte sie sehen. Einige, die nicht auf der Liste standen, konnten sagen: Ich will auch mal mit ihr sprechen. In der neuen Anstalt sehe ich sie nicht mehr. Sie sind in ihren Zimmern und werden von den Securities erst gebracht, wenn ich die Namen sage. Ich frage zwar immer: Sind noch andere da, die vielleicht mit mir sprechen wollen? Die Antwort lautet aber immer: nein.

Können die Leute aus ihren Zimmern raus, wie sie wollen?

Die Zimmer sind im ersten Stockwerk. Sie dürfen raus, und ich sehe sie durch das Fenster unseres

Beratungszimmers im Erdgeschoss. Es gibt einen kleinen grünen Korridor, wo die Insassen spazieren dürfen. Der ist aber sehr schmal.

Wie sieht euer Beratungszimmer aus?

Das ist ein Raum, den nicht nur wir nutzen, sondern auch Rechtsanwält*innen – angeblich der einzige Raum, der nicht videoüberwacht ist. Er hat ein Glasfenster an der Tür und einige Securities stehen genau dann vor der Glastür und schauen rein, wenn wir beraten. Wir haben zudem ein Telefon und Zugang zum WiFi. Wir können unsere Handys oder iPads mit reinnehmen. So auch die Insassen. Die Kameras ihrer Handys sind zugeklebt. Aber sie können über WhatsApp kommunizieren.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit Dolmetscher*innen in der Beratung?

Wir haben eine WhatsApp-Gruppe mit vielen Dolmetscher*innen. Da schreibe ich am Vortag der Beratung immer rein: Leute, morgen bin ich in der Abschiebehaft und brauche Türkisch, Farsi und Arabisch. Das klappt meistens sehr gut. Wenn ich für eine Sprache keinen Dolmetscher finde, dann nutze ich in der Beratung Google Translate. Die Dolmetscher*innen werden in der Beratung per

Telefon und Lautsprecherfunktion dazu geschaltet.

Welche Aufgaben hat der Sozialdienst in der Haftanstalt?

Der Sozialdienst kümmert sich generell um die Situation der Insassen, zum Beispiel um ihre Gesundheit. Er sollte theoretisch auch die Asylanträge betreuen, wenn die Leute einen stellen wollen. Meistens machen wir das aber. Er interviewt alle, die in Haft kommen. Wenn sie eine besondere medizinische Versorgung benötigen, werden die Leute in eine andere Haftanstalt verlegt. Ein Mann, der nicht mit mir oder jemand anderem sprechen wollte, hat sich geweigert zu essen. Er wurde verlegt.

Gibt es nicht genügend medizinisches Personal dort?

Doch, es gibt einen Sanitätsdienst. Der ist auf jeden Fall tagsüber da. Ein Arzt ist aber nicht rund um die Uhr da. Ein Insasse hatte mal einen infektiösen Zahn, ein anderer angeblich eine Pilzinfektion, da wurde der Arzt extra gerufen.

Wie geht es weiter, wenn deine Beratung vor Ort endet?

Was ich mache, ist eine Art Screening, um zu sehen, ob wir in einem Fall etwas tun können. Es kommt darauf an, wie viel Zeit wir

Belinda Simoes ist Ärztin, in Brasilien geboren und hat dort gelebt. 2019 ist sie nach Deutschland gezogen. Seit August 2019 ist sie ehrenamtlich beim Münchner Flüchtlingsrat tätig.

haben. Wenn jemand in zwei Tagen abgeschoben werden soll, dann können wir meistens wenig machen. Wenn der Abschiebetermin aber später ist und ich das Gefühl habe, da ginge was, dann schaue ich mir die Unterlagen an und wir suchen nach einer rechtlichen Vertretung. So können wir gegen den Haftbeschluss klagen. Wenn es Sinn ergibt, einen Asylantrag zu stellen, können wir vor Ort die nötigen Unterlagen ausfüllen. Der *Münchner Flüchtlingsrat* kümmert sich anschließend um die Unterlagen. Damit habe ich dann nicht mehr viel zu tun. Ich bekomme aber Infos für den nächsten Beratungstermin vor Ort, zum Beispiel wenn bei einer Person weitere Unterlagen benötigt werden oder wenn ich ihnen etwas ausrichten soll.

Wie ist eure Erfolgsquote?

Sehr gering. Vor allem, weil es viele Dublin-Fälle gibt (das heißt, die Menschen werden in das europäische Land abgeschoben, in das sie zuerst registriert wurden oder die sich zuerst für die Bearbeitung eines Asylverfahrens zuständig erklärt hat). Selten erfahre ich konkret, was nach der Abschiebung passiert. Ich gebe jedem Insassen einen Zettel mit der E-Mail-Adresse vom *Münchner Flüchtlingsrat* und der Homepage von *Welcome2Europe*. Und ich bitte sie, wenn sie abgeschoben werden, dass sie diese besuchen und sich im Abschiebeland eine Hilfsorganisation suchen. Auch bitte ich um eine Nachricht, wie es ihnen geht. Da kommt leider nie eine Rückmeldung. Von der Anstaltsleitung erfahre ich nichts über den Verbleib der Leute. Da heißt es nur: Der oder der ist weg. Mehr nicht.

Ist das nicht frustrierend, wenn du nicht weißt, wie es mit den Leuten weiterging? Vor allem zu Leuten, die du mehrmals beraten hast, baust du wahrscheinlich eine Beziehung auf.

Ich würde gerne bei den meisten Menschen wissen, wie es weitergeht, aber meistens erfahren wir das nicht. Es wäre natürlich schön, wenn ich wüsste, wie es den Personen geht. Das vermisse ich auch beim Infobus des *Münchner Flüchtlingsrates*, bei dem ich mitmache. Da habe ich auch nur etwas gehört, wenn es Probleme gab. Es fehlen uns die Ressourcen, um zum Beispiel alle sechs Monate nachzufragen, wie es den Leuten geht. Den Insassen, dem es so schlecht ging, habe ich nach der Abschiebung mehrmals kontaktiert, weil ich mir Sorgen um ihn gemacht habe. Über den Rechtsanwalt habe ich dann erfahren, wie es ihm geht. Es gab einen einzigen Menschen, dem ich meine persönliche Handynummer gegeben habe. Der hat mir dann ganz rührend aus Rumänien geschrieben und sich bedankt und gesagt, es gehe ihm gut und er sei im Camp. Mit einem Insassen habe ich sieben- oder achtmal gesprochen. Wir haben mit der Zeit eine gute Beziehung zueinander aufgebaut. Ich bin seit dreißig Jahren Ärztin und rede gerne mit Menschen. Die meiste Zeit habe ich mit Leuten gearbeitet, die Krebs hatten. Von ihnen habe ich die meisten verloren. Es geht mir um den Moment, wo ich da bin. Mir ist wichtig, einfach für die Leute da zu sein und mit ihnen zu reden.

Das Gespräch führte Agnes Andrae.

Der Kampf gegen die Zeit

Das Dublin-Verfahren und die Mängel eines Systems

Deutschland hat im Jahr 2021 183 Personen nach Spanien abgeschoben. Zwei Personen hat Spanien nach Deutschland zurückgeschickt. Diese Statistiken sagen jedoch nichts darüber aus, welche Schicksale sich hinter diesen Zahlen verbergen, welche Beweggründe, welche Biografien. Das wird dann Steuerung der Migrationsprozesse genannt. Anonym, ohne individuelle Sicht auf die Bedürfnisse und Wünsche von Menschen. Anhand der folgenden Geschichte wird jedoch deutlich, dass das Dublin-System ein Spiel gegen die Zeit ist und welche Beweggründe jemand haben kann, nicht ins erste Land der Einreise in Europa zurückzukehren. Ein Bericht von Jana Weidhaase.

Eine der Personen, die 2021 zweimal nach Spanien abgeschoben werden sollte, lernte ich im September 2021 kennen. Michaela (Name von der Redaktion geändert) war damals in der 18. Woche schwanger und lebte seit knapp einem Jahr in Deutschland in einem Ankerzentrum in Bayern. Zuvor war sie nach acht Wochen Aufenthalt in Spanien nach Deutschland weitergereist. Mittlerweile war sie von ihrem in Deutschland lebenden Freund schwanger. Dies war ihr stärkster persönlicher Beweggrund, in Deutschland bleiben zu wollen. In Spanien war sie damals in Quarantäne untergebracht und sie erinnert sich nur daran, dass sie wochenlang nicht raus durfte. Auch Englisch habe man dort nicht gesprochen. Sie wünschte sich, mit ihrem Partner zusammenziehen und als Familie spätestens ab der Geburt zusammenleben zu dürfen. Da er aber in einem anderen Bundesland lebt, war dies während der gesamten Schwangerschaft nicht erlaubt.

Denn auch innerhalb Deutschlands können die Geflüchteten nicht selbst entscheiden, wo sie leben, sondern werden auf die Bundesländer und Kommunen verteilt. Auch das ist ein an sich nachvollziehbares logisches System: die Zuweisung der Menschen nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel. Jedoch nur auf den ersten Blick, denn wieder werden nicht die Beweggründe der Betroffe-

nen berücksichtigt, sondern die errechneten Aufnahmekapazitäten der Bundesländer und Kommunen. Eine Verteilung außerhalb des Schlüssels wird nur zu minderjährigen Kindern oder Ehepartner*innen erlaubt. Außer es entsteht eine humanitäre Härte, wie im Falle einer auf Pflege angewiesenen Person. Ungeborene Kinder zählen aber nicht. Dabei ist gerade die Schwangerschaft für die meisten Menschen eine Zeit, in der sie als Familie zusammenwachsen und sie sich auf das gemeinsame Kind freuen, Ängste besprechen, die Wohnung vorbereiten und sie sich auch emotional auf die neue Lebensphase einrichten.

Abschiebung als Machtkampf

In der Hoffnung, als Familie zusammenbleiben und auch zusammen wohnen zu dürfen, machte sich das junge Paar also auf zum Jugendamt, um vorgeburtlich die Vaterschaft anzuerkennen. Der Umzug wurde in dem Fall von Michaela zu ihrem Partner jedoch nicht erlaubt. Hinzu kam, dass sie einen Dublin-Treffer hatte und Deutschland nicht bereit war, die Verantwortung für eine weitere asylsuchende Person zu tragen und einen sogenannten Selbsteintritt zu machen. Das ist Behördensprache und beschreibt die Möglichkeit, dass sich ein Land trotz eines Dublin-Treffers verantwortlich erklärt.

Mehrere Anträge gegen die Abschiebung lehnte das zuständige Verwaltungsgericht ab. Medizinische Atteste, die eine Risikoschwangerschaft bestätigten, erachtete das Gericht als unzureichend und wertete die Abschiebung der Frau als angemessen: In Spanien drohe ihr keine unmenschliche Behandlung und auch Schwangere seien dort gut versorgt. Kein Einzelfall, denn im Dublin-System geht es nur um theoretische Möglichkeiten und Zahlen, nicht um Lebensrealitäten. Da Michaela bei ihrem ersten Abschiebeversuch im September 2021 nicht anwesend war, verlängerte sich ihre Überstellungsfrist auf 18 Monate. Ein Fristablauf war also noch lange nicht in Sicht. Lediglich der Beginn des Mutterschutzes ab dem 11.1.2022.

Doch die Sachbearbeiterin in der Ausländerbehörde nahm ihre Aufgabe sichtlich ernst und buchte einen dritten Flug für Januar, einen Tag vor Beginn des Mutterschutzes. Üblicherweise wird in der Zeit des gesetzlichen Mutterschutzes nicht abgeschoben. Also war aus Sicht der Behörde wohl Eile geboten oder Böswilligkeit im Spiel. Vielleicht sieht die Behördenmitarbeiterin es als Machtkampf an, wenn sich Menschen trotz ihrer bürokratischen Anstrengungen nicht abschieben lassen und sich diesem unmenschlichen System widersetzen. Die Behörde hatte auch vorher ein Strafverfahren eingeleitet, das mit einer enorm hohen Strafe wegen Passlosigkeit endete. Da Michaela mutmaßlich rechtswidrigerweise keine Sozialleistungen mehr erhielt, hatte sie auch keine Chance, die Strafe abzubezahlen. Ihr blieb also die Wahl zwischen Haft oder Sozialstunden.

Kirchliche Rettung

Wenn im Dublin-Verfahren alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft sind, kann nur noch ein Kirchenasyl vor einer Abschiebung schützen. Zwar wäre das immer noch keine Bleibeperspektive in Deutschland, denn das Asylverfahren müsste im Falle eines Selbsteintritts des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder nach Ablauf der Überstellungsfrist in Deutschland durchgeführt werden. Aber immerhin hätte Michaela eine ruhige Schwangerschaft, denn bereits im März sollte ihr Kind zur Welt kommen und jeder Stress vermieden werden. Es war bereits ihre zweite Schwangerschaft. In der ersten Schwangerschaft verlor sie das Kind. Trotz aller Schwierigkeiten, die mit einer Schwangerschaft im Kirchenasyl verbunden sind - medizinische Versorgung, Hebamme, lange Dauer des Kirchenasyls -, war dies das geringere Übel. Jeden Tag Angst haben zu müssen, dass wieder die Polizei vor der Tür steht, war für Michaela ein enormer Stress. Im September hatte sie das bereits erlebt und musste

stationär in einer Klinik versorgt werden. Deshalb wurde der Abschiebeversuch abgebrochen. Beim zweiten Versuch sollte sie eine Ärztin auf dem Flug begleiten.

Eine Münchner Kirche öffnete Anfang Januar ihre Räume und bot der Schwangeren nicht nur Asyl, sondern auch Wärme und Menschlichkeit an. Sie kann dort mit engagierten Gemeindemitgliedern Deutsch lernen und reden, kann selbstständig kochen und wurde von einer Hebamme nach der Geburt in den Kirchenräumen betreut. All dies wäre im Ankerzentrum nicht möglich. Dort gibt es weder ehrenamtliche Deutschkurse noch Hebammen, die zu den Eltern und Neugeborenen dürfen. Noch viel schlimmer: Im Falle einer erfolgten Abschiebung nach Spanien hätte der Vater seine Tochter aufgrund seines eigenen Aufenthaltsstatus nicht besuchen können und auch nicht bei der Geburt anwesend sein dürfen. Auch eine Unterstützung im Wochenbett wäre unmöglich gewesen.

Hätte die Kirche nicht „ja“ gesagt, wäre die Abschiebestatistik 2022 um eine Person höher ausgefallen. Und hierbei wäre nicht ersichtlich geworden, dass eigentlich zwei Personen abgeschoben wurden, neben Michaela auch das werdende Kind in ihrem Bauch. Und ihre Träume und Hoffnungen auf eine Familie mit ihrem Partner und dem Vater ihres Kindes. Vielleicht wäre die Abschiebung auch an einer erneuten medizinischen Notsituation gescheitert. Zum Glück konnte dies aufgrund der Offenheit der Kirche vermieden werden.

Verlorener Kampf gegen das System

In einem anderen Fall, den ich vor einigen Jahren kennenlernte, ging die Geschichte anders aus. Damals wurde der alleinerziehende Vater John mit seiner 5-jährigen Tochter nach Italien abgeschoben. Auch er hätte ein Kirchenasyl gebraucht. Nach seiner Abschiebung setzte sich sein Überlebenskampf fort. Nicht nur, dass die Abschiebung nach vorangegangener Abschiebehaft und vorübergehender Trennung von seiner Tochter absolut retraumatisierend für ihn war. In Italien angekommen hatten er und seine Tochter keine Unterkunft. Er hatte in Deutschland lediglich eine Kopie seines *Laissez-passer* bekommen und ihm wurde gesagt, er soll zu der „costua“ (Polizeistation) gehen, wo er früher war. Um da hinzukommen, hätte er ein Ticket vom Flughafen zum Hauptbahnhof Rom gebraucht.

John musste 30 Euro ausgeben, um zwei Fahrkarten für sich und seine Tochter für den Zug zu kaufen. Er

musste betteln. Er hatte kein Bargeld dabei. Hilfe fanden die beiden erst am nächsten Tag - nach einer Nacht auf der Straße - bei Ordensschwwestern, die John erstmal duschen ließen. Dazu hatte er seit seiner Ankunft noch keine Möglichkeit gehabt, obwohl er sich auf dem Flug eingenässt und eingekotet hatte vor Angst. Seine Telefone wurden ihm nach der Ankunft in Italien nicht ausgehändigt. Dass er sie überhaupt wiederbekam, konnte nur durch Intervention bei der Polizeistation in Deutschland organisiert werden, wo die Telefone verwahrt waren. Und sie mussten ihm privat nach Italien nachgefahren werden, dafür fühlte sich die Polizei dann nicht mehr zuständig.

Erst als Johns Kind vom Jugendamt in Obhut genommen wurde und in eine Pflegefamilie kam, weil er ohne Unterkunft obdachlos war, konnte auch er eine vorübergehende Unterkunft für alleinstehende Männer finden. Seine Frau und zweites Kind waren auf der Flucht nach Europa ums Leben gekommen. Ihm blieb also nur seine Tochter, die nun getrennt von ihm aufwächst. Heute, fünf Jahre später, hat er immer noch keine Perspektive in Italien und ein Gerichtsverfahren gegen die Abschiebung läuft in Deutschland noch, bislang ohne Ergebnis.

Es ist längst überfällig, ein humanes und gerechtes System zu schaffen, unter dem Menschen nicht leiden müssen: Zum Beispiel ein gemeinsames europäisches Asylverfahren statt nationalen Asylverfahren. Und Entlastung und Unterstützung für die europäischen Außengrenzstaaten zu schaffen, die aufgrund ihrer geografischen Lage die Hauptanzahl der Asylsuchenden aufnehmen. Auch die Berücksichtigung von persönlichen Beweggründen und familiären Bindungen bei der Entscheidung, in welchem Land ein Mensch ein jahrelanges Asylverfahren durchlaufen muss. Das wäre ein offenes System, das mehr Sinn machen würde, als der reine Fokus auf Zahlen.<

Dublin-System:

Ein in sich geschlossenes System mit dem Ziel, dass jede Person, die in Europa ankommt, in nur einem Staat ein Asylgesuch stellen kann und darf. Dies betrifft Personen, die aufgrund ihres Reisewegs nach Europa einen sogenannten Dublin-Treffer (zum Beispiel aufgrund von Fingerabdrücken) haben und ihr Asylverfahren in dem Staat durchlaufen müssen, in dem sie zuerst eingereist sind. Manchmal ist das jedoch aus verschiedenen Gründen nicht möglich oder mit extremen Härten verbunden. Grenzstaaten des Südens Europas wie Griechenland, Italien, Spanien, aber auch im Osten in Rumänien, Polen oder Bulgarien können ganz unabhängig von individuellen Beweggründen der Weiterwanderung der Geflüchteten auch nicht allein die Aufnahme der in Europa ankommenden Menschen bewältigen.

Laissez-passer:

Wenn Menschen keine National- oder Reisepässe besitzen, können europäische Staaten oder Auslandsvertretungen der Herkunftsländer Ersatzpapiere für den Grenzübertritt ausstellen, um Abschiebungen möglich zu machen.<



Jana Weidhaase
arbeitet beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat in
der Geschäftsstelle in
München.



Florian Fritz, geboren 1967, ist Sozialpädagoge und seit 1989 bei der Stadt München tätig, mit den Schwerpunkten Flucht, Migration und Wohnen. Freiberuflich ist er außerdem Journalist, Fotograf, Reisebuchautor und Dichter; www.flofritz.de

Wohnen statt Unterbringen

Florian Fritz über das Münchner Projekt *Wohnen für Alle*, (Stadt-)gesellschaftliche Verantwortung und seine Vision für einen allgemeinen direkten Zugang zum Wohnen für geflüchtete und nicht geflüchtete Personen.

Du beschäftigst dich seit langem mit städtischer Wohnungspolitik, insbesondere im Hinblick auf Geflüchtete und Neuzugewanderte. Wie offen sind unsere Städte und Stadtgesellschaften für Geflüchtete, wenn es um die Frage des Wohnraums geht?

Aktuell läuft vieles auf die Praxis „Unterbringen“ hinaus. Dabei werden sehr enge Grenzen gesetzt, nicht nur räumlich. Viele Menschen, die viele Probleme mit sich bringen, pfercht man auf engem Raum zusammen. Da können sie sich nicht besonders gut entfalten.

Die Unterbringungen sind daher oft nicht der richtige Ort für die Leute. Du kannst dort weder zur Ruhe kommen, besonders als traumatisierte Person, noch kannst du wirklich ein normales Leben führen. Irgendwann verhältst du dich auch entsprechend. Dir ist alles wurscht, du nimmst Termine nicht mehr wahr. Viele, die lange in der Unterbringung gelebt haben, beschreiben, dass sie sich fremdgesteuert fühlen und ihre eigenen Impulse zur Selbststeuerung immer mehr nachlassen. Im Wohnraum angekommen, müssen sie erst wieder lernen, sich selber

zu steuern und mehr Selbstverantwortung zu übernehmen. Das ist viel komplexer, als es auf den ersten Blick vielleicht wirkt.

Deswegen hieß es eigentlich auch immer: „Wohnen statt Unterbringen“. Das war schon vor 25 Jahren der Duktus in der Münchner Stadtverwaltung. Aus meiner Sicht hat es sich aber immer stärker gewandelt in „Unterbringen statt Wohnen“, vor allem als 2015 die sogenannte kommunale Flüchtlingsunterbringung eingeführt wurde. Seit kurzem gibt es auch Flexiheime, die eine Unterbringung besseren Standards sein sollen und auch sind, für Wohnungslose und Flüchtlinge. Dem Anspruch einer offenen Stadtgesellschaft steht all das für mich dennoch entgegen, weil damit nicht die gleichen Zugangschancen zu bestimmten Dingen verbunden sind. Wer in der Unterbringung lebt, ist per se schon mal auf vielerlei Ebenen benachteiligt.

Es gibt aktuell also die Begriffe „Wohnen“, „Unterbringen“ und „Flexiheime“. In den letzten Jahren gibt es daneben noch das Modell *Wohnen für Alle* (WAL), an dessen Umsetzung du mitgewirkt hast.

Hier wurde die Hälfte der Wohneinheiten primär an Geflüchtete und teils dann auch an andere Wohnungslose vergeben; die anderen 50% an reguläre wohnungssuchende Haushalte. Wie siehst du das allgemein, und besonders gegenüber den aktuell vorherrschend gebauten und geplanten Unterbringungs-Varianten?

Genau, es gibt verschiedene Formen der Unterbringung. Angefangen bei ganz schlechten Häusern, die es zum Teil in der dezentralen Flüchtlingsunterbringung gibt. Ich finde, die politische Forderung sollte sein, diese kommunalen Unterkünfte aufzulösen. *Wohnen für Alle*, das Projekt von 2015, das ich dann mit umgesetzt habe, sollte schnell Wohnraum für Geflüchtete schaffen. Der Stadtrat hatte den Bau von 3.000 Wohneinheiten beschlossen, 1.500 über Wohnungsbaugesellschaften und 1.500 über Investoren. Investor wurde dann nur einer gefunden und die Wohnungsbaugesellschaften haben 600 oder 700 Einheiten gemacht. Nach 800 Wohneinheiten ist das Programm ausgelaufen. Es ist das einzige Projekt, das ich kenne, wo

Geflüchtete relativ schnell – sie waren noch nicht lange in Deutschland – in Wohnraum kamen, auch mit dem Unterstützungssystem, das sie brauchten. Es wurde natürlich auch verdichtet gebaut. Kleinere Wohneinheiten, worüber sich die Bewohner*innen auch manchmal beschwerten, kein Keller. Die meisten werden da nicht ihr Leben lang leben. Toll daran war aber der Schritt aus der Unterkunft heraus in dauerhaften Wohnraum.

Was waren die Faktoren, weshalb die Wohnungen, die versprochen wurden, nicht gebaut wurden?

Es wurde anfangs sehr gut zusammengearbeitet, um die Planungszeit zu verkürzen. Ein bekanntes Beispiel ist der Stelzenbau am Dantebad. Es gab die Idee, Parkplätze zu überbauen. Beim Dantebad gab es dann ein erstes Projekt, mit 100 Wohneinheiten auf Stelzen in schneller Bauweise, mit einer netten Dachterrasse und allem, was dazugehört. Das gibt es seit circa fünf Jahren. Jetzt gibt es schon den ein oder anderen Wasserschaden, aber es ist schnell gebaut worden, Planung und Bau haben insgesamt nur eineinhalb Jahre gebraucht. Der Bau hat keine Parkplätze weggenommen, was in jeder großen Stadt ein Thema ist. Es gab auch verschiedene Überlegungen, was man noch für Stelzenhäuser baut, aber das ist, bis auf ein baugleiches Projekt am Reinmarplatz, ziemlich eingeschlafen.

Ein weiteres Projekt wurde gekippt, weil Anwohner*innen dagegen waren. Sie haben vor Gericht gewonnen. Das ist leider nicht astrein geplant gewesen. Anwohner*innenbeschwerden gibt es immer, da muss man sich so aufstellen, dass man rechtlich auf der sicheren Seite ist. Das wollten

die Verantwortlichen nicht noch mal, weshalb klar war: Wohnen für Geflüchtete, das wird nicht mehr gemacht. Stattdessen wird jetzt versucht, es in die allgemeine Linie zu bringen, Wohnraum zu schaffen.

Das letzte *Wohnen für Alle*-Projekt in Allach-Untermenzing, eröffnete erst Anfang 2022. Vier Jahre lag es auf Halde. Es gab auch Klagen: Drum herum nur Mehrfamilienhäuser und jeder Käfer wird zum Vorwand genommen, um zu sagen, dass keinesfalls gebaut werden sollte. Aber natürlich wollen einige auch keine Geflüchteten da haben. Es gibt oft einen latenten Rassismus, der dann bei Versammlungen auch mal ausgesprochen wird.

Es würde für mich zu einer offenen Stadtgesellschaft gehören, dass die Leute sich bewusst machen, dass sie nun mal in einer Stadt leben und nicht auf dem Land und dass das auch bedeutet, es ziehen Menschen zu und es muss vielleicht auch verdichtet werden. Vielleicht werden auch mal ein paar Bäume abgeholzt. Das finde ich auch blöde, aber du hast einfach ein paar hunderttausend Menschen, die nach München gezogen sind. Die müssen irgendwo wohnen! Bei vielen Bürger*innen sehe ich noch nicht die Bereitschaft und die Offenheit, sich darauf einzulassen. Das muss man lösen.

Die Gesellschaft hat also dicht gemacht und deswegen kommen Menschen so zögerlich raus aus Unterbringungen und rein ins Wohnen?

Ja. Die Gesellschaft hat in der Durchlässigkeit viel Luft nach oben. „Dicht gemacht“ finde ich sehr hart formuliert, weil das die Leute in kollektiver Art mit verurteilt, die sich bemühen. Man kann die Gesellschaft durchlässiger

machen, aber sie wird es nicht automatisch. Die Menschen, die das wollen, müssen die überzeugen, die skeptisch sind. Dafür braucht es auch Ressourcen! Die Hardliner*innen erreichst du nie. Aber viele andere müssen einfach sehen, dass die Leute im *Wohnen für Alle*-Haus auch nur Menschen sind. Vielleicht entwickelt sich dann sogar was Ehrenamtliches, man kocht zum Beispiel gemeinsam. Dann erfahren sie die Geschichten und es ist plötzlich sehr greifbar.

Wie bist du in den *Wohnen für Alle*-Projekten vorgegangen, um die Zustimmung der Nachbarschaft zu gewinnen?

Ich habe in unseren Projekten meist einen persönlichen Brief an die Nachbarschaft geschrieben. Wir bieten Beratung an und gehen mit den Nachbarn in den Dialog. Neben den üblichen Infoveranstaltungen und Bürgerversammlungen gehören dazu auch Tage der offenen Tür. Am besten eignen sich aber eigentlich Feste, bei denen Umfeld, Haushalte und Mitarbeiter*innen miteinander ins Gespräch kommen. Das geht dann auch über die Eröffnung eines Standortes hinaus. Es ist wichtig, ansprechbar zu bleiben. Außerdem machen wir unsere Gemeinschaftsräume für die Umgebung nutzbar, wodurch wir dem Umfeld auch einen direkten Gewinn verschaffen.

Die Stadtpolitik möchte jetzt generell Wohnungsbau vorantreiben und keine zielgruppenspezifischen Projekte mehr starten. So soll ein ähnlicher Standard gewährleistet werden. Du findest, das ist nicht der richtige Weg, um Wohngelegenheiten für Geflüchtete zu schaffen?

Ich finde, man kann die verschiedenen Zielgruppen nicht miteinander vergleichen. Geflüchtete haben ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber sonstigen Wohnungslosen. Auch aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen tun sie sich am Anfang in vielen Bereichen sehr schwer. Das Thema Familiennachzug ist zum Beispiel kein allgemeines Thema der Wohnungslosen, es ist aber ein Thema der anerkannten Geflüchteten. Wohnungslosenunterkünfte haben keine 500 Plätze, es gibt aber kommunale Flüchtlingsunterbringungen mit 500 Plätzen. Da kann man schon argumentieren, dass Geflüchtete aktuell einfach noch schlechter untergebracht sind. Deswegen finde ich es keinen falschen Ansatz zu sagen, dass man Geflüchteten schnelleren Zugang zu dauerhaftem Wohnraum ermöglicht. Weil es der Integration gut tut und die Menschen ihre Ressourcen schneller und besser einsetzen können. Und deswegen finde ich, dass man durchaus auch zielgruppenspezifisch bauen darf. Das macht man sonst auch, zum Beispiel für junge Menschen oder für Senior*innen.

Vor der Corona Krise wurde in zwei anderen deutschen Städten beschlossen, die bisherige Form der kommunalen Unterbringung von Geflüchteten in großen Gemeinschaftsunterkünften abzuschaffen. Warum gibt es so etwas nicht in München, wie unterscheidet sich da die Stadt?

Ich glaube, das war in Köln. Da haben sie zwar auch gesagt, sie halten es nicht für wahrscheinlich, dass es klappt, aber zumindest war sich die Politik einig, dass man es will. Ich habe vor einiger Zeit am Integrationsplan für Geflüchtete mitgewirkt zum Thema Wohnen.

Aus meiner Sicht sind da viele gute Sachen entwickelt worden, die leider in der Schublade verschwunden sind – wer weiß überhaupt noch, dass die Stadt einen Gesamtplan zur Integration von Geflüchteten hat?

Aktuell gibt es verwaltungspolitisch bei uns keine wirkliche Lobby, es fehlen die politischen Schlüsselpersonen. Deswegen ist es schwierig, so einen Stadtratsbeschluss herzukriegen. Da braucht man erst mal Initiator*innen und das Bewusstsein dafür, dass es nötig ist.

Was wären deiner Meinung nach die für München notwendigen Schritte, um vom Unterbringen wegzukommen, hin zu einem Wohnen?

Ich würde bei allen Neubauprojekten eine Quote für anerkannte Geflüchtete reinnehmen. Die müsste gar nicht so wahnsinnig hoch sein, vielleicht zehn Prozent. Das wäre auch ein politisches Signal. Wenn es dann Leute in der Stadt gibt, die sich deswegen beschweren, muss man es eben aushalten. Rein juristisch wäre die Einführung einer Quote, denke ich, möglich. Das WAL-Projekt hat man ja auch im Stadtrat beschlossen, mit einer 50:50-Quote. Dann sollte man auch versuchen, eine lokale Zuordnung zu berücksichtigen: Wenn jemand schon zehn Jahre an einer Ecke in einer Unterkunft gewohnt hat, muss man ihn auch im Umfeld in einer Wohnung unterbringen. Zum Ausbau von Unterbringungsplätzen guter Qualität bin ich sehr zwiegespalten. Unterbringung kann man schon auch verbessern, als Zwischenschritt. Im Grunde braucht man alles: Man bräuchte eine Quote im dauerhaften Wohnen, man müsste gucken, wie man Geflüchtete noch mehr in freifinanziertem Wohnraum

unterbringt und man bräuchte gezielt bessere Unterbringung, die aber baulich so angesetzt ist, dass man sie in Wohnungen umwandeln kann. Bei den Flexiheimen könnte man abgeschlossene Wohneinheiten, wenn es baurechtlich möglich ist, in Wohnraum umwandeln. Und die Leute bekommen einen Mietvertrag.

Der tatsächliche Unterschied zum Wohnen ist ja der Mietvertrag, der zum Beispiel auch für den Familiennachzug oder das Bleiberecht notwendig ist.

Ja. Insofern ist es auch desintegrierend, wenn es diese Möglichkeit nicht gibt. In München wurden nach dem Zweiten Weltkrieg und in den 50er und 60er Jahren viele Unterkunfts-Anlagen gebaut, im Hasenberg, in der Wintersteinstraße. Die Leute dort hatten am Anfang auch keine Mietverträge. Sie sind da „untergebracht“ worden. Davon sind viele später umgewandelt worden in Mietverträge. Warum kann man gute Unterbringungen nicht so ausrichten, dass diese Plätze irgendwann in dauerhaften Wohnraum umgewandelt werden? Aber diese Forderung muss erstmal gestellt werden. Und es muss Leute geben, die bereit sind, diese Optionen im Rahmen des bestehenden Baurechts auch auszuloten.

Ist es nicht so, dass es auch den Willen und die Offenheit in der Stadtgesellschaft für Projekte wie *Wohnen für Alle* braucht? Wir könnten uns in unserer Baugenossenschaft ja auch selbst eine Quote für geflüchtete Personen auferlegen, die wir dann in unseren Projekten mit Wohnungen versorgen.

Ich glaube, da muss man unterscheiden zwischen einerseits struktureller Offenheit, zum

Beispiel bei Baugenossenschaften, die aus meiner Sicht jederzeit eine Quote einführen könnten, wenn sie das wollten – da gibt es offenkundig viel Luft nach oben. Und andererseits der individuellen Offenheit von Einzelpersonen. Ich glaube, dass München 2015 eine erstaunliche Offenheit gezeigt hat. Die ganzen Aktionen am Hauptbahnhof – ich hätte niemals gedacht, dass so etwas möglich ist. An dem Moment hätte man viel stärker arbeiten müssen. Wenn sich die Stadtgesellschaft hinstellt und mehr Wohnraum für Geflüchtete fordert, dann geht auch was weiter. Die Frage ist: Wie kann man an den Dynamiken von damals andocken und in breitem Umfang Menschen aktivieren, die sich dafür einsetzen? Dann merkt die Politik, sie muss etwas tun.

Danke dir für deine Zeit.<

Das Gespräch führte Katharina Grote.

Große Erwartungen

Geflüchtete aus der Ukraine, Corona-Pandemie, explodierende Energiekosten – fast könnte die Wahl der neuen Regierung in Vergessenheit geraten. Doch was hat die Ampel-Koalition im Bereich der Migrationspolitik vereinbart? Von Alexander Thal

„Wann kann man denn das neue Chancenaufenthaltsrecht beantragen? Gibt's da schon was Neues?“ So oder so ähnlich lauten regelmäßig Anfragen beim *Bayerischen Flüchtlingsrat* von Geflüchteten, Ehrenamtlichen und Familienangehörigen. Nachdem SPD, Grüne und FDP ihren Koalitionsvertrag öffentlich präsentiert hatten, wurde viel in den Medien berichtet – zumeist wohlwollend über die neue Linie der Koalition, die einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik verkündet, sich zu ihrer humanitären Verantwortung und den Verpflichtungen aus dem internationalen Flüchtlingsrecht bekennt und den Familiennachzug erleichtern will. Manchmal waren die Berichte auch fehlerhaft, zum Beispiel als mehrfach die Abschaffung der ANKER-Zentren verkündet wurde. Es ist also an der Zeit, sich des Koalitionsvertrags anzunehmen und ihn auf seine Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit hin abzuklopfen.

ANKER-Zentren

Die größte Verwirrung stiftete der Satz im Koalitionsvertrag: „Das Konzept der ANKER-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt“. Verschiedene Medien berichteten, die Bundesregierung habe vor, die ANKER-Zentren gänzlich abzuschaffen. Die *Süddeutsche Zeitung* erklärte ihn zu einem Satz, „der die großen, von Horst Seehofer erfundenen Sammelunterkünfte beerdigt“ (*Süddeutsche Zeitung*, 26.11.2021). Wer sich jedoch daran erinnert, dass es sich bei den ANKER-Zentren um Landeseinrichtungen handelt, riecht schon den Braten: Dieser Beschluss ist eine einzige Enttäuschung, denn er erlaubt den Landesregierungen, ihre ANKER-Zentren unverändert weiterzubetreiben und beendet nur den Versuch des bisherigen Bundesinnenministers, die ANKER-Zentren bundesweit zu etablieren.

Das zentrale Merkmal der ANKER-Zentren ist die überlange Unterbringungsdauer in diesen menschenunwürdigen, isolierten Sammelagern. Geflüchtete

werden dort bis zum rechtskräftigen Abschluss ihres Asylverfahrens festgehalten. Familien mit Kindern dürfen zwar „schon“ nach sechs Monaten ausziehen und werden in andere Unterkünfte umverteilt. Alleinstehende jedoch bleiben bis zu 18 Monaten im ANKER-Zentrum hängen. Zweifeln Behörden an ihrer Identität, bleiben sie dort für sage und schreibe 24 Monate. Sie unterliegen dem täglichen Regime der Behörden, sind in Mehrbettzimmern untergebracht, werden von Sicherheitsdiensten rund um die Uhr überwacht, teilen sich Waschräume und Toiletten mit vielen anderen Menschen. Sie werden aus Kantinen versorgt und mit Sachleistungen abgespeist. Die Finanzierung von Fachanwält*innen ist nicht vorgesehen und kaum möglich.

Die Geflüchteten leiden unter der ständigen Angst vor Abschiebung. Mehrmals pro Woche holt die Polizei Geflüchtete zur Abschiebung in Herkunftsländer oder andere EU-Staaten ab. Die *Nationale Stelle zur Verhütung von Folter* begleitete eine Abschiebung nach Albanien und beginnt ihren Bericht mit der Schilderung des Eintreffens im ANKER-Zentrum am 1.7.2017 in Manching: „Als die Delegation um 5:40 Uhr auf den Hof der Flüchtlingsunterkunft fuhr, rannten einzelne Bewohnerinnen und Bewohner weg, kletterten über den Zaun der Anlage und versteckten sich in der Umgebung außerhalb des Unterbringungsgeländes“ (*Nationale Stelle zur Verhütung von Folter*: AZ.: 2212/7/17). Die ständige Angst vor Abschiebung versetzt die Betroffenen in andauernde Alarmbereitschaft und einen psychischen Ausnahmezustand, an Schlaf ist nicht mehr zu denken, psychische und Gesundheitsprobleme nehmen massiv zu.

Die Situation in den ANKER-Zentren ist schlicht menschenunwürdig. Nur die massive Verkürzung der Unterbringungsdauer auf wenige Wochen brächte eine deutliche Verbesserung. Doch gerade das sieht die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag nicht vor – eine herbe Enttäuschung gerade für Geflüchtete.

Unabhängige Asylverfahrensberatung

Sehr zu begrüßen ist hingegen die Ankündigung, „eine flächendeckende, behördenunabhängige Asylverfahrensberatung einzuführen“. 500 neue Personalstellen bundesweit sind dafür im Gespräch. In der Anfangszeit der ANKER-Zentren und ihrer Vorläufereinrichtungen gab es für Geflüchtete kaum Zugang zu unabhängiger Beratung, selbst bewährte ehrenamtliche Beratungsangebote wie der Infobus des *Münchner Flüchtlingsrats* wurden nicht in die Einrichtungen gelassen. Der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer versuchte, der Kritik daran die Spitze zu nehmen und stellte halbjahresweise Asylentscheider*innen des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) ab, die in Gruppenveranstaltungen über das Asylsystem in Deutschland informierten. Dieses Angebot war besser als nichts, es konnte aber an den strukturellen Mängeln nichts ändern. Gerade die enorm hohe Fehlerquote des BAMF blieb bestehen – bei Geflüchteten aus Afghanistan war sie nach mehreren politisch motivierten Eingriffen in die Entscheidungspraxis des BAMF mit Abstand am höchsten. Die Verwaltungsgerichte kassierten rund zwei Drittel der ablehnenden Entscheidungen des BAMF und sprachen den klagenden Geflüchteten eine Anerkennung zu. Nur wenn Geflüchtete unabhängig beraten werden, sind sie in der Lage, sich gegen solche unrechtmäßigen Eingriffe zur Wehr zu setzen.

Vulnerable Geflüchtete

Bei einem Vor-Ort-Besuch in der Unterkunft für vulnerable Geflüchtete in einer Dependance des ANKER-Zentrums Deggendorf erklärte uns die Regierung von Niederbayern auf die Nachfrage, wie besonders vulnerable Geflüchtete identifiziert wurden: Sie müssten sich halt schon selbst melden, am besten bei Verwaltung oder Sicherheitsdienst. Das zeigt beispielhaft den derzeitigen bayerischen Umgang mit Traumatisierten, mit Geflüchteten, die Gewalt, Rassismus und Diskriminierung erfahren haben. Schutz und besondere Unterstützung gibt es nur auf Nachfrage, eigene Initiativen der Behörden, vulnerable Geflüchtete zu unterstützen, gehen gegen null, Konzepte wurden nicht entwickelt.

Das will die neue Bundesregierung nun ändern: „Vulnerable Gruppen wollen wir von Anfang an identifizieren und besonders unterstützen“. Wir hoffen darauf, dass dies nicht nur in Sonntagsreden gelobt, sondern auch gesetzlich verpflichtend geregelt wird – gerne auf der Grundlage von Konzepten der *Bundesarbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für*

Flüchtlinge und Folteropfer. Nur so sind die bayerischen Behörden dazu gezwungen, das auch umzusetzen.

Altfallregelungen

Eine große Zahl der Beratungsanfragen beim *Bayerischen Flüchtlingsrat* kommt von Geflüchteten, die schon mehrere Jahre in Deutschland leben und deren Asylverfahren inzwischen rechtskräftig abgelehnt sind. Für viele stellt sich die Frage, wie sie doch noch ein Bleiberecht in Deutschland bekommen können, nachdem ihnen der Asylweg versperrt ist. Es zeigt sich, dass viele von ihnen eigenständige Integrationsleistungen erbracht haben und nun auf deren Anerkennung hoffen. Für sie gibt es bereits jetzt einige gesetzlich abgesicherte Altfallregelungen: Gut integrierte Jugendliche, die sich seit vier Jahren in Deutschland aufhalten, Familien mit Kindern nach sechs Jahren sowie Alleinstehende und Paare ohne Kinder nach acht Jahren Aufenthalt können eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, wenn sie ihren Lebensunterhalt mit Erwerbsarbeit selbst sichern und ausreichend Wohnraum vorweisen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Fristen für Jugendliche und junge Erwachsene auf drei, für Familien mit Kindern auf vier und für alle anderen auf sechs Jahre zu verkürzen.

Eine weitere geplante Neuregelung ist der Chancen-Aufenthalt: Geduldete Geflüchtete, die sich zum Stichtag 1.1.2022 fünf Jahre in Deutschland aufgehalten haben, sollen einen Aufenthalt auf Probe für ein Jahr bekommen, um die Voraussetzungen für die Lebensunterhaltssicherung und Identitätsklärung zu schaffen.

Zudem sollen Geflüchtete in Ausbildung, die bisher nur mit einer Ausbildungsduldung abgespeist wurden, nun eine richtige Aufenthaltserlaubnis mit wesentlich mehr Rechten und größerer Sicherheit erhalten.

All diese Maßnahmen sind zu begrüßen, denn sie würden einer großen Zahl Geflüchteter einen Ausweg aus der langjährigen Duldung bieten. Sie richten sich allerdings nur an die leistungsfähigen, gesunden und gut integrierten Geflüchteten. Alte, Kranke, Menschen mit Behinderung und Traumatisierte, Alleinerziehende, große Familien, Frauen, die mit der Versorgung von Kindern alleingelassen werden, oder Analphabet*innen werden von solchen Regelungen kaum erfasst werden und weiterhin in dauerhafter Angst vor Abschiebung leben müssen.

Leider zeichnen sich schon jetzt die Verhinderungsstrategien der bayerischen Ausländerbehörden ab, denn sie haben längst begonnen, sogar die von der CSU mitbeschlossenen, bereits bestehenden Altfalllösungen zu unterlaufen: Sie verweigern mehr und mehr Betroffenen die offizielle Duldung, die Voraussetzung für die Aufenthaltserlaubnis ist. Sie stempeln stattdessen bereits erteilte Duldungen als ungültig oder ersetzen sie durch Phantasiepapiere wie einen „Bescheid über die Ausreisepflicht“, der ein Passfoto und Personenangaben enthält, aber kein Ausweisdokument ist. Unterstützt wird dies durch Weisungen aus dem Bayerischen Innenministerium, zum Beispiel zum Arbeitsmarktzugang. An mehreren Stellen wird explizit darauf hingewiesen, dass Aufenthaltserlaubnisse nur erteilt werden müssen, sofern eine Duldung vorliegt. Implizit wird nahegelegt, zu prüfen, ob Duldungen verweigert werden können. Sogar Gerichte tragen dieses durchsichtige Manöver mit. Sie bedauern zwar, dass die betroffenen Geflüchteten nicht in den Genuss einer Aufenthaltserlaubnis kommen, obwohl sie alle anderen Voraussetzungen erfüllen. Das Vorenthalten der Duldung stellen sie jedoch nicht infrage.

Arbeitsverbote

Aus unserer alltäglichen Beratungsarbeit wissen wir, dass Geflüchtete besonders unter der durch Arbeitsverbote erzwungenen Untätigkeit und der Abhängigkeit von Sozialleistungen leiden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde streng reguliert, in den ersten drei Monaten nach der Ankunft in Deutschland gilt ein generelles Arbeitsverbot. Sind die Geflüchteten dann noch immer in einem ANKER-Zentrum untergebracht, verlängert sich diese Drei-Monats-Frist auf bis zu neun Monate. Danach ist der Zugang zum Arbeitsmarkt zwar einfacher. Doch nach der rechtskräftigen Ablehnung des Asylantrags ist das Arbeitsverbot immer das erste Druckmittel der Behörden, Wohlverhalten von Geflüchteten zu erzwingen.

„Arbeitsverbote für bereits in Deutschland Lebende schaffen wir ab“, setzt der Koalitionsvertrag dem entgegen, was wir sehr begrüßen. Es ist nicht nur ein Gebot der ökonomischen Vernunft, Geflüchteten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ebnen, denn sie werden gebraucht. Es ist ein umso größeres Gebot der Humanität, Menschen die Freiheit zu geben, ihr Leben selbst zu gestalten und sie nicht in die Abhängigkeit von Sozialleistungen zu drängen. Zusätzlich notwendig wäre aber, Geflüchtete dabei zu unterstützen, dies auch schaffen zu können. Besonders Frauen, die häufig mit der Betreuung der Kinder

alleingelassen werden, brauchen Sprachkurse mit Kinderbetreuung, Krippen- und Kindergartenplätze, um selbstständig an der Gesellschaft teilhaben zu können.

Integrationskurse

Seit vielen Jahren bekannt ist der untragbare Zustand, dass Geflüchtete sich bei vielen Behörden in der Amtssprache Deutsch verständigen müssen, obwohl sie nie einen Deutschkurs besuchen durften. Dies geht auf die Praxis früherer Bundesregierungen zurück, nur anerkannten Geflüchteten das Recht auf einen Integrationskurs zuzugestehen, und zuletzt auch Geflüchteten mit guter Bleibeperspektive, die aus politischen Motiven privilegiert wurden. Alle anderen sind benachteiligt und gehen bisher leer aus.

Der Koalitionsvertrag sieht hingegen vor: „Für eine möglichst rasche Integration wollen wir für alle Menschen, die nach Deutschland kommen, von Anfang an Integrationskurse anbieten“. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen!

Familienzusammenführung

Die alte Regierung hat in einem Akt der Inhumanität den Geflüchteten mit subsidiärem Schutz das Recht auf Familiennachzug entzogen. Hatten sie zuvor einen Rechtsanspruch, waren sie fortan auf den guten Willen der Behörden angewiesen mit dem Ergebnis, dass viele von ihnen seit Jahren darauf warten, ihre Ehepartner*innen und Kinder nachzuholen. Eine weitere Unmenschlichkeit findet sich beim Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF): Der Familiennachzug wird derzeit nur den Eltern erlaubt, nicht aber minderjährigen Geschwistern. Daraus resultiert eine Entscheidung, die man nicht einmal seinen ärgsten Feind*innen zumuten will: Eltern werden gezwungen zu entscheiden, welches ihrer Kinder sie alleine lassen.

Das soll nun wieder geändert werden. Geflüchtete mit subsidiärem Schutz sollen beim Familiennachzug wieder gleichgestellt werden mit Geflüchteten, die nach der *Genfer Flüchtlingskonvention* anerkannt wurden. Zudem sollen Eltern, die zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nachziehen, auch weitere minderjährige Geschwister mitnehmen dürfen.

Diese Erleichterungen unterstützen wir vorbehaltlos! Wir fordern aber von Annalena Baerbock, der grünen Außenministerin, dass die Visumsverfahren massiv beschleunigt werden und das zuständige Personal in



Alexander Thal
*ist Sozialpädagoge
und arbeitet seit
2005 beim Bayeri-
schen Flüchtlings-
rat.*

den deutschen Botschaften entsprechend aufgestockt wird. Denn solange die Bearbeitung der Visumsanträge viele Monate bis Jahre dauert, bleiben alle Erleichterungen beim Familiennachzug nahezu wirkungslos.

Asylbewerberleistungsgesetz

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ist seit seiner Einführung 1993 hoch umstritten. Seine Zielrichtung war von Beginn an die Absenkung des Sozialleistungsniveaus und die Schlechterstellung der Geflüchteten. In einem wegweisenden Urteil stellte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) fest, dass es nur ein menschenwürdiges Existenzminimum in Deutschland geben kann, das von den Bedarfen der hier lebenden Menschen bestimmt wird, nicht von ihrem Aufenthaltsstatus. Eine Reduzierung der Leistungen zur Steuerung von Migration wies das Gericht als verfassungswidrig zurück (BVerfG, Urteil vom 18. Juli 2012 - 1 BvL 10/10).

Nach einer anfänglichen Erhöhung der Leistungen im Gefolge dieses Urteils hat die alte Bundesregierung die Sozialleistungen für Geflüchtete jedoch erneut deutlich abgesenkt. Sie liegen derzeit bis zu 26 % unter Hartz IV-Niveau. Das AsylbLG ist zudem verantwortlich für die ausufernden Sachleistungen und enthält eine Vielzahl an Sanktionen für Geflüchtete, die tief in das menschenwürdige Existenzminimum eingreifen.

Dass es auch anders gehen kann, sieht man an den Geflüchteten aus der Ukraine. Sie bekommen jetzt direkt Hartz IV-Leistungen und nicht mehr nur die niedrigeren nach dem AsylbLG. Das einzige, was das AsylbLG verdient hat, ist seine Abschaffung. Stattdessen hält die Ampel-Koalition am AsylbLG fest und erklärt lediglich, es weiterentwickeln zu wollen. Dieser Beschluss ist schlicht enttäuschend!

Bundesrat

Der Koalitionsvertrag hält leider an einigen überkommenen und menschenunwürdigen Regelungen fest. Besonders kritisch sehen wir, dass die Bundesregierung das Asylbewerberleistungsgesetz aufrechterhalten will und es dem Freistaat Bayern erlaubt, seine ANKER-Zentren ungestört weiterzubetreiben und Geflüchtete monate- und jahrelang dort verpflichtend unterzubringen.

Aber es gibt auch positive Ansätze, wie die Schaffung einer unabhängigen Asylverfahrensberatung, der verpflichtende Schutz vulnerabler Gruppen, die Abschaffung der Arbeitsverbote, Deutschkurse für alle

und deutliche Verbesserungen beim Familiennachzug. Speziell die geplanten Altfallregelungen, die lange hier lebende, aber abgelehnte Geflüchtete aus der Perspektivlosigkeit holen sollen, sind zu begrüßen, auch wenn sie nur den leistungsfähigen Geflüchteten helfen werden, da sie keine Rücksicht auf Alte, Kranke, Menschen mit Behinderung und Traumatisierte, Alleinerziehende, große Familien oder Analphabet*innen nehmen.

Doch das Hauptproblem ist, dass der größte Teil der Verbesserungen, die die Ampel-Koalition beschlossen hat, durch den Bundesrat muss. Ohne die Zustimmung einer Mehrheit der Landesregierungen können sie nicht in Kraft treten – die Ampel hat hier aber keine Mehrheit. Der Bundesrat hat 69 stimmberechtigte Mitglieder, die nötige Mehrheit liegt bei 35 Stimmen. Nachdem die CDU die Wahl in Schleswig-Holstein gewonnen hat, sind CDU und CSU an 9 Landesregierungen beteiligt, die insgesamt über 45 Stimmen verfügen, eine komfortable Blockademehrheit von 10 Stimmen. Sollte die CDU bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (15.05.2022) und Niedersachsen (09.10.2022) aus den Regierungen fliegen, hätte die Ampel-Koalition zum ersten Mal eine Mehrheit im Bundesrat erreicht. Ob dies in Nordrhein-Westfalen gelingt, ist mehr als fraglich. Es steht deshalb zu befürchten, dass die geplanten Änderungen weiter an der Blockadehaltung der Union zerschellen und noch lange nicht in Kraft treten können. Sollte die CDU in einer der beiden Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen bleiben, bestünden Erfolgsaussichten für die geplanten Vorhaben der Ampel erst, falls die CSU nach der Landtagswahl in Bayern im Herbst 2023 nicht mehr an der Regierung beteiligt ist. Ob wir das wohl erleben werden?<

Redaktionsschluss des Artikels war der 12. Mai 2022.

Hartzbreaker

Interview mit Helena Steinhaus – Gründerin des Berliner Vereins *Sanktionsfrei*.

„Hartzbreaker, you got the best of me [...]. I should have known right from the start, you'd go and break my Hartz“, sang bereits Mariah Carey in ihrem Hit aus dem Jahr 1999. Okay, vielleicht nicht ganz. Während sie über gebrochene Herzen gesungen hat, können Menschen als „Hartzbreaker“ über den Verein *Sanktionsfrei* Geld spenden und damit Hartz-4-Empfänger*innen unterstützen. Der 2015 gegründete Verein setzt sich für eine Grundsicherung ein, die frei von Angst und den von den Jobcentern häufig angeordneten strafenden Sanktionen ist. Diese werden nämlich ganz einfach mit den Spenden aus dem Solidartopf des Vereins ausgeglichen. Das größte Druckmittel der Behörden gegenüber den Leistungsbeziehenden fällt dadurch weg. Mit seiner Kampagne *HappyHartz* hat der Verein 2017 eine mediale Debatte losgetreten: Auf Plakaten und Videos wurden vermeintlich positive Aussagen von Betroffenen über das Jobcenter und Hartz-4 gezeigt. Der offensichtliche Sarkasmus sollte auf Schwierigkeiten aufmerksam machen, unter denen die Menschen, die Hartz-4 beziehen, täglich leiden müssen.

Ihr Verein *Sanktionsfrei* setzt sich für eine gerechtere solidarische Gesellschaft ein, indem Sie die vom Jobcenter verhängten Sanktionen ausgleichen und bei Bedarf Widerspruch einlegen. Mich würde zunächst interessieren, wie Sie grundsätzlich zum jetzigen Hartz-4-System stehen?

Grundsätzlich stehe ich dem Hartz-4-System extrem kritisch gegenüber, weil es ganz negative Auswirkungen auf viele Menschen hat. Was man von den meisten hört, die sich in Schwierigkeiten befinden, ist, dass sie sich gedemütigt fühlen, dass sie das Gefühl haben, sie müssten ‚sich nackig machen‘, dass sie oft nicht wissen, was von ihnen verlangt wird, dass sie nicht wissen, was ihnen zusteht. Es ist alles so undurchsichtig und fühlt sich schlecht an und ich glaube, dass eine Grundsicherung das Gegenteil machen müsste. Sie müsste dafür sorgen, dass Menschen sich gehalten fühlen und wissen, was sie zu tun haben, um zu bekommen, was sie brauchen. Das macht Hartz-4 einfach nicht.

Auf der Internetseite Ihres Vereins steht, was Ihre Vision ist: Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Das wirkt wie eine utopische Idee. Wie könnte das BGE umgesetzt werden?

Wenn eine Utopie hundert Prozent einer Idee ist, dann ist es schon gut, wenn man zwanzig Prozent

davon erreicht hat. Ich mache mir keine Illusionen. Ich glaube nicht, dass wir in den nächsten fünfzig Jahren Grundeinkommen erreichen werden und wahrscheinlich danach auch nicht. Wir haben uns die Frage gestellt: Was ist der nächste Schritt Richtung Grundeinkommen? Was muss sich einerseits dafür politisch tun, und was muss

Helena Steinhaus
ist Gründerin des Vereins
Sanktionsfrei und setzt sich mit
ihrer Arbeit für eine Gesellschaft
ein, in der Menschen füreinander
einstehen.



andererseits gesellschaftlich passieren? Sanktionen greifen das Existenzminimum an und außerdem steckt eine bestimmte Bestrafungsmoral und Pädagogik dahinter, die super veraltet ist. Wir hatten das Gefühl, wir müssen beides überwinden – die Moral, dieses Strafende, und das, was bei den Menschen im Alltag passiert. Die Idee war, wenn die Sanktionen nicht mehr erlaubt sind oder nicht mehr verhängt werden können, dann sind wir einen Schritt näher Richtung Grundeinkommen.

Wie gestalten Sie aktuell die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins? Wie werden Betroffene auf Ihre Arbeit aufmerksam?

Es gibt unterschiedliche Kommunikationsstrategien. Die sind auch gar nicht unbedingt immer geplant. Einerseits verfolgen wir das tägliche politische Geschehen und können uns daraus Inspiration suchen, also sei es diese Regelsatzerhöhung von drei Euro oder das Sanktionsmoratorium, das angekündigt wurde. Und dann haben wir andererseits auch Fälle, die bei uns reinkommen über den Support oder Nachrichten, die wir teils öffentlich machen. Natürlich anonym. Und manchmal auch mit den Personen, sodass wir auf verschiedenen Ebenen einen Einblick schaffen, was Hartz-4 bedeutet. Diese Geschichten werden dann auch häufiger aufgegriffen und zu Artikeln verarbeitet, so finden dann wieder neue Menschen zu uns. Grundsätzlich kann ich sagen, dass es schon wichtig ist, sich im Internet zu bewegen, um uns zu finden, leider. Nicht alle Menschen finden uns. Das Internet ist der einfachste Weg. Ansonsten natürlich auch über gedruckte Artikel, aber wir haben wenige Flyer im Umlauf. Wir sind ein kleines Team und unser günstigster und wirksamster Hebel

ist das Internet, die sozialen Medien oder Zeitungen, die uns aufgreifen.

Es gibt also keine Flyer von Ihnen in den Jobcentern?

Das haben wir eine Zeit lang gemacht. Wir haben dazu aufgerufen, Flyer zu verteilen und die dann verschickt an Leute, die das machen wollten, konnten aber nicht nachvollziehen, ob das wirklich etwas gebracht hat. Wir haben tausende Flyer gedruckt, verschickt und so weiter, das ist ja auch ein Riesenaufwand, wenn man ein kleines Team ist, und es kam dabei einfach nicht so viel dabei rum.

Für die Kampagne *HappyHartz* haben Sie Plakate in Berlin aufgehängt lassen.

Schon so lange her, und immer noch mein Favorit. Da haben wir tatsächlich drei Plakate in der ganzen Stadt aufgehängt und es so aussehen lassen, als wäre das eine bundesweite Social-Media- und Plakatkampagne – was wir uns natürlich gar nicht hätten leisten können.

Um herauszufinden, welche Effekte ein sanktionsfreies Leben auf Leistungsbeziehende haben kann, hat Ihr Verein zwischen 2019 und 2022 eine wissenschaftliche Langzeitstudie in Kooperation mit dem Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung (INES) Berlin durchführen lassen. Liegen schon Erkenntnisse vor?

Der Abschlussbericht wird gerade geschrieben. Wir stellen die Ergebnisse im September vor, wenn die neue Ausgestaltung der Sanktionsparagrafen vorliegt.

Was erhoffen Sie sich von der Studie?

Wissenschaft ist unabhängig und frei, und so haben wir die Studie in Auftrag gegeben – mit offenem Ergebnis. Meine Hoffnung war zu erkennen, dass diejenigen, die die Versicherung gegen Sanktionen haben, wesentlich positivere Ergebnisse bringen, dass es ihnen besser geht und dass sie sich insgesamt in einer besseren Situation befinden. Es hat sich schnell herausgestellt, und das ist auch kein Geheimnis, dass das Befinden der Menschen insgesamt so wahnsinnig schlecht ist, dass wir erstmal keinen großen Unterschied zwischen Kontroll- und Experimentalgruppe festmachen konnten.

Was die Vision des BGE angeht, gibt es ja viele Argumente dafür und dagegen. Eine Kritik lautet, dass ein solches Gießkannenprinzip auch nicht gerade gerecht wäre, wenn jede Person, auch wohlhabende Menschen, im Monat 1000 bis 1200 Euro bekommen würde. Für andere Gruppen, die grundsätzlich schon benachteiligt werden, zum Beispiel Schwerstbehinderte, wäre das dann viel zu wenig, weil andere Sozialleistungen eventuell wegfallen würden. Wie sehen Sie das?

Ich bin keine Expertin. Es gibt unterschiedliche Modelle. Aber meine Vorstellung vom bedingungslosen Grundeinkommen wäre nicht, dass man die Reichen reicher macht, sondern dass man einen Betrag garantiert, unter den keiner fallen kann. Jeder bekommt das, aber nicht on top, sondern es wird dann eventuell zwar ausgezahlt, aber über andere Wege wieder abgezogen. Und natürlich gibt es dieses Problem mit den wegfallenden Sozialleistungen. Ein Grundeinkommen sollte den Menschen dienen, die es wirklich brauchen.

Das Gespräch führte Gülcan Durak.

Eine Schlange

Ein Gedicht von Thomas Glatz

Paul Ramone war der Deckname von Paul McCartney,
wenn er in Hotels eincheckte.
Danach haben sich die *Ramones* benannt

Der Deckname mit dem Joe Ramone in Hotels eincheckte war *Beatle*.
Danach haben sich die *Beatles* benannt.

Die Popmusik ist eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt,
ein geschlossenes System, das Niemanden mehr hineinlassen möchte.



Thomas Glatz
ist 1970 geboren
und lebt als Autor
und Künstler in
München und
Buchloe. Er leitet das
Archiv für Ge-
brauchs- und
Benutztexte und
singt bei der Band
Alligator Gozaimasu.

My nails soiled with Earth

Mit ihrem Blog bringt Parwana Amiri die Stimmen Geflüchteter aus dem Lager in Ritsona in alle Welt. In Brief Nummer 23 berichtet ein 17-Jähriger von seiner täglichen Arbeit auf den Zwiebelplantagen vor dem Camp und die menschenunwürdigen Umstände, unter denen die Bewohner*innen Ritsonas ihr wenig Geld verdienen müssen.



The sun has not risen yet. I keep one eye close, the other open to check the clock, hoping I could sleep a bit more. No, I must get up. I need to pray and quickly get ready, not to miss the dolmush (a small bus).

Walking from the house to the gate of the camp, I can see some shops opening for the day and I can smell the coffee brewing in the Kurdish mini coffee shops. As I step out of the gate onto the road with the wall of the camp behind me, I join a group of almost 20 people, some with bags on their backs.

The bus arrives, a white dolmush. Normally it should transport 12 people, but we all get in, one by one, closer and closer to each other. With all the seats taken, a number of us sit on the floor.

There is little light reaching us on the floor. More and more, we have difficulty to breath, incapable to change position or stretch our legs. We resign to tolerate it all, as it will last only for 30 minutes.

Some of the men in the car are almost the age of my father, some maybe younger. My poor father is sick. He can't even walk properly. The same is true for my mother. Otherwise, I wouldn't be here, on the floor of this car. I would be sleeping like so many youths of my age. But the story and the wave of everyone's life are different, some have no waves in their life and some face a tough sea.

A bad smell comes from some shoes. I would really enjoy making a joke out of our circumstance, but the silence around me is heavy and scary. Were I to make a joke, I might be kicked out of the car. The whole scene reminds me of old, black and white movies.

Finally, a young man, in his late 20s perhaps, changes the whole situation. I could hear with gratitude his voice coming from the corner of the car: "Please, use a spray for your feet. They smell so strongly we can feel the smell even though you wear shoes. Do something, otherwise we will get all dizzy before starting our work".

He is totally right. There is an awful stench in the car. Yet it is not shocking. Rather, it is totally predictable. The space is tight, heavy with the breaths of so many people. Most of them may have not had the time to wash their face or brush their teeth. Mercifully, it is still early in the morning and the weather is not yet awfully hot.

Finally, the door opens and we pour out. No chance to even stretch our body. Our so-called boss is tough and heartless. "You are not here for gymnastics, start your work immediately, this field should be finished today."

He yells at us, screaming out everyone's mistakes. He is one of the inhabitants in the camp, but he just knows some Greeks and, thus, he has become the manager of the workers. He must be almost 50. His name is Safi, but now everyone calls him mister Safi Jan.

Such a strange world....

Here in the onions fields, work is divided in 2 stages. I wish I could work in the second one, but I am new and for people like me, no matter how old they are, they work only in this part, harvesting the onions and picking them out of the ground. At the end of the workday, you can't see your nails any more, as if a kilo of soil has gathered under them. The second stage of the work is better because you just put the onions in boxes and then lift the filled boxes onto a truck.

As I gather the onions from the ground, I think of a chessboard. Yeah, I love this game and I am a good player. So I enjoy thinking about new techniques and tactics while picking the onions. It makes time pass faster and easier.

My very life is itself like a chessboard. Here, however, I am not the player. Neither the ones who are here working like me are players on their chessboards. We are all chess

pieces in the hands of politicians, who use our name for their benefit. It is the same in my country. It seems I have many rights, but I'm not aware of them. This is the reason why I and many others like me are exploited.

Generally, I am a calm boy and I don't interfere with anything or anyone's life, unless I have a responsibility to do so. My quiet manner may well be the main reason why my brothers, smaller or older, whip me with their words. They are much fatter than I am and more energetic. I used to think about everything too much and worry about all that happens. I feel a heavy weight on my heart and a heavy weight on my shoulders.

During the first hours of our work, with every minute that passes, I can feel the heat increasing, reaching up

to 36 degrees Celsius. The humidity is very high as well, I feel as if I stand under a hot shower, or as if someone is pouring water on me.

Getting close to mid-day, there is no eagerness to have food, only water, and my clothes are wet through.

Few hours left, I tell myself. I should persevere. I need to get those 20 euros home. We are getting close to the end of the week and we were supposed to buy my father's medicines at the beginning of each week.

Now, I am counting the moments to see when it will be 14:00 so we can stop working. Exactly as I am thinking this, Safi says, "Today's work is finished, thanks to all of you."

This is the best sentence my ears could ever hear.

Going back from here to the camp, however, I feel like a prisoner who goes from detention to work and to work from detention. In the Spongebob animation show I saw, the hero was in jail and working for a coal mine.

I do not even want to think about myself anymore, either about life, or about the things that happen around me. Who can see me? Who dares to look at me? I am just a 17 year old boy, who is burying his dreams every day, trying to accept his realities and somehow continue to live.

Still, this work of ours could be more dignified, better organized, and equitably paid. We get much less than we should rightfully get. I know that we are sold from one boss to another, from an Afghan to a Pakistani and each of them gets paid for what we do, because they collect us and bring us to work, but not in an humane way.

The prospect of integration does not rest only in having the possibility to work on onion fields, or in vineyards or olive groves. Integration should be based on the opportunities offered to use our training, our talents, our skills and abilities in any given field and for us to have a chance to live as normal citizens in the community.<



Parwana Amiri, *eine junge afghanische Frau, verbrachte Monate im völlig überfüllten Flüchtlingslager Moria, bevor sie mit ihrer Familie in das kleinere Lager Ritsona aufs Festland ziehen konnte, weil ihr Vater schwer erkrankte. Sie veröffentlicht Geschichten über Menschen, die in den Lagern in Moria und Ritsona leben müssen, unter anderem in den Büchern „Der Olivenbaum und die alte Frau“ sowie „My pen wont break, but borders“. Weitere Texte findet ihr hier: <http://birdsofimmigrants.jogspace.net/>*

Mobil für eine solidarische Welt

Das Berliner Busprojekt *Solibus e. V.* wurde 2019 wegen eines Mobilitätsdilemmas gegründet. Aktivist*innen aus antirassistischen, antifaschistischen und anderen Netzwerken machten auf Busreisen immer wieder die Erfahrung, von Durchsuchungen durch die Polizei schikaniert zu werden, oder dass Busunternehmen Touren wegen der Reiseziele kurzfristig stornierten. Um Gruppen mit kleinen Budgets sicher zu Aktionen zu fahren und um gerade auch spontan auf politische Situationen zu reagieren, war eine möglichst unabhängige Infrastruktur dringend nötig. So taten sich Busfahrer*innen, Busmechaniker*innen, Buchhalter*innen, Bücher- und Steuerfuchs*innen, Schreiberlinge und Grübler*innen zusammen und kauften einen eigenen Bus. Sie organisieren seither Fahrten von Berlin zu Demonstrationen im Brandenburger Umland und in der ganzen Republik, zu den Interventionen von zum Beispiel *Ende Gelände* und *Danni bleibt!*. Sie transportieren Hilfsgüter für *Wir packen es an*, *Apotheker ohne Grenzen* und *Medical Volunteers International*, und sie unterstützen die Kampagne *Deutsche Wohnen & Co. enteignen*. Seit Kriegsbeginn im Februar 2022 beteiligt sich der *Solibus* vor allem an Fahrten an die polnisch-ukrainische Grenze, um Hilfsgüter dorthin zu bringen und Geflüchtete zu unterstützen, denen es mehr oder weniger leicht gemacht wird, Grenzen zu passieren. Der Aktivist und Busfahrer Piet erzählt im Interview über die Arbeit der Fernreisenden.

Wie kam es zur Gründung von *Solibus*?

Angefangen hat es damit, dass ich von 1993 bis 2001 in einer Buswerkstatt gearbeitet habe und schon seit den Achtzigern in der emanzipatorischen linken autonomen Bewegung unterwegs war. Und da ich in einer Buswerkstatt gearbeitet habe, in der vier bis fünf Busse zur Verfügung standen, konnten wir oft relativ flexibel Busse organisieren. Zum einen, um zu Demos zu fahren, oder wenn zum Beispiel Freiräume oder Geflüchtetenunterkünfte bedroht wurden, dann war immer klar: Wir können ganz schnell und zu einem günstigen Preis einen Bus mobilisieren. Das lief so fast acht Jahre lang. Dann ging der Busbetrieb pleite und uns ist merklich etwas weggebrochen. Auf einmal mussten wir Busse irgendwo bei einer Busfirma teuer mieten und

das war dann auch gleich eine ganz andere Atmosphäre, da die Spontaneität und Flexibilität, die manche Aktion erforderte, oft an den Fahrer*innen und Busfirmen scheiterte.

Wie ging es weiter, nachdem es die Buswerkstatt nicht mehr gab?

Ich war weiter in den verschiedensten Bereichen sozial-politisch aktiv, blieb in der Szene, wir haben schwerpunktmäßig Knast-Arbeit gemacht, unter anderem Ratgeber für Gefangene herausgebracht, Abschiebeknäste besucht, uns immer wieder in die Antira- und Antifa-Arbeit in Westberlin und bundesweit bis heute eingemischt. Dadurch waren wir breit vernetzt, in ganz vielen Feldern aufgestellt und bundesweit hier und da bekannt. In den Neunzigern war ich bundesweit ja auch viel mit den Bussen unterwegs gewesen.

Irgendwann wurde ich hin und wieder lustig angesprochen: „Mensch Piet, du bist doch eh immer überall dabei, dann kannst du ja gleich mit dem Bus kommen!“ Erst war es nur ein Witz. Und dann kam der G8-Gipfel in Heiligendamm 2007. Ich habe mir von einem Freund einen Bus geliehen und wir sind damit hingefahren. Auf dem Rückweg haben wir darüber diskutiert, dass uns ständig Busse fehlten, dabei hatten wir so viele kreative Ideen für Aktionen. Der Bedarf war da. Nur waren wir nicht flexibel genug.

Es hat noch mal mehr als zehn Jahre gedauert, bis ihr den *Solibus* auf die Beine stellen konntet. Was war die Initialzündung?

Auf einer Kundgebung 2017 hat mich ein Freund angesprochen, ob ich solimäßig einen Begegnungs-Bus fahren würde. Ziel des Busses

war unter anderem, die Menschen und Jugendlichen in der Region Berlin-Brandenburg mit den Menschen in den Geflüchtetenunterkünften zusammenzubringen, zu vernetzen. Dabei war die Idee mit dem Bus auf einmal wieder da. Mir wurde klar, dass es juristisch möglich ist, so eine Sache mit einem Verein aufzuziehen, statt ein Gewerbe anzumelden. Diesmal hatten wir Momentum, bekamen bundesweiten Zuspruch und Unterstützung, die Stimmung war plötzlich motivierender als vor zehn Jahren und wir legten mit der Vereinsgründung los. Ich habe drei Monate jeden Tag zwölf bis fünfzehn Stunden gelernt, von Buchführung über Marketing und alle technischen und juristisch Bus-relevanten Themen und europaweiten Regelungen und Vorschriften, eine Prüfung an der Industrie- und Handelskammer gemacht und am Ende feierlich ein Zertifikat für „Verkehrsleiter für Omnibusbetriebe“ überreicht bekommen. Damit darf ich jetzt konzessionsberechtigt einen ‚Betrieb‘ mit 50 Bussen leiten und Personen befördern. Mit dem Verein haben wir einen Bus gekauft. Inzwischen sind wir seit drei Jahren am Start.

Euch ist wichtig, nicht als gewerblicher Betrieb wahrgenommen zu werden, sondern als Soliprojekt.

Genau, wir sind kein Shuttleservice oder Reiseunternehmen, sondern eben ein sozialpolitisches Projekt. Man kann uns nicht buchen, sondern nur anfragen. Gruppen oder Projekte schreiben uns an und fragen, ob wir für sie fahren können. Wir setzen uns mit den Anliegen der Gruppen und deren Schwerpunkte auseinander. Da wir uns ja als Teil dieser Tour, beziehungsweise Aktion, begreifen würden, müssen wir uns darin



wiederfinden können. Wir verstehen uns als ein kleiner Teil vom großen Ganzen. Andere machen Küche für alle, steigen auf Bäume und besetzen Häuser. Wir stellen die Mobilität zur Verfügung.

Seit Ende Februar macht ihr Fahrten an die polnisch-ukrainische Grenze, liefert Hilfsgüter und ermöglicht Geflüchteten die Rückfahrt im Bus. Wie laufen diese Fahrten ab?

Wir nehmen vorher unter anderem Kontakt auf mit NGOs, Antira-Projekten, Initiativen für Geflüchtete und Einzelpersonen aus der emanzipatorischen linken Szene, hier und vor Ort. Die wissen besser, wo wer besondere Hilfe braucht, zum Beispiel weil sie es schwerer haben, von der Grenze weggebracht zu werden. Wir sind am 25. Februar das erste Mal hingefahren. Über unsere Chat-Runde mit *LeaveNoOneBehind*, mit der wir zuvor schon Fahrten an die polnisch-belarussische Grenze gemacht haben, haben wir gefragt: „Also was ist los?“. Die haben uns mit *No Nation Truck* vernetzt, was eine geniale Zusammenarbeit

wurde. Wir wollten unbedingt hin, weil wir das Gefühl hatten, dass diejenigen, die vorher auch schon Diskriminierungen ausgesetzt waren, wieder hinten runterfielen. Von einem Tag auf den nächsten haben wir alles organisiert und sind nach Przemyśl aufgebrochen. Da in der Nähe gibt es einen Parkplatz neben einem riesigen Einkaufszentrum, das zu einem Ankommens- und Verteilzentrum umfunktioniert wurde. Die polnische Zivilgesellschaft stand da in gelben Warnlabichen und mit Pavillons. Dixi-Klos wurden gerade erst geliefert, alles noch im Aufbau. Es war schon sehr beeindruckend, weil das von der Zivilgesellschaft ausging, nicht vom Staat. Die Leute standen mit PKWs und Bussen da, für Leute, die zum Beispiel nach Warschau, Deutschland oder woanders hinwollten.

Wie sind die Geflüchteten von der Ukraine nach Polen gekommen?

Wenn die Menschen endlich durch die Grenze von Medyka durch waren, sind sie mit ihren Autos oder mit der Bahn weiter. In Przemyśl sind viele Geflüchtete aus



Solibus e.V. besitzt seit kurzem einen zweiten Bus: einen MAN Überlandbus mit Sonderausstattung, inklusive Rollstuhllift. Um die Kosten zu stemmen, ist der Verein auf Spenden angewiesen. Jeder Beitrag hilft!

Solibus e.V.
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE89 4306 0967
1231 8868 00
BIC GENODEM1GLS
Spendenzweck:
Zweiter Solibus

der Bahn ausgestiegen und von dort mit Bussen von der Feuerwehr und Polizei zu diesem großen Parkplatz geshuttlet worden. Erst da fing die Verteilung an. Viele Leute sind hin und her gelaufen und haben geguckt, wer welches Schild hochhält. Auf uns kamen irgendwann Deutsche zu, die mit PKWs da waren und sagten, dass sie von People of Color angesprochen wurden – Leute aus Afrika – ob sie sie nach Deutschland mitnehmen. Diese Deutschen hatten wohl Angst, als Schlepper durchzugehen. Und wir haben gesagt: „Naja, deswegen sind wir eigentlich hier, wir wollen sie ja abholen“, und argumentierten, dass für uns das Risiko geringer ist als für geflüchtete Menschen, die mit üblen Konsequenzen rechnen müssen.

Wie haben die polnischen Behörden darauf reagiert?

Die haben das mitgekriegt und PoCs zu uns gebracht, in Windeseile. Nach drei Stunden war der Bus voll. Wir haben den Geflüchteten erstmal gesagt, dass wir nicht wissen, wie die polnisch-deutsche Grenzpolizei reagieren wird und, dass wir natürlich alles tun werden, um über die Grenze zu kommen. Wir sagten ihnen aber auch, dass sie mit schwierigen Situationen rechnen müssen. Unterwegs haben wir, also *No Nation Truck* und *Solibus*, ein Plenum gemacht und vorbesprochen, wie wir uns verhalten, falls wir angehalten werden. Es gab verschiedene Rechtfertigungs-Szenarien ... bis ich irgendwann gesagt habe: „Wieso machen wir uns eigentlich so einen Kopf? Weil, wenn's 'nen Schleppertum geben sollte, dann fängt det' doch mit den Cops an, weil die ham'se doch zum Parkplatz gebracht“. Also ich fand, das sollte man dann auch so sagen.

Und gab es Probleme an der deutsch-polnischen Grenze?

Wir sind überall gut durchgekommen. Die Grenze, die wir nachts passiert haben, wirkte eher apokalyptisch, kein Licht, kein gar nichts. Wir dachten: „Was geht'n hier ab! Auch mal nicht schlecht irgendwie ...“, und sind einfach durchgefahren. Das ging bisher immer gut. Wir sind jetzt acht Mal da gewesen. Vorher beladen wir den Bus mit Hilfsgütern von *Wir packen es an*. Auf dem Rückweg nehmen wir Leute mit. Was für mich echt unerträglich war, ist die Höflichkeit der polnischen Polizei. Wir wissen ja, was an der belarussischen Grenze gerade abgeht.

Was hast Du mitbekommen über die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze?

Wir waren in letzter Zeit fast nur an der ukrainischen Grenze. An der belarussischen waren wir im Herbst 2021 mit *LeaveNoOneBehind* und *Seebrücke*. Aber wir haben immer wieder Infos von Aktivistis bekommen, die die ganze Zeit an der belarussischen Grenze aktiv sind und uns von ihren Strukturen vor Ort erzählt haben. Offenbar gibt es auch Grenzer, die nicht Dienst nach Vorschrift machen, sondern weggucken. Also die Aktivistis machen lassen. Das sind aber die wenigsten. Erst vor ein paar Wochen wurde ein Freund festgenommen, weil er mit einem Fahrzeug unterwegs war, in dem eine Familie saß – mehrere Kinder, Mann, Frau, – die seit vier Tagen im Wald waren. Er hatte Erste Hilfe geleistet, und saß dann kurz in U-Haft und wurde nach Deutschland abgeschoben. Die Familie kam erst in Abschiebehaft und wurde dann ins Herkunftsland abgeschoben.

Was war das für eine Aktion im letzten Herbst?

Der Plan von *LeaveNoOneBehind* und *Seebrücke* war, dass an der polnisch-belarussischen Grenze am Tag des Mauerfalls eine Pressekonferenz stattfindet unter dem Motto: Macht die Grenzen auf! Auch um an die Bereitschaft vieler Kommunen zu erinnern, Geflüchtete aufzunehmen, wenn sich das Bundesinnenministerium nicht querstellen würde. Also kurz vor der belarussischen Grenze hieß es dann von den polnischen Behörden: „Umdrehen! U-Turn!“ Und wir haben gesagt: „Nö. Wir wollen zur belarussischen Grenze.“ Die polnische Polizei hat Schnappatmung bekommen, als wir uns geweigert haben, umzudrehen, und hat das Militär gerufen – dann haben wir mit denen freundlich weiterdiskutiert. Die Medien, die während der Diskussion am Straßenrand standen, sind irgendwann einfach, durch die Aufregung am *Solibus*, losgestürmt und blockierten dann ungewollt mit uns die Grenze. Das war genial. Dadurch war die Grenze mindestens drei Stunden blockiert. Das lief in der Tagesschau und auf ntv, die Aktion ging durch die Decke, und *LeaveNoOneBehind* und *Seebrücke* hat durch unsere Weigerung umzudrehen viel Aufmerksamkeit bekommen. Eine wichtige Aktion.<

Das Gespräch führte Elena Stingl.

Volker Maria Hügel.

Ein kurzer Nachgesang auf das tödliche Trio

Von Matthias Weinzierl



Versetzt.
Dieses und folgende Bilder stammen vom ersten Wochenende des tödlichen Trios in München. Hier sieht man drei Genießer, die die Sonne auf der soeben selbst versetzten Parkbank genießen. Nicht im Bild die Fotografin und wichtige Trio-Vertreterin, die wunderbare Judith Gleitze.

Wann und wo wir uns kennengelernt haben, ist mittlerweile längst vergessen, aber die Umstände sind bis heute noch klar präsent. Es war auf einer dieser bundesweiten Runden, entweder Flüchtlingsräte-Sitzungen oder *BAG Pro Asyl* Treffen. Du bist sofort aufgefallen – allein schon durch deine Erscheinung als schlaksige Version eines Nikolauses mit schlohweißer Hippie-Mähne. Du saßt am hintersten Eck einer großen Konferenzrunde, geschützt durch einen aufgeklappten Laptop und liefertest dir hitzige Wortgefechte mit dem anderen Grauhaarigen aus dem hohen Norden über die richtige Auslegung von Asylgesetzen. Wir, also der Rest der Konferenz mit rund 30 Teilnehmer*innen verfolgten nicht selten dieses Schauspiel wie heranwachsende Kinder die Eltern beim Streiten. Das hast Du sichtlich genossen und du warst gut! Mann was warst du gut: Als allseits geschätzter Handlungsreisender in Sachen Asylrecht warst Du ein äußerst begehrter Referent, der ausgestattet mit seiner Bahncard 100 das ganze Land

bereiste und sich auf einer permanenten Vortragsreise befand. Und deine Vorträge – sie waren legendär: Wie du mit PowerPoint und bissigem Humor mit einem wirklich heftigen Tempo das Wissen über die fieses Asyl- und Aufenthaltsgesetze an die Leute gebracht hast, war mehr als beeindruckend. Deine vielen Zuhörer*innen liebten dich dafür und der Volker-Maria-Hügel-Fanclub entwickelte sich zu einem amtlichen Bergmassiv.

Kennenlernen – Liebenlernen

So richtig lieben gelernt haben wir uns aber erst in den meist sehr unwirtschaftlichen und hässlichen Kellerbars, an den Getränkeautomaten oder in den Raucherzimmern der unterschiedlichsten Tagungshäuser. Nach endlosen Runden getaner Arbeit wurden zahllose Getränke eingenommen und dann wurde auf höchstem Niveau gewitzelt und gelästert, meist bis in die frühen Morgenstunden. Kein Auge blieb trocken und wir



vergnügt, verkatert
Volker am Abend in
Aktion und dann
am Tag danach...



Das „neue“ Trio mit
Stephan als Ersatz-
Volker



...und unser letzter
WhatsApp Dialog.

sportneten uns gegenseitig zu Bestleistungen an. Dieser wunderschöne Lasterreigen hatte etwas Befreiendes und bezog häufig den ganzen Tisch mit ein. Auch wenn der flüchtlingspolitische Alltag meist unerfreulich war, wir hatten verdammt viel zu lachen. Niemand wurde geschont. Ich erinnere mich noch, als ich mich bei dir Volker erkundigte, ob es denn noch deine jugendliche Liebelei gäbe, von der mir berichtet wurde. Einen energischen Rippenstoß meiner Sitznachbarin später wurde mir peinlich bewusst, dass besagte junge Geliebte zwischen mir und dir saß und meine indiskrete Nachfrage mitbekommen hatte. Aber kein Problem, ihr habt beide nur herzlich gelacht und schon hatten wir einen wunderbaren neuen Gesprächsfaden.

Irgendwann – kein Mensch weiß mehr wann – hat sich im Laufe dieser wunderschönen Abende auch ein kleines Lastertrio herausgebildet, bestehend aus meiner Wenigkeit, Judith und dir lieber Volker. Schnell stellten wir fest, dass wir wunderbar harmonierten und irgendwie nicht genug voneinander bekommen konnten und kamen daher zum Entschluss, dass uns diese desaströsen Tagungskellerabende nicht genügen. Wir wollten mehr. Und so beschlossen wir, uns auch jenseits von Asyltreffen hin und wieder gegenseitig zu besuchen, um ein Wochenende gemeinsam zu verbringen. Das „tödliche Trio“ war geboren und spannte ein temporäres Dreieck zwischen München, Berlin und Münster auf. Wir starteten unseren Besuchsreigen im Bewusstsein, dass er ewig andauern würde, aber letztendlich kam es nur zu einer einzigen Runde von Besuchen. Aber diese drei gemeinsam verlebten wunderschön verrückten Wochenenden werden meine Erinnerung an dich Volker auf ewig bestimmen.

Unvergessen, wie wir in München eine Parkbank um einige Meter mit geballter Kraftanstrengung versetzten, nur weil wir die Abendsonne noch ein bisschen genießen wollten. Oder wie ich in Münster nach einem Streitgespräch beleidigt (und leicht angetrunken) ins Bett abgedüst bin und du bei mir noch geklopft hast und mich auf meinem Bettrand sitzend wie eine gute Mutti getröstet und wieder aufgebaut hast. Auch durfte ich über seltsame Essgewohnheiten viel lernen. Judith aß zum Beispiel nur Eigelb, du Eiweiß und dadurch habt ihr euch wunderbar ergänzt. Wir ließen es uns echt gutgehen und unser Gesprächsstoff, ebenso wie die Getränke gingen nie zur Neige. Diese drei Wochenenden waren eine wahre Freude und echte hedonistische Festtage. Aber ähnlich wie bei den von dir so geliebten Beatles war auch unserem „tödlichen Trio“ keine endlose

Zukunft beschert. Nach der ersten erfolgreich durchgeführten Besuchsreise München-Berlin-Münster folgte die schleichende Auflösung. Judith zog es in den Süden nach Sizilien und bei mir platzte eine Familie in mein Leben und so wurden unsere Wiedersehen immer seltener und zu dritt kamen wir praktisch nicht mehr zusammen, aber komplett aus den Augen haben wir uns nicht verloren. Wir haben mitbekommen, wie es dir gesundheitlich immer schlechter ging, erst E-Zigarette, dann Stock dann Sauerstoffgerät. Vor zwei Jahren wäre es beinahe zum Besuch gekommen – aber dann hat uns der Corona-Wahnsinn einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber letzten März haben wir dann endlich ein Zoomtreffen zwischen Palermo, Münster und München hinbekommen und es hat gutgetan, dich Volker zu sehen, wie du trotz Schlauch unter deiner Nase noch deine schnoddrigen Witze gerissen hast und immer noch um keinen Spruch verlegen warst. Wir haben ausgemacht, uns regelmäßig per Zoom zu treffen, aber bei dem Wunsch ist es geblieben.

Die Nachricht, von deinem Tod hat mich – wie passend – auf einer Zugfahrt per Anruf ereilt. So richtig glauben kann ich es bis heute nicht, dass du nicht mehr da sein sollst! Mannomann! Aber zumindest hast Du dadurch das Trio wieder zusammengebracht, also Judith, Stephan (als Ersatzmann für dich Volker) und mich dazu gebracht, uns in München zu treffen und einen Abend lang in Erinnerungen an dich zu schwelgen. Und dabei habe ich unseren kurzen, letzten WhatsApp-Dialog gefunden (siehe Bild).

Volker, ich untreue Tomate wünschte, ich hätte meinen Arsch noch rechtzeitig nach Münster geschwungen, um mit Dir einen absurden Trio-Abend zu erleben. Mannomann! Wo immer Du jetzt auch steckst, halt zwei Plätze für mich und Judith schön warm, denn irgendwann ist unser „tödliches Trio“ wieder komplett.<

Hinterland

Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #51
Frühling 2022

IMPRESSUM

Titel: Matthias Weinzierl, 2022

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Laura Pöhler & Christine Wolfrum

Redaktion: Agnes Andrae, Tabea Danner,

Gülcan Durak, Simon Fiedler, Hedwig Fuß,
Katharina Grote, Pit Kühnöl, Caroline Mulert,
Pezi Novi, Sebastian Schulke, Elena Stingl,
Başak Özdemir, Laura Pöhler, Marianne Walther,
Matthias Weinzierl, Christine Wolfrum

*(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)*

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Agnes Andrae, Matthias Weinzierl

Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger,
Media Druck Logistik, Eisele Druck
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg

Auflage: 1.600 Stück

Website: Anton Kaun, Jonas Langreuter

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

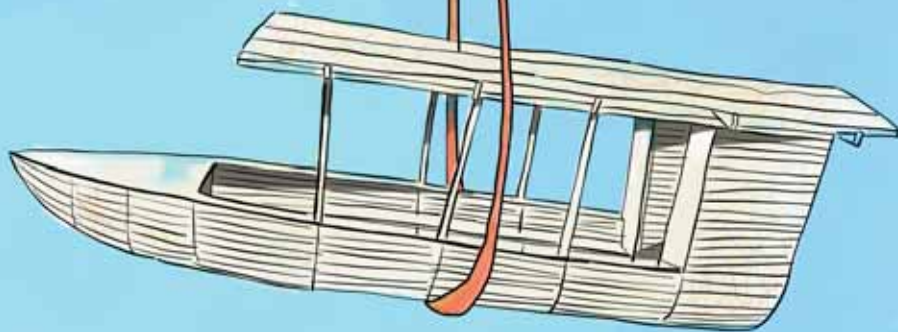
Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

UNSER
BOOT HAT
PLATZ
FÜR ALLE



PARADE
FÜR VIELFALT



7. JULI 2022, 11.00 UHR
OTTOBRUNNER STR. 10
MÜNCHEN



Hinterland

m a g a z i n

Bock auf Krawall im Ohr? Ab sofort gibt es die Hinterland auch zum Hören! Gelesen von den fleißigen Hinterland-Redakteur*innen. Fresh und barrierefrei - Hört rein. Überall wo es podcasts gibt unter *Hinterland Magazin* und auf www.hinterland-magazin.de